

# Stenographisches Protokoll

31. Sitzung des Kärntner Landtages – 29. Gesetzgebungsperiode  
Montag, 10. Juli 2006

## Inhalt

### Fragestunde (S. 2799)

### Aktuelle Stunde (S. 2815)

Antragsteller: SPÖ-Klub

Thema: Qualitätskriterien und Qualitätssicherung für Kärntner Pflegeheime

Redner: Mag. Trannacher (S. 2815), Mag. Ragger (S. 2816), Tauschitz (S. 2818), Holub (S. 2819), Schwager (S. 2820), Mag. Schaunig-Kandut (S. 2820), Dipl.-Ing. Gallo (S. 2822), Mag. Grilc (S. 2823), Mag. Lesjak (S. 2824), Mag. Dr. Kaiser (S. 2825), Stark (S. 2826), Ing. Hueter (S. 2827), Dr. Prettnner (S. 2829), Ing. Scheuch (S. 2829)

### Tagesordnung (S. 2830)

Zur Geschäftsordnung: Mag. Cernic (S. 2830)

### Ldtgs.Zl. 221-4/29:

Prüfungsverlangen des Landtages vom 10.7.2006 auf Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend die Überprüfung des Museums Moderner Kunst Kärnten durch den Landesrechnungshof

Mehrheitliche Annahme (F nein, SPÖ ja, ÖVP ja, Grüne ja, Abg. Schwager ja) (S. 2830)

Zur Geschäftsordnung: Lobnig (S. 2830)

### Ldtgs.Zl. 215-3/29:

Prüfungsverlangen des Landtages vom 10.7.2006 auf Antrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend die Überprüfung des Naturparks Dobratsch durch den Landesrechnungshof

Einstimmige Annahme (S. 2831)

### 1. Ldtgs.Zl. 45-21/29:

Bericht und Antrag für Budget und Landeshaushalt, Tourismus und Bauwesen zur Regierungsvorlage betreffend den Rechnungsabschluss 2005

Berichterstatter: Gritsch (S. 2831)

Redner: Dr. Haider (S. 2832), Mag. Grilc (S. 2839), Mag. Dr. Kaiser (S. 2841), Schlagholz (S. 2843), Mag. Cernic (S. 2847), Holub (S. 2848), Lutschounig (S. 2850), Schwager (S. 2852), Arbeiter (S. 2854), Schober (S. 2854), Vouk (S. 2857), Mag. Lesjak (S. 2858)

Mehrheitliche Annahme (F: nein, SPÖ: ja, ÖVP: ja, Grüne: ja; Schwager: ja) (S. 2860)

### 2. Ldtgs.Zl. 170-15/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Gemeinden und ländlichen Raum, Föderalismus und Umwelt zum selbstständigen Antrag des Ausschusses gem. § 17 Abs. 1 K-LTGO betreffend den Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Kärntner Regionalfondsgesetz (K-RegFG) geändert wird  
./ mit Gesetzentwurf

Berichterstatter: Ing. Hueter (S. 2861)

Redner: Warmuth (S. 2861), Ferlitsch (S. 2861), Lutschounig (S. 2862)

Einstimmige Annahme der 2. und 3. Lesung (S. 2863)

### 3. Ldtgs.Zl. 129-8/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa zum selbstständigen Antrag des Ausschusses gem. § 17 Abs. 1 K-LTGO betreffend den Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Kärntner Bezügegesetz 1997 geändert wird  
./ mit Gesetzentwurf

Berichterstatter: Dipl.-Ing. Gallo (S. 2863, 2866)

Redner: Ing. Scheuch (S. 2863), Arbeiter (S. 2864), Mag. Grilc (S. 2865), Holub (S. 2866), Schwager (S. 2866)

Einstimmige Annahme der 2. und 3. Lesung (S. 2867)

**4. Ldtgs.Zl. 213-4/29:**

Anfragebeantwortung von Landeshauptmann Dr. Haider zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Mag. Mag. Dr. Kaiser betreffend Inserat in der Zeitschrift „Zeit für Kärnten“

Verlesung der schriftlichen Anfrage durch den Schriftführer (S. 2867)

**5. Ldtgs.Zl. 126-5/29:**

Anfragebeantwortung von Landeshauptmann Dr. Haider zur schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Mag. Lesjak betreffend grenzüberschreitendes UVP-Verfahren KKW Paks

Verlesung der schriftlichen Anfrage durch den Schriftführer (S. 2867)

**Mitteilung des Einlaufes** (S. 2868)

A) Dringlichkeitsanträge (S. 2868)

**1. Ldtgs.Zl. 65-18/29:**

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Kärnten an die Spitze bei der Kinderbetreuung in Österreich – Schaffung eines modernen und zeitgemäßen Kinderbetreuungsförderungsgesetzes sowie eines Kinderbetreuungsbeihilfengesetzes

Verlesung des Dringlichkeitsantrages durch den Schriftführer (S. 2868)

Zur Dringlichkeit: Dr. Prettnner (S. 2868)

Redner: Mag. Grilc (S. 2869), Warmuth (S. 2869)

Keine Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 2870)

Zuweisung: Ausschuss für Familie, Soziales, Gesundheit, Generationen und Sport (S. 2870)

**2. Ldtgs.Zl. 281-7/29:**

Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Änderung des Kärntner Schulgesetzes - Kleinschulen

Verlesung des Dringlichkeitsantrages durch den Schriftführer (S. 2870)

Zur Dringlichkeit: Mag. Grilc (S. 2870)

Redner: Mag. Knicek (S. 2870), Mag. Cernic (S. 2871)

Keine Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 2872)

Zuweisung: Ausschuss für Bildung, Kultur und Schule (S. 2872)

B) Anträge von Abgeordneten (S. 2872)

C) Schriftliche Anfragen (S. 2872)

**Beginn:** Montag, 10.7.2006, 18.05 Uhr

**Ende:** Montag, 10.5.2006, 23.49 Uhr □□

**Beginn der Sitzung: 18.05 Uhr**

**V o r s i t z:** Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag**, Zweiter Präsident **Ferlitsch**, Dritter Präsident **Lobnig**

A n w e s e n d: 35 Abgeordnete

A m R e g i e r u n g s t i s c h: Landeshauptmann **Dr. Haider**, Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Strutz**, Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut**, Landesrat **Dr. Schantl**, Landesrat **Dörfler**, Landesrat **Ing. Rohr**, Landesrat **Mag. Dr. Martinz**

Schriftführer: Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren Abgeordneten! Ich begrüße Sie zur 31. Sitzung des Kärntner Landtages und eröffne diese. Ich begrüße auch alle Anwesenden auf der Zuhörertribüne, sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes der Kärntner Landesregierung! Ich begrüße recht herzlich auch die Vertreter der Regierung! Ich sehe hier Landesrat Dörfler, Herrn Landesrat Ing. Rohr, Frau Landeshauptmann-Stellvertreter habe ich gesehen, Dr.

**Dipl.-Ing. Freunschlag**

Schaunig-Kandut ist hier, und Herrn Dr. Schantl, Landesrat für Gesundheit. Ich darf auch die Bundesräte Kampl und Mitterer und die Medienvertreter begrüßen.

Ich stelle fest, dass sich niemand entschuldigt hat, außer Frau Lesjak. Sie kommt eine Stunde später, weil sie eine Verpflichtung hat, im Zu-

sammenhang ... (Abg. Mag. Dr. Kaiser: Und Abgeordneter Seiser!) Und Abgeordneter Seiser ist entschuldigt. Entschuldigt hat sich der Herr Landesamtsdirektor Dr. Sladko. Der Landtag ist beschlussfähig.

Wir kommen am Beginn der Landtagssitzung zur Fragestunde

**Fragestunde**

Die Anfrage 1:

**1. Ldtgs.Zl. 210/M/29: Anfrage des Abgeordneten Tauschitz an Landeshauptmann Dr. Haider**

wurde schriftlich zurückgezogen, entfällt.

Zur Anfrage 2:

**2. Ldtgs.Zl. 242/M/29: Anfrage der Abgeordneten Mag. Trodt-Limpl an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Strutz**

muss ich feststellen, dass der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter noch nicht anwesend ist. Sie wird in der nächsten Sitzung aufgerufen.

Ich rufe nun die 3. Anfrage auf

**3. Ldtgs.Zl. 243/M/29: Anfrage des Abgeordneten Schwager an Landesrat Dörfler**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Werte Zuhörer! Sehr geehrter Herr Landesrat Dörfler! Ich stelle diese Anfrage, weil ich in dieser Anfrage einmal ausdrücken will, dass ich da voll hinter dir stehe. Und das Zweite, das mir aus unverständlichen Gründen die SPÖ und die ÖVP verhindert haben, dass Geld aus dem Zukunftsfonds zur Sanierung und zum Ausbau von Landesstraßen L im größeren Ausmaß bereitgestellt

wird; irgendwo bei 20 bis 25 Millionen Euro. Und Landesstraßen sanieren, neu bauen und die Übernahme von Gemeindestraßen in das Landesstraßennetz ist für mich ein typischer Fall für die zu ausgerichtet in die Zukunft ist. Weil ein Land soll auszeichnen, dass es ordentliche Straßen- und Verkehrswege hat und die Sicherheit, was ja auch ohnehin in den letzten Tagen ein großes Thema ist, die Verkehrssicherheit, muss gegeben sein.

Und deshalb, Herr Landesrat, stelle ich die Frage unter diesen Umständen: Wie wird in den kommenden Jahren Ausbau und Sanierung von Straßen und Brücken der Landesstraßen L finanziert?

Landesrat **Dörfler** (F):

Ja, geschätzter Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Ich darf eingangs meiner Beantwortung einmal aus der aktuellen Bauwirtschaftsstatistik zitieren und dann auch ein bisschen erläutern. Ich zitiere aus der Bauwirtschaftsstatistik Kärnten im März 2006. Da steht drinnen: „Die Kärntner Bauwirtschaft hatte im vorigen Jahr einen regelrechten Bauboom, der sich mit einer 13-prozentigen Steigerung niedergeschlagen hat, erlebt. Dieser ist aber auch in diesem Jahr ungebrochen. Die Kärntner Bauwirtschaft konnte im Jänner um 16,1 Prozent zulegen; im Feber um 33,1 Prozent und März wieder um 35,6 Prozent.“ Man spricht und schreibt hier in dieser Statistik von einem absoluten Baurekordboom. Woher kommen diese Bauvolumina, diese Zuwächse? Wohnungs- und Siedlungsbau plus 47,0 Prozent; Hochbau plus 50,2 Prozent; Tunnelbau plus 790,7 Prozent; das muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen – 790,7 Prozent! Brücken- und Hochstraßenbau plus 56,8 Pro-

**Dörfler**

zent!

Woher holen wir die finanziellen Mittel für dieses Baurekordvolumen? Es ist in erster Linie gelungen, mit dem Vizekanzler Hubert Gorbach und der ASFINAG ein Kärnten-Paket zu schnüren. Wir verbauen derzeit über 300 Millionen Euro Mautgelder in Kärnten. Vollausbau Pack, Sanierung und Lärmschutz und Umweltschutzmaßnahmen im Liesertal, Katschbergtunnel, LKW-Kontrollplatz Kellerberg und andere Investitionen. Der zweite große Bauteil sind die Landesstraßen B, also die ehemaligen Bundesstraßen. Hier ist es so, dass durch ein kluges Verhandeln das Zweckzuschussgesetz zu Gunsten Kärntens ausgegangen ist und wo wir zusätzlich auch – was ja für deine Region sehr wichtig ist – die Sonderfinanzierung in der Höhe von fast 60 Millionen Euro für die B 100 im Drautal haben. Das sind die Zahlen und die Geldflüsse, die für dieses Rekordbauvolumen aus Wien geholt wurden. Und ich habe heuer im März, Ende März, am 28. war es ganz genau, nach vorheriger Einladung an den Verkehrsausschuss des Landtages, wo ich ja Kärnten/Ost gemeinsam mit einigen Mitgliedern des Straßenausschusses und allen Bürgermeister, die betroffen waren, – nachdem der Winter Rekordschäden angerichtet hat – eine Bereisung durchgeführt habe, um im Regierungskollegium auch eine Mehrheit für ein Sonderfinanzierungspaket zu finden. Idee ist, dass wir 30 Millionen Euro aus dem Zukunftsfonds verbauen und die dann von 2010 bis 2020 wieder zurückführen, sodass die Koralmfinanzierung damit wieder zu Null gestellt ist.

Ich meine, dass Schlagwörter, wie „Stärkung des ländlichen Raumes“ nicht wirklich plausibel sind, wenn wir einerseits aus dem Zukunftsfonds richtigerweise touristische und sonstige Projekte finanzieren, aber die Straßen dorthin so schlecht sind, dass man nicht mehr hinkommt. Es ist ja schön, wenn der Regierungskollege Martinz auf das Klippitzthörl fährt und sagt, wie wichtig das Klippitzthörl ist. Wenn es aber darum geht, diese Straße, die im Feber, März nicht mehr befahrbar ist, zu sanieren, dann ist man nicht bereit, das zu unterstützen. Und das ist für uns ein Problem, das es zu lösen gibt. Wir haben 1.570 Kilometer Landesstraßen L; und das sind ein Teil, 460 Kilometer in der Güteklasse 1 bis 2; und ein Teil von 1.130 Kilometern in der Güteklasse 3 bis 5. Das heißt, was derzeit passiert ist ein volkswirtschaftlicher Schaden. Wir müssten im Grunde

das Landesstraßen-L-Finanzierungsaufkommen mindestens verdoppeln!

Aber, wenn es uns gelingt, dieses 30 Millionen-Euro-Paket doch noch einmal zur Diskussion zu stellen – es geht da um 19 Projekte – dann könnten wir die schwierigsten Straßenprobleme erledigen. Man muss auch wissen, dass Landesstraßen teilweise teurer als Bundesstraßen sind. Ich kann mich erinnern, dass im Bereich der Simonhöhe, dem Vollausbau der Simonhöhe – ein alter Feldweg, dann hat man das Schigebiet entwickelt, von 2001 bis 2007 – allein dieser Straßenzug 9 Millionen Euro verschlingt! Das heißt, es gibt keine Straßenentwässerung, keinen Unterbau, keine Hangsicherung. Die Straße musst du völlig neu bauen! Der Abgeordnete Haas kennt sich im Geschäft aus und weiß wie es ist. Das heißt, in Wahrheit ist es so, dass uns der Kilometer Landesstraße in vielen Bereichen teurer kommt als ein Kilometer Bundesstraße. Ich bitte das Regierungskollegium und auch den Landtag, dieses Ansinnen zu unterstützen! Und es sind übrigens 19 Projekte, die durch Kärnten verteilt sind, mit der Zielsetzung, Stärkung ländlicher Raum, mit der Zielsetzung, vor allem touristische Gebiete – ich denke an den Falkert, das ist ein Projekt bei Ihnen – da ist die Koralmstraßenfinanzierung drinnen, das Klippitzthörl, das schon ein echtes Drama ist, vom Görttschitztal aufs Klippitztörl und viele andere Straßenzüge. Sie sind auch fair verteilt und es ist keine politische Gewichtung, weil von 19 Projekten 17 SPÖ-Bürgermeister betroffen sind und es zeigt, dass wir da gemeinsame Prioritäten zu setzen haben.

Und ich hoffe, dass es gelingt, im Interesse der Stärkung des ländlichen Raumes, im Interesse einer weiteren guten *(Vorsitzender: Sie haben noch eine halbe Minute!)* Debatte in der Bauwirtschaft, dafür Sorge zu tragen, dass wir ein Sonderfinanzierungspaket zustande bringen. Denn eines darf nicht sein! Andere Bundesländer haben die Zweckzuschussmittel aus dem Landesstraßen B-Topf teilweise für andere Zwecke verwendet und der Finanzminister ist dem schon nachgekommen. Und die werden auch in der Verhandlung der Weiterführung des Zweckzuschussgesetzes und dessen Finanzierung Probleme bekommen. *(Vorsitzender: Die Zeit ist abgelaufen!)* Ich habe immer 1 : 1 die gesetzlichen Mittel, auch für die Landesstraßen B investiert. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der Freiheitlichen Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Abgeordneter Ing. Haas, bitte, diese zu stellen!

Abgeordneter **Ing. Haas** (F):

Sehr geehrter Herr Landesrat! Sie haben ja 19 Projekte aufgezählt, die in Ihrem Sonderbauprogramm drinnen waren. Jetzt meine Frage. An was ist das eigentlich gescheitert, dass es nicht durchgeführt wurde?

Landesrat **Dörfler** (F):

Na, ich habe nach Vorverhandlungen mit dem Finanzreferenten Landeshauptmann Dr. Haider, eben am 28. März, und nachdem – ich betone das noch einmal – alle betroffenen Bürgermeister auch die Resolutionen unterschrieben haben, wie dringend diese Straßensanierungen sind, eben den Vorschlag eingebracht, dass wir aus dem Zukunftsfonds 30 Millionen Euro jetzt verbauen und von 2010 bis 2020 jährlich 3 Millionen wieder zurückführen. Volkswirtschaftlich macht es einfach Sinn, jetzt die Straßen zu sanieren, jetzt für Beschäftigung zu sorgen, um diese Gebiete wieder erreichbar machen zu können.

Ich darf vielleicht auch an die aktuelle Diskussion in Bleiberg erinnern. Bleibergs Nöte, und das ist dann schon pikant, wenn es eine Protestplattform zwischen SPÖ und ARBÖ gibt, die jetzt da meint, ich soll die Straße endlich sanieren. Ich habe aber am 28., in diesem Sonderfinanzierungspaket 2,4 Millionen für diesen Straßenzug beantragt, Herr Bürgermeister Vouk!

Im Interesse der Bleiberger hätte ich mich halt gefreut. Das ist genau das Gleiche. Gott sei Dank investiert man in dieses Hochtal oben, das auch wieder eine Zukunft braucht. Aber irgendwann werden wir die touristischen Einrichtungen nicht mehr erreichen können. Und das ist eine Bitte! Der Herr Präsident Ferlitsch kennt das Problem auch sehr genau, denn wir bauen auch bei ihm in Vorderberg. Und ich bitte wirklich alle, die guten Willens sind, das zu unterstützen, um den Verkehrsfluss überhaupt noch möglich zu machen! Dies ist einfach dringend notwen-

dig! Und Bleiberg ist so ein Sonderfall, wo ich dies unter dem Titel, dass diese Straße eine besondere touristische- und Pendlerfunktion hat, beantragt habe. Und da hat man halt gemeint, ich hätte eh genug Geld. Das ist eine lapidare Abkürzung und ein Nichtbefassen mit der tatsächlichen Situation, Herr Kollege Martinz! (*Lärm im Hause. – Abg. Mag. Cernic: Schlecht umverteilt! – LR Mag. Dr. Martinz: Das Megabauvolumen!*) Das Megabauvolumen, Herr Martinz ... Herr Martinz! Es gibt einen Vizekanzler Gorbach der bereit ist, Geld nach Kärnten zu pumpen! Und du bist nicht bereit, deine Hand zu heben. Weil allein deine Stimme hätte dazu gereicht, dieses Projekt und dieses Budget auf die Reihe zu bringen! Es geht um eine Stimme! (*Unruhe im Hause. – Buhrufe aus der F-Fraktion.*) Und wir haben Verpflichtungen im Lande, Herr Kollege Martinz! Wir müssen Landesmittel für Landesstraßen einsetzen.

Es ist bedauerlich, wenn die ASFINAG bereit ist, 300 Millionen Euro nach Kärnten zu pumpen und im Land keine Mehrheit gefunden wird! Es ist bedauerlich, wenn es uns gelingt – oder erfreulich, sagen wir es einmal so – im Rahmen der Veränderung der Bundesstraßen in Wien gut zu verhandeln. Und Herr Kollege Martinz, ich lade dich ein! Ich werde jetzt jeden Pressebericht hinterfragen. Du bist auf das Klippitzthörl gefahren! Du hast dort oben groß einen Rundgang gemacht und hast erklärt, wie gut dort die Investitionen sind. Und du hast deine Zustimmung dazu nicht erteilt, damit dieses Gebiet in Zukunft erreichbar ist. Ich wünsche mir, dass wir nächstes Jahr gemeinsam im Feber hinauffahren. Da werden wir eh einen Jeep brauchen, damit wir überhaupt noch hinaufkommen! Ich bin gespannt, was du dann den Herren oben erzählen wirst, welche Zukunft das Klippitzthörl ohne Erreichbarkeit haben wird! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der Sozialdemokraten eine Zusatzfrage gewünscht? – Herr Abgeordneter Schober, ich bitte sie zu stellen! Ich darf einstweilen auch Herrn Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Strutz und Herrn Landesrat Dr. Martinz be-

**Dipl.-Ing. Freunschlag**

grüßen! Ich bitte Herrn Abgeordneten Schober, zu sprechen!

Abgeordneter **Schober** (SPÖ):

Herr Landesrat! Sie haben also in einer Presseausendung gemeint, die Bleiberger können sich bei Gaby und Seppi bedanken. Zwar reden die zwei vom ländlichen Raum, aber wenn es ums Umsetzen geht, blockieren Sie! Ich möchte jetzt nicht für Seppi reden. Das kann er ja selbst tun, aber zumindest für Gaby möchte ich sprechen! (*Heiterkeit und Lärm in der ÖVP-Fraktion.*) Denn wir Sozialdemokraten haben genau diese Dinge nach einer Rechtsauskunft bei der Hypo-Holding ins rechte Lot gebracht. Und die Hypo-Holding schreibt Folgendes: „Aufgrund zwischenzeitig erfolgter Prüfung der einschlägigen Bestimmungen des Kärntner Landesholdinggesetzes sowie unter Berücksichtigung der derzeitigen Rechtsmeinung der Finanzmarktaufsicht erlaubt sich der Vorstand der Kärntner Landesholding mitzuteilen, dass die Gewährung von Darlehen aus dem Rechnungskreis I – und das ist der betreffende Kreis – selbst in Gesellschaften unter Beachtung der kaufmännischen Gebahrung, also gegen angemessene Verzinsung, nicht im Unternehmensgegenstand der Kärntner Landesholding gedeckt ist.“ Eine nicht verzinsten Darlehensgewährung aus dem Rechnungskreis I wäre nach der vom Vorstand vertretenen Rechtsauffassung ebenfalls nicht zulässig, da dies dem Paragraph 6 des Landesholdinggesetzes widerspräche.

Ich frage Sie: Werden Sie trotz dieses Gutachtens – nachdem Sie nicht die Mehrheit bekommen – die offenen Straßenbaumaßnahmen, nämlich die L-Bereiche, auf andere Art und Weise finanzieren?

Landesrat **Dörfler** (F):

Es ist ja erstaunlich, Herr Abgeordneter Schober, wenn man versucht durch irgendwelche Gutachten, die ich jetzt natürlich nicht überprüfen kann, eine Nichtzustimmung plausibel zu machen. Faktum ist, dass im Zukunftsfonds festgehalten wurde – da gibt es auch eine schriftliche Stellungnahme dazu – dass dieses Ansinnen dort jedenfalls positiv beleuchtet wurde. Es ist gut, wenn man jetzt auf einmal die HYPO hernimmt.

Eine Zeitlang hat man den Regentopf auf sie gestellt und jetzt verwendet man sie wieder als Schutzschild, wenn man irgendwo nicht zustimmt. Es ist eine gemeinsame Verpflichtung! Das Geld liegt am Konto! Und wenn es einen politischen Willen dazu gibt, dann ist es auch möglich – das haben wir geprüft – es auch flüssig zu machen! Und es ist doch sinnvoll, jetzt diese Probleme aus der Welt zu schaffen, zu investieren und dann wieder zurückzuführen. Das ist einfach eine Maßnahme, die eine absolut dringende Notwendigkeit ist! Und so bleibt eigentlich nur zu sagen: Es ist betrüblich, wenn man bei Veranstaltungen den Menschen etwas erzählt und dann, wenn es um die Zustimmung von Projekten geht, dies nicht hält. Ich kann nur das verbauen, was ich habe. Wenn derzeit ca. 15 Millionen Euro Straßenbaubudget ... Ich habe schon erklärt, wir müssten im Grunde jährlich 30 Millionen aufwenden, um eine entsprechende Qualitätssteigerung zu erreichen.

Noch einmal: Es ist einfach betrüblich, dass der größte Investor in Kärntens Straßen die ASFINAG ist. Es gibt immer noch Kräfte im Hause, die meinen, da muss ich schon darauf hinweisen – Gerhard Köfer sitzt heute leider nicht da – man soll die Maut abschaffen. Wie werden wir denn dann die Infrastrukturen finanzieren? (*Abg. Strauß: Doppelmaut.*) Es gibt keine Doppelmaut! Es gibt eine Sondermaut, Herr Abgeordneter Strauß. Und wenn du der Meinung bist, dass die Tauernautobahn der einzige Transitübergang in Europa von Norden nach Süden sein sollte, der mautfrei ist, musst du auch wissen, dass der Brenner durch die Hochpreispolitik der Schweizer 500.000 LKW-Fahrten Verlagerungsverkehr hat. Und ich sage es noch einmal: Es wäre verkehrspolitischer Hirnriss! Es hat auch die Kleine Zeitung berichtet: (*Zwischenruf von Abg. Strauß.*) Die ASFINAG nimmt jährlich ca. 35 – 40 Millionen Euro Mautgelder auf der Tauernautobahn ein. Und wenn oben 500 Männer zwei Jahre Beschäftigung haben und diese Baustelle allein 102 Millionen Euro verschlingt, dann wissen wir wovon wir reden. Wäre es gescheit, die Umweltbelastungen, die Lärmbelastungen in Kauf zu nehmen, den Bestand zu erhalten und auszubauen und dafür nichts zu verlangen? Also, das ist ja unglaublich! Die Schweizer machen eine Hochpreispolitik! Überall in Europa werden Mauten teurer!

**Dörfler**

Und, Herr Abgeordneter Strauß ... ! (*Zwischenruf von Abg. Strauß.*) Herr Abgeordneter Strauß, hör mir zu! Die Arbeiterkammer fordert in Österreich eine Bemannung für LKWs auf allen Straßen! Auf allen Straßen! Nur damit du weißt, wie die Parteilinie ist. Es hat letzte Woche eine große Veranstaltung in Wien gegeben. Ich war dabei! Ich unterstütze dieses Ansinnen auch. Ein LKW vernichtet so viele Straßen wie 60.000 PKWs. (*Zwischenrufe von Abg. Mag. Cernic und von Abg. Arbeiter.*) Und deshalb ist eine Maut sinnvoll und wichtig! Herr Abgeordneter Schober, das zu deiner Frage!

Ich hoffe trotzdem, dass das, was uns die Gremien des Zukunftsfonds auch schriftlich mitgeteilt haben ... Faktum ist, dass es trotzdem eine politische Mehrheit gibt. Denn ich möchte nicht den Menschen nach einem Winter die Unsicherheit zumuten, dass Gebiete in Kärnten teilweise schlecht bis gar nicht mehr erreichbar sind. Wir müssen teilweise Straßen aus Sicherheitsgründen sperren. Und das kann doch wohl nicht unsere Politik sein! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der ÖVP eine Zusatzfrage gewünscht? – Herr Klubobmann Abgeordneter Mag. Grilc ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Landesrat! Setzen Sie die Mittel für die Straßenbauvorhaben nach einem gültigen Prioritätenplan ein?

Landesrat **Dörfler** (F):

Herr Abgeordneter! Jedes Projekt wird im Straßenbaubudget und im Straßenbauprogramm beschlossen. Es wird ausschließlich nach Prioritäten gebaut. Es gibt kein einziges Straßenbauprojekt in Kärnten, das nicht prioritäre Behandlung hat. Es sind eh alle schon so schlecht, dass jede Baustelle im Landstraßen-L-Bereich eine dringend notwendige ist. Wenn du mit offenen Augen durch Kärnten fährst, dann wirst du spüren: Auf den Autobahnen geht es so halbwegs bis auf ein paar Großbaustellen, auf den Bundes-

straßen geht es gut. Und auf den Landesstraßen wie auf den Gemeindestraßen – Karl Markut, da kann ich dir Recht geben – ist auch einiges zu tun! Wir können gemeinsam in beiden Bereichen etwas tun! Da haben wir ein Problem, das zu lösen ist! Und es gibt einen Prioritätenkatalog der Fachabteilung. Und es wird ausschließlich nach diesem Prioritätenkatalog gebaut! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens des Fragestellers noch eine Frage gewünscht? – Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Noch eine Zusatzfrage! Die Sondermaut auf der Tauernautobahn kann man nicht weggeben, weil erstens haben wir es den Liesertalern versprochen und zweitens ist das gesetzlich gar nicht möglich.

Aber meine Frage bezieht sich wieder auf die Landesstraßen L: Gibt es Wünsche der Parteien auf Vor- und Umreihung in dem von dir genannten Prioritätenkatalog? Muss es geben! Weil einige Anträge liegen ja hier im Haus.

Landesrat **Dörfler** (F):

Noch einmal kurz zur Maut. Das ist ein gutes Stichwort. Es gibt ein Europäisches Wegekostenrecht. Da hat die Wirtschaftskammer großspurig angekündigt, sie wird versuchen, beim Verfassungsgerichtshof die Maut am Klagsweg abzuschaffen. Es ist dann wahrscheinlich ein herzliches Dankeschön der Bauwirtschaft zu erwarten, wenn die Wirtschaftskammer dafür eintritt, dass man Gelder, die man für Bauarbeitsplätze braucht, nicht mehr einnimmt. Also, das ist für mich sowieso sensationell. Aber es gibt auch gute Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes. Sie haben der Wirtschaftskammer keine Parteienstellung zuerkannt. Und das Wegekostenrecht hat nicht die heutige Bundesregierung verhandelt und schon gar nicht irgendwer aus dem Lande, sondern es ist eine Erbschaft aus dem EU-Beitritt! Österreich und speziell Kärnten ist damit sehr billig an die Gelüste der euro-

**Dörfler**

päischen Transport- und Transitwirtschaft verkauft worden. Da ist ein Sündenfall passiert.

Die Schweiz hat höhere Mauten, und die Schweiz entwickelt sich wirtschaftlich durchaus gut. Und vor allem, sie kann diese hohen Mauten – Frau Abgeordnete, wenn Sie sich da vielleicht auskennen – für Investitionen im Schienenbereich verwenden. 600 Kärntner Arbeiter arbeiten übrigens über die Firma STRABAG beim Bau des Gotthard-Tunnels. Und es gibt auch einen sehr bekannten Kärntner Wirtschaftsberater, der für die Schweiz arbeitet und dort sehr erfolgreich tätig ist. Vielen von Ihnen wird er sehr bekannt sein. Zur Mautdiskussion ein für allemal: Es wäre wirklich ein Trugschluss, das zu tun! Und es gibt keine Vorreihungen! Sondern wir bauen nach Prioritäten. Noch einmal, zwei Drittel der Straßen sind Güteklasse III bis V. Herr Abgeordneter, sage mir eine Baustelle wo du meinst, dass sie nicht notwendig ist. Es gibt keine! Viele mehr würden wir im Straßenbaubereich der Landesstraßen brauchen! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Damit, meine Damen und Herren, ist die Anfrage 3 erledigt. Wir kommen zur Anfrage 4:

**4. Ldtgs.Zl. 244/M/29:****Anfrage der Frau Abgeordneten Warmuth an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Strutz**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordnete **Warmuth** (F):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren Abgeordnete! Hohe Beamtschaft! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Erfolgreiche Stadtveranstaltungen vor wenigen Wochen in den Kärntner Bezirken haben bewiesen, dass großes Interesse besteht, Initiativen im ländlichen Raum zu setzen.

Ich frage Sie daher: Welche Beweggründe haben Sie für die Durchführung des Ideenwettbewerbes „GRIPS“ in allen Kärntner Gemeinden?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Strutz** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Abgeordnete! Hoher Landtag! Die Frage ist einfach zu beantworten. Wir nehmen die Probleme und Sorgen der Menschen im ländlichen Raum ernst. Es war eine Idee des Herrn Landeshauptmannes, gute, innovative Projekte, die teilweise in Kärnten bestehen weiter zu verfolgen. Aber vor allem einen Anreiz zu schaffen, darüber nachzudenken, wie wir die Probleme des ländlichen Raumes aktiv gestalten und ihnen entgegenwirken. Aus diesem Grund wurde ein Ideenwettbewerb ins Leben gerufen. Vor allem vor dem Hintergrund, dass wir, beginnend mit dem Jahr 2007, eine neue Förderkulisse im Zusammenhang mit der Unterstützung der Europäischen Union haben. Wir haben gewisse Möglichkeiten bei neuen, innovativen, nachhaltigen Projekten – ob im kulturellen Bereich, im sozialen Bereich – konkret Unterstützung anzubieten. Ich verweise in meinen Wortmeldungen oft auf positive Ideen, die in den Kommunen aufgrund von einfachen Ideen, aufgrund von engagierten Bürgern entstanden sind, die langfristig einen enormen volkswirtschaftlichen Nutzen mit sich gebracht haben.

Im kulturellen Bereich verweise ich gern auf die Bezirksstadt Gmünd, die noch vor Jahren – als die Autobahn fertig gestellt wurde – die Köpfe hat hängen lassen und man Sorge gehabt hat, dass die Touristen, aber auch die Einheimischen, an Gmünd vorbeifahren. Hier war es die Idee, diese Bezirksstadt als eine Kulturstadt zu positionieren. Es hat sich dort eine sehr engagierte Gruppe von Bürgern gebildet, die die Idee gehabt hat, in den Bereich der Kultur, in den Bereich von Galerien zu investieren. Und dieses Konzept ist aufgegangen. Mittlerweile hat Gmünd 14 Galerien – gerade jetzt im Rahmen der Ausstellung „Wasser.reich“ – sehr attraktiv gestaltet. Das Land hat in die Revitalisierung des mittelalterlichen Stadtkerns investiert. Und plötzlich – angelockt durch kulturelle Statuen, die auf der Autobahn aufgestellt sind – fahren Touristen nach Gmünd. Und wir haben einen volkswirtschaftlichen Nutzen der Bäcker vor Ort. Das Gasthaus, die Hotellerie ist ausgebucht, weil international renommierte Künstler im Sommer in diese Bezirksstadt kommen. Hier muss das Rad nicht neu erfunden werden. Frie-



**Dr. Strutz**

sach beispielsweise hat ein ähnliches Konzept entwickelt, um sich als mittelalterliche Stadt mit dem Schwerpunkt „Kultur“ zu positionieren.

Und so gibt es viele gute und innovative Ideen von Bürgern, die umgesetzt gehören und die unterstützt und gefördert werden. Für mich persönlich ist der „GRIPS“ deshalb so wichtig, weil ich zutiefst davon überzeugt bin, dass wir die Menschen motivieren und, dass wir Anreize schaffen müssen. Und es sind doch auch beachtliche Mittel in der Höhe von 150.000,- Euro hier von Seiten des Landeshauptmannes und meiner Zuständigkeit in die Hand genommen worden, um diese Projekte nicht nur auszuzeichnen, sondern auch professionell zu begleiten und umzusetzen. Das heißt, wir nutzen die Infrastruktur der Regierungsbüros und der Abteilungen des Amtes der Kärntner Landesregierung, um Menschen, die eine gute Idee mit Nachhaltigkeit, in welchem Bereich auch immer, haben – ob im kulturellen Bereich, im sozialen Bereich, im wirtschaftlichen Bereich – hier die notwendigen Hilfestellungen und die finanzielle Unterstützung zu geben, um hier Projekte auf die Reihe zu bekommen, um dem Kern der Problematik, die im ländlichen Bereich besteht, entgegenzuwirken.

Ich glaube auch, dass es eine Chance ist, dass Projekte eine größere Chance auf Umsetzung, auf Realität haben, wenn sie von den Betroffenen direkt kommen, das heißt wenn sie vor Ort entwickelt werden und nicht sozusagen von oben verordnet werden. Hier ist und wird diese Eigeninitiative auch angesprochen. Ich darf auch vermerken, dass wir bereits zahlreiche Projekte und Projektunterlagen eingereicht bekommen haben, wo einige nicht nur verfolgenswert sind sondern wirkliche innovative Projekte sind, vor allem auch im Bereich der neuen Umwelttechnologien und vor allem auch im Bereich, wo wir beispielsweise im Siedlungsbereich Alternativen haben, auf Grund der rückläufigen Schülerzahlen und Ähnliches, wo wir gerne bereit sind, hier auch zu unterstützen. Das ist ein bisschen die Grundidee dieses Ideenwettbewerbes, der im Herbst seinen Abschluss finden wird und wo wir hier auch die einzelnen Projekte, die eingereicht werden, mit der notwendigen finanziellen, aber vor allem auch organisatorischen Unterstützung in meinem Zuständigkeitsbereich fördern und umsetzen werden. *(Beifall von der F-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der Sozialdemokratischen Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Herr Abgeordneter Strauß, ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Strauß** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Meine geschätzten Damen und Herren! Es wird eine Premiere sein, auch insofern vielleicht darauf hinzuweisen, wie geeignet oder nicht geeignet das Haus ist, wenn man eine leichte Behinderung hat. Es ist nicht allzu leicht, die Stiegen des Hauses zu begehen. Ich möchte darauf hinweisen: Ich habe selbst ein Haus über die Gemeinde Sittersdorf jetzt gebaut. Eine der Vorschriften, die ich gehabt habe, war behindertengerecht zu bauen. Vielleicht kann man das mit aufnehmen, um das Kärntner Parlament entsprechend zu adaptieren; in Hinkunft. *(Beifall im Hause)*

Zu meiner Frage an den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter: Ich war selbst bei einer Veranstaltung des Themas um die Ideen „Grips“ dabei. Insofern ist die Stärkung des ländlichen Raumes ein Thema, dem wir uns (alle politischen Parteien) widmen. Meine Frage und meine Feststellung in dem Zusammenhang war aber jene: Es wird sehr stark beworben, dieser Ideenwettbewerb „Grips“, auch medial über den ORF und Radioeinschaltungen. Das Echo bei der Veranstaltung, bei der ich im Bezirk Völkermarkt in Bleiburg dabei war, war aus meiner Sicht gegeben. Es war insofern auch gegeben, als dann im weiten Bereich auch zu einer politischen Veranstaltung geworden ist.

Meine Frage dazu, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter: 150.000 Euro stehen insgesamt als Preise zur Freigabe zur Verfügung. Wie hoch schätzen Sie heute die Werbekosten für diesen Ideenwettbewerb „Grips“, den wir heute auch im Parlament über den Nachtragsvoranschlag bzw. Rechnungsabschluss diskutieren werden? Wird es auch eine Diskussion im Jahre 2007 über diesen Ideenwettbewerb „Grips“ geben, was die Werbeeinschaltungen und die Bewerbung dieser Veranstaltung oder dieses Ideenwettbewerbes insgesamt sein wird?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Strutz** (F):

Herr Abgeordneter, ich schätzte die Werbekosten sehr minimal ein, weil ich glaube, dass sehr wirtschaftlich und sparsam gewirtschaftet wurde. *(Beifall von der F-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der ÖVP-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann hat die Anfragestellerin noch eine Zusatzfrage. Ich bitte, sie zu stellen! *(Abg. Lutschounig: Wir sind sparsam? Wenn 328 Millionen schon eine Mücke sind, was ist dann sparsam?!)*

Abgeordnete **Warmuth** (F):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Meine Zusatzfrage lautet: Welche Voraussetzungen müssen die eingereichten Projekte erfüllen?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Strutz** (F):

Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Im Rahmen des Wettbewerbes werden vor allem Gemeinden und Regionen prämiert, die innovative nachhaltige Ideen und Projekte entwickeln und sie auch umgesetzt haben und sie jetzt erweitern wollen, das heißt Projekte, die bereits in der Umsetzungsphase sind, die speziell auch im Bezirk St. Veit entwickelt wurden. Ich erinnere beispielsweise auch hier an den Hemma-Pilgerweg als eine so innovative Idee, die aus Ihrem Bezirk gekommen ist, die weiter entwickelt werden soll, die weiter unterstützt werden kann, bekommen hier die notwendigen Voraussetzungen.

Es geht uns vor allem aber darum, dass wir auch die lokale und die regionale Zusammenarbeit fördern und unterstützen, das heißt die Zusammenarbeit von Betrieben, von landwirtschaftlichen Vereinen, von Gemeinden, das heißt jene Projekte, die auch über die Gemeindegrenzen hinaus ihre Zusammenarbeit bekunden, werden hier prioritär auch behandelt. Es geht uns auch darum, dass sozusagen das Rad nicht neu erfunden wird, sondern jene Projekte, die Beispiel-

wirkung haben, auch für andere Gemeinden oder Regionen haben hier eher Chancen, auch die notwendige Prämierung und Unterstützung zu bekommen.

Vielleicht die formalen Voraussetzungen, die ja einen sehr umfassenden Informationsfolder – vielleicht hat das Kollege Strauß mit den Kosten für die Werbung gemeint – beinhaltet. Sie müssen allen Interessierten sozusagen auch zur Verfügung gestellt werden, damit sie wissen: Was sind die Rahmenbedingungen, unter denen hier auch ausgezeichnet und prämiert wird? Das sind eigentlich jene, dass wir in verschiedenen Kategorien die Projekte auszeichnen. Wir haben den Bereich der Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus, den Bereich Umwelt, Energie, Bildung, Kultur, Siedlungsbau, Verkehr, Naturschutz, Landschaftsschutz und den Sozial- und Gesundheitsbereich, wobei wir den Einsendeschluss auf Grund der positiven Rückmeldungen, die wir haben und speziell auch für den Bezirk Völkermarkt jetzt bis Ende Juli erstreckt haben, da wir ersucht worden sind, weil einige Projekte noch in Ausarbeitung sind, das zu tun. Dem sind wir gerne nachgegangen. Wir werden Mitte September hier eine unabhängige Expertenjury, die aus dem Bereich der Wirtschaft, Soziales, Kultur diese Projekte beurteilt, das vornehmen. Im Herbst werden hier auch die Auszeichnung und die notwendige Unterstützung geschehen. *(Beifall von der F-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Damit ist die Anfrage 4 erledigt. Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Auf Grund der Anregung vom Herrn Abgeordneten Strauß betreffend eines Behindertenliftes darf ich folgendes feststellen: Ich habe hier schon einmal gesagt, dass ich mich sehr, sehr bemüht habe, im Zusammenhang mit dem Gesamtumbau einen solchen Lift hier einzubauen. Es war nicht möglich, durch die Auflagen und durch die Ablehnung des Denkmalschutzes hier so etwas Ähnliches zu errichten. Ich habe aber – und das wissen ja die Klubs – einen Behindertenfahrstuhl schon vor Jahren gekauft, der auch für alle zur Verfügung steht, die hier in den ersten Stock oder sonst wohin kommen wollen. Wir haben ja das Problem, dass wir mehrere Stiegen mit unterschiedli-

**Dipl.-Ing. Freunschlag**

chen Höhen haben, sodass ein Lift allein hier wahrscheinlich gar nicht das Problem insgesamt lösen könnte, Dieser Behindertenfahrstuhl ist beim Portier anzufragen und wird auch dann bedient. Es finden auch immer wieder Übungen statt, sodass der Portier und Mitarbeiter diesen Fahrstuhl auch entsprechend mit dem Behinderten in den ersten Stock herauf transportieren können. So viel zu diesem Problem. Vielleicht gelingt es doch einmal, eine Lösung zu treffen, die mit dem Denkmalamt ausgehandelt werden kann.

Wir kommen zur nächsten Anfrage:

**5. Ldtgs.Zl. 245/M/29:****Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Landesrat Ing. Rohr**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Landesrat Ing. Rohr! Ich habe mit Interesse in einer Wochenzeitung gelesen, dass Sie ankündigen, dass Sie günstigere Müllpreise durch den zweiten Mülllofen in Arnoldstein erwarten. Ich frage Sie daher, weil mich das interessiert: Wie werden Sie sicherstellen, dass die von Ihnen durch den zweiten Mülllofen in Arnoldstein erwartete Vergünstigung des Müllpreises tatsächlich realisiert wird?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Gallo! Ich darf hinsichtlich deiner Anfrage folgendes mitteilen, dass ich in der 36. Sitzung der Kärntner Landesregierung am 20. 12. 2005 ermächtigt wurde, die KEV (der Zusammenschluss aller Abfallwirtschaftsverbände in Kärnten) zu beauftragen, in Verhandlungen mit der Kärntner RestmüllverwertungsgmbH (KRV) die notwendigen weiteren Schritte zur Umsetzung der Erweiterung der Müllverbrennungsanlage in Arnoldstein um 60.000 Tonnen pro Jahr zu setzen. Es ist also kein zweiter Mülllofen, sondern wenn, höchstens eine zweite Linie in der derzeit bestehenden

Müllverbrennungsanlage in Arnoldstein ange-dacht. Die wesentlichen Aspekte und Eckpunkte des Auftrages der Regierung waren, das Einvernehmen innerhalb der KEV mit den jeweiligen Abfallwirtschaftsverbänden sicherzustellen, mit einer zweiten Linie bei der Anlage in Arnoldstein keine Gebührenerhöhungen sozusagen zu veranlassen und bei der verkehrsmäßigen Lösung eine umweltschonende und kostengünstige Variante anzustreben.

Die Kärntner Entsorgungs- und Vermittlungs-GmbH (die KEV) hat mir nunmehr das Ergebnis der Verhandlungen zwischen der KEV und der KRV in einem Schreiben mitgeteilt. Es wurde von der KEV vorgeschlagen, derzeit keine zweite Linie umzusetzen, sondern durch technische Optimierungsmaßnahmen und die Kürzung von Revisionszeiten, die rechtlich derzeit auf 80.000 Tonnen pro Jahr eingeschränkte Kapazität – das ist der Bescheid des Umweltsenates in Wien – der bestehenden Anlage auf maximal 95.000 Tonnen pro Jahr anzuheben. Die spezifischen Kosten für die Behandlung pro Tonne kommunalen Mülls würden sich in Arnoldstein auf Grund der jetzt schon bestehenden vertraglichen Regelungen in etwa um 5 Euro pro Tonne Müll reduzieren.

Das ist also der aktuelle Stand der Dinge, wobei ich nach wie vor festhalte, dass ich überzeugt und der Meinung bin, dass mit dem Abfall in Kärnten, nämlich dem anfallenden Hausmüll in Kärnten aber auch dem hausmüllähnlichen Betriebsmüll in Kärnten, durchaus entsprechende Wertschöpfung auch zu erreichen wäre, wenn eine Vereinbarung der KRV, die ja de facto als privater Betreiber mit der Wirtschaft in Kärnten beschlossen werden könnte, wo man entsprechende Kapazitäten zustande bringt, die eine zweite Linie wirtschaftlich und möglich machen würden, dann würde ich dafür plädieren, dass man diese zweite Linie trotzdem errichtet, um letztlich auch mit dem entfernt anfallenden Müll Wertschöpfung in Kärnten und Arbeitsplätze in Kärnten zu erhalten, zu sichern und zusätzliche zu schaffen. Das ist der Status quo. Im Wesentlichen geht es darum, dass die Wirtschaft sich jetzt natürlich auch deklarieren muss.

Wie du weißt, war es ja schon in der Entstehungsdiskussion um die Errichtung einer Müllverbrennungsanlage in Arnoldstein eine der Grundsatzfragen, ob die Wirtschaft sozusagen

**Ing. Rohr**

mit im Boot ist oder ob sie für den in der Wirtschaft anfallenden Müll andere Entsorgungsweg sucht. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der SPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Seitens der ÖVP? – Auch nicht. Dann hat der Anfrager noch eine Zusatzfrage. Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Herr Landesrat, die Wirtschaft, die Sie angesprochen haben, hat sich deklariert: Sie geht den Weg des geringsten Preises.

Ich habe jetzt mit Erstaunen gehört, dass die Abfallwirtschaftsverbände die zweite Linie – das ist ein semantischer Unterschied! – abgewürgt haben, Sie daran doch irgendwie festhalten. Jetzt frage ich Sie: Wie wird es tatsächlich weitergehen, mit der Müllentsorgung in Kärnten?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter Gallo! Ich denke, wenn Sie mir genau zugehört hätten, dann hätten Sie eigentlich die Antwort sich selbst geben können. Nachdem die Abfallwirtschaftsverbände, sprich KEV, derzeit empfehlen, die bestehende Müllverbrennungsanlage in Arnoldstein zu optimieren und auf 95.000 Tonnen zu erweitern, durch Verkürzung der Revisionszeiten, durch Optimierung sozusagen der Betriebszeiten, und dadurch maximal 10.000/15.000 Tonnen Müll, Hausmüll in Kärnten, aus den Verbänden außerhalb unseres Landes zu entsorgen wäre, wird das wahrscheinlich die kostengünstigste Lösung sein. Allerdings – und das sage ich noch einmal – wenn die Wirtschaft mitmachen würde und auf eine Kärntner kostengünstige Lösung setzen würde, würde das für alle in Kärnten zum Vorteil gereichen.

Denn ich habe es da im Hohen Haus schon mehrere Male gesagt. Derzeit gibt's zwar Verbrennungskapazitäten in Österreich; in Niederösterreich bauens, in Oberösterreich bauens. Dem Vernehmen nach, sagt man, dass Wels die Verbrennung kostengünstiger anbieten würde als

derzeit in Arnoldstein verbrannt wird. Faktum ist, dass es drei Millionen Tonnen Verbrennungskapazitäten in Europa gibt, die fehlen. Und daher wird also die Verbrennung, denke ich, in Zukunft entsprechend teurer werden, weil natürlich für jeden – wenn sozusagen die gesetzliche Verpflichtung besteht – den Müll ordnungsgemäß zu entsorgen –sozusagen die Situation teurer wird und am Ende natürlich ein entsprechender Preisanstieg zu verzeichnen sein wird.

Und ich denke, wenn wir dann Herr im eigenen Haus wären, in dem wir die für Kärnten günstigste Lösung forcieren, dann wäre das der vernünftigste Weg. Aber, wie gesagt, da muss die Wirtschaft mitmachen. Wenn die Wirtschaft das nicht tut, dann werden wir den Empfehlungen der KEV folgen. Dann werden wir zeitgerecht – wir haben bis Ende 2008 Zeit – die Übermengen des in Kärnten anfallenden Hausmülls, nämlich 15.000 Tonnen, öffentlich ausschreiben und werden die außer Landes exportieren. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Damit ist die Anfrage 5 erledigt.

Wir kommen zur Anfrage 6:

**6. Ldtgs.Zl. 247/M/29:****Anfrage der Abgeordneten Mag. Trannacher an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Strutz**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordnete **Mag. Trannacher** (SPÖ):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Die Benachteiligung von Frauen in allen Lebensbereichen ist nach wie vor evident. So ist es auch im Kunst- und Kulturbereich und umso erfreulicher war es, dass im letzten Jahr erstmalig, begleitet durch umfassende PR-Aktivitäten, der Frauenkunstpreis des Landes Kärnten verliehen wurde.

Meine Frage dazu: Wann wird nun im heurigen Jahr dieser Preis ausgeschrieben?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Strutz** (F):

Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich gebe Ihnen absolut Recht, dass die Benachteiligung der Frau in vielen gesellschaftlichen Bereichen nach wie vor evident ist. Ich war deshalb heute auch entsetzt, als eine Politikerin auf Bundesebene im Bildungsbereich beispielsweise verlangt hat, dass hauptsächlich männliche Pädagogen zum Einsatz kommen, weil ich glaube, dass wir gerade unserer jüngeren Generation und unseren Kindern hier doch eine geschlechtsneutrale Kommunikation und Bildung auch angedeihen lassen sollten.

Es gibt viele Bereiche, wo wir Aufholbedarf haben. Im Wirtschaftsbereich, wo es nach wie vor noch nicht zu einer gleichen Entlohnung für die gleiche Leistung kommt. Ich glaube aber, dass wir vor allem im kulturellen Bereich vor allem der Schaffenskraft der Frau eine verstärkte Aufmerksamkeit widmen möchten. Denn ich glaube, dass auch aufgrund der persönlichen Rahmenbedingungen, die Frauen haben, mit Kindererziehung, mit Familiengründung, vielfach die Schaffenskraft und auch der Weg von Frauen im kulturellen Bereich ein doppelt schwieriger ist wie für Männer. Aus diesem Grund habe ich auch gesagt, und meine Zielrichtung ist es, im kulturellen Bereich jedes Jahr sozusagen einen Schwerpunkt zu setzen. Und ich habe aus dieser Problematik bewusst gesagt, am Beginn meiner Periode, für die ich für Kärnten im kulturellen Bereich verantwortlich zeige, möchte ich dieses Thema thematisieren.

Wenn man sich ansieht, Künstlerinnen wie Kiki Kogelnik, wie Maria Lassnig, wie Christine Lavant, wie Ingeborg Bachmann, haben es weit gebracht, wenn auch die Unterstützung und die notwendigen Rahmenbedingungen nicht gegeben gewesen sind. Hier glaube ich, haben wir Handlungsbedarf. Das waren meine persönlichen Überlegungen. Um diese Thematik einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen und auch in das Interesse der Öffentlichkeit zu rücken, habe ich die Idee geboren gehabt, einen Frauenkulturpreis für das Land Kärnten auch auszuschreiben. Und ich glaube, er ist sehr positiv angenommen worden. Zum Einen haben sich die Künstlerinnen, die hier auch die Unterstützung und auch eine, wie ich glaube, schon lang notwendige Anerkennung durch das Land Kärnten

erfahren haben, positiv aufgenommen. Zum Anderen wurde dieses Thema auch auf den Kulturseiten und in anderen Zirkeln der Kultur breit diskutiert. Das heißt, das war einmal der positive Effekt.

Ich stimme alle meine Vorgehensweisen mit den Kulturgremien und mit im kulturellen Bereich Verantwortlichen auch ab. Und das Kulturgremium war der Meinung, dass wir nicht jedes Jahr einen Frauenkulturpreis für Kärnten ausschreiben sollten, sondern Schwerpunkte setzen und das in Abständen von zwei Jahren machen sollten. Ich habe mich dieser Empfehlung angeschlossen. Und wie Sie wissen, haben wir im heurigen Jahr einen anderen Schwerpunkt, den Bereich Schwerpunkt „Literatur“, auf den ich dann noch eingehen werde, weil ich auch hier wieder dafür gesorgt habe, dass speziell Frauen eine Berücksichtigung bekommen.

Ich habe aber im abgelaufenen Jahr sowohl dafür gesorgt, dass wir bei den Präsentationsmöglichkeiten, die wir im Rahmen der Galerien, die dem Land Kärnten zugeordnet sind, einen Schwerpunkt für Frauen machen. Sie wissen, wir haben die Ausstellung mit Maria Lassnig, der Grand Dame und sicherlich dem Aushängeschild – nicht nur in Kärnten, sondern österreichweit auch am internationalen Kunstmarkt – sichergestellt. Ich habe ausschließlich Frauen im heurigen Jahr auch in der Galerie Kärnten sozusagen präsentiert und zu Bild kommen lassen. Und ich werde es auch im Rahmen des Literaturschwerpunktes so handhaben. Hier gibt es nicht eine Auszeichnung, sondern es gibt, wie Sie wissen oder als Kulturinteressierte sicherlich wissen, haben wir den Christine Lavant-Preis sozusagen als einen zusätzlichen Landeskulturpreis initiiert, weil ich glaube, dass von ihrem schriftstellerischen Euvre, das auch stärker in die Kärntner Seele hineinfällt, und wir auch in diesem Bereich der Lyrik hier eine eigene Förderung haben wollen, Ingeborg Bachmann als Frau, Aushängeschild im deutschsprachigen Sprachraum! Christine Lavant soll ein bisschen sozusagen die Kärntner Seele auch besetzen.

Hier gibt es ebenfalls einen Preis für eine junge Dame oder Schriftstellerin und einen anderen Preis, den eine Frau oder ein Mann machen kann. Ich lege auch im Bereich der Projektstipendien und im Bereich der Unterstützung, die wir beispielsweise im Vorfeld des Ingeborg Bachmann-Preises vorgenommen haben, eben-

**Dr. Strutz**

falls Wert darauf, dass das immer auch geschlechtsneutral vergeben wird, damit die Frauen hier ein bisschen aufholen können, was vielleicht in der Vergangenheit ein bisschen zu kurz gekommen ist. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der Freiheitlichen Fraktion noch eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Seitens der ÖVP? – Auch nicht. Dann hat die Anfragerstellerin noch eine Zusatzfrage. Ich bitte, sie zu stellen! *(Abg. Mag. Trannacher: Ich verzichte aufgrund der umfassenden Beantwortung meiner Frage darauf. Danke!)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Damit ist die Anfrage 6 erledigt.

Wir kommen zur Anfrage 7:

**7. Ldtgs.Zl. 248/M/29: Anfrage des Abgeordneten Ing. Haas an Landesrat Dörfler**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Ing. Haas** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! In den letzten Wochen wurde über die Medien öfters über angeblich große Verkehrsprobleme im Bereich des Kreuzungsbereiches Vassacher See/St. Leonharder See in Villach berichtet. Einige Politiker sahen laut Medien eine Lösung dieses Problems in der Richtung eines Kreisverkehrs.

Nun meine Frage: Welche Lösungen der Verkehrsproblematik hat die Kärntner Landesstraßenverwaltung für den Bereich Seendreeck Vassacher See in Villach ausgearbeitet?

Landesrat **Dörfler** (F):

Geschätzter Herr Abgeordneter! Ursprünglich war im Seendreeck ein Kreisverkehr geplant.

Wir haben aber aufgrund einer detaillierten Untersuchung, einer sogenannte Nutzwertanalyse, dir als Bauexperten ja ausreichend bekannt, mehrere Planfälle untersucht. Laut Planfall 1 war ein Bestand zu sanieren; Planfall 2 war eine Kreisverkehrslösung und Planfall 3 ein T-Knoten mit Kreuzung. Die verkehrstechnische Untersuchung, die Nutzwertanalyse hat dann ergeben – die wir übrigens gemeinsam mit der Beamtenschaft Villach auch bearbeitet und bewertet haben – dass die Variante 3, eine Lösung mit T-Knoten mit Kreuzung, die absolut beste ist, vor allem verkehrssicherheitsgemäß.

Es gibt aber einen Herrn und eine Partei, der hat ein riesengroßes Problem damit. Der strafrechtlich verurteilte Wohnbau- und „Verkehrsexperte“, Vizebürgermeister Pfeiler leistet sich hier ja gewaltige Publikationen. „Dörfler's Ampelwahn!“ und so. Ich meine, das ist so tiefster Wahlkampf auf einem Niveau, wo ich mich nie hinbegeben möchte. *(Einwand von Abg. Markut.)* Ja, die Partei kriegt vielleicht BAWAG-Spenden oder ÖGB-Spenden. Das kostet auch was! Herr Abgeordneter, da muss man ein bisschen vorsichtig sein! *(Abg. Schober: Das ist ein tiefes Niveau. – Es erfolgen mehrere Zwischenrufe von Abgeordneten der SPÖ-Fraktion. – Es herrscht Unruhe in der SPÖ-Fraktion. – Lärm und Unruhe im Hause.)* Das hat irgendwer bezahlen müssen, sind ja auch Inserate drinnen. *(Der Vortragende blättert in einer mitgebrachten Unterlage.)* Wenn ich es machen würde, dann kritisieren, wenn Ihr es macht, ist es fein! *(Weiters Unruhe in der SPÖ-Fraktion. – Unaufmerksamkeit im Hause.)* Ich halte nur fest, Herr Abgeordneter Schober, dass der strafrechtlich verurteilte Vizebürgermeister Pfeiler – *(Zwischenruf von Abg. Schober.)* willst das auch noch abstreiten? *(Zwischenruf von Abg. Mag. Cernic. – Unruhe unter den Abgeordneten der SPÖ-Fraktion. – Lärm im Hause.)* Wollens das abstreiten, Frau Abgeordnete? Sich mit einem Stil ... *(Es erfolgen weitere Zwischenrufe aus der SPÖ-Fraktion. – Lärm im Hause.)* Ich bin nicht strafrechtlich verurteilt, Frau Kollegin, ja! Mit einem Stil benimmt, *(Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.)* der einzigartig ist in der Verkehrsgeschichte Kärntens.

Ich halte fest, dass erstens die Nutzwertanalyse ein klares Ergebnis bringt. Und wir haben uns dann mit dem Vizebürgermeister Pfeiler, mit der Beamtenschaft des Straßenbauamtes Villach und

**Dörfler**

der Stadt Villach darauf verständigt, dass eine Bewertung des Kuratoriums für Verkehrssicherheit, die vom 14.4.2005 vorliegt, das Entscheidungskriterium für die Baumaßnahme ist. Und in der Zwischenzeit, muss ich schon sagen, ist das eindeutig bestätigt. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit hält in ihrer Betrachtung, in der Untersuchung der verschiedenen Planfälle, eines fest: „Aus Sicht des Kuratoriums für Verkehrssicherheit darf bei einer Um- bzw. Neuplanung nur jene Variante gewählt werden, die für alle Verkehrsteilnehmer die sicherste Variante darstellt.“ Ob es mir gefällt oder dem Herrn Pfeiler, glaube ich, ist einmal dahingestellt. Es ist eindeutig eine Feststellung des Kuratoriums für Verkehrssicherheit! Und daraufhin haben wir eben diesen T-Knoten ampelgeregelt in den Planungsauftrag geschickt.

Ich bin eigentlich wirklich verwundert, dass man hergeht und dann noch eine Unterschriftenaktion startet und das nicht zur Kenntnis nimmt, was das Kuratorium für Verkehrssicherheit vorschlägt. Er vergleicht das immer auch ganz gerne mit dem Kreisverkehr in Treffen. Jeder der ihn öfters fährt – der Herr Landtagspräsident kennt den Problembereich – das war eine alte Zusage, die wir eingelöst haben, der ist überfordert. Und letzte Woche hat es ja auch einen dramatischen LKW-Unfall gegeben, wobei ein LKW eine Holzfuhr verloren hat. Wie glücklich das ausgegangen ist, dass Gott sei Dank keine Verletzten oder Schwerverletzten zu beklagen waren. Ich will damit nur sagen, dass nicht immer ein Kreis die beste Lösung ist, dass es leider auch Beispiele gibt, wo er weder vom Verkehrsfluss funktioniert, noch von der Verkehrssicherheit das Richtige ist.

Und Herr Abgeordneter Schober! Ich bin auch überrascht, dass der ARBÖ dann eine Resolution verfasst, aber nicht gewillt ist, das einmal im Büro des Straßenbaureferenten vielleicht zu hinterfragen! Das hättet's euch ja ersparen können! Ich lese in der ARBÖ-Zeitung, dass der ARBÖ Kärnten bei seiner Generalversammlung eine Resolution verfasst hat, dass man einen Kreisverkehr bauen soll. Das heißt, (*Abg. Mag. Cernic: Da sind schon mehrere, die für einen Kreisverkehr sind!*) Das heißt, der ARBÖ spricht sich ja dafür aus, dass man die verkehrsunsicherste Variante baut bzw. der ARBÖ zweifelt die Stellungnahme des Kuratoriums für Ver-

kehrssicherheit an. Das ist für mich überraschend. Und ich würde dich bitten, wir arbeiten in Verkehrssicherheitsangelegenheiten immer sehr gut zusammen – dafür bedanke ich mich auch – aber ein Telefonat und ihr könnt selbstverständlich alle Unterlagen haben, und die Resolution kann man sich ersparen! Straßenbauprojekte haben keine Parteifarben, Straßenbauprojekte dienen dem Verkehr und vor allem sollten sie der Verkehrssicherheit dienen! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der Sozialdemokratischen Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Herr Abgeordneter Vouk, bitte!

Abgeordneter **Vouk** (SPÖ):

(*Abg. Zellot: In Velden passt schon der Kreisverkehr. Solange im Kreis fahren, bis die richtige Richtung hast! – Heiterkeit in der F-Fraktion.*) Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Herr Landesrat! Ihre Beantwortung der Frage hat mich zu einer Zusatzfrage gereizt, weil eigentlich, nach meinem Dafürhalten, Sie einen sehr renommierten Politiker hier sozusagen vorgeführt haben. Ich möchte einmal festhalten, dass der Vizebürgermeister Pfeiler sich für die Bevölkerung Villachs eingesetzt hat und darf darauf hinweisen, ... (*Mehrere gleichzeitige Zwischenrufe aus der F-Fraktion. – Lärm und Unruhe im Hause. – Abg. Ing. Scheuch: Aber verurteilt ist er!*) dass Villach eine der erfolgreichsten Städte in Österreich ist, die Stadt sich gut entwickelt. Und von dieser Stelle sollten wir dem Bürgermeister Manzenreiter heute zum 60. Geburtstag gratulieren. Deswegen würde ich wirklich bitten, Herr Landesrat, dass auch Sie den Boden der Sachlichkeit nicht verlassen sollten. So kenne ich Sie ja gar nicht, weil Sie sind eigentlich ein sehr pragmatischer Politiker, aber offensichtlich reizt Sie die erfolgreiche Arbeit in der Stadt Villach. (*Abg. Trettenbrein lacht laut dazu.*) Aber ich denke, es geht ja nur gemeinsam.

Und meine Zusatzfrage lautet: Sind Sie bereit, sich mit der Stadt Villach sozusagen für eine

**Vouk**

gemeinsame, von einer breiten Bevölkerung getragenen Lösung, einzusetzen?

Landesrat **Dörfler** (F):

Herr Abgeordneter Vouk! Erstens gratuliere ich dem Bürgermeister Manzenreiter! Ich habe es auch schriftlich getan. Zweitens freut sich wohl jeder Politiker, wenn Städte erfolgreich Politik machen! Dass Villach eine Herzogstadt ist, darüber freuen wir uns alle! Das ist festzuhalten! Worüber ich mich nicht freue ist, wenn einer mit der Parteidreschflegelkeule Aussendungen macht und einfach den fachlichen Boden verlässt. Und das ist ein Umgang, den gibt es bei keinem Bürgermeister oder Vizebürgermeister in Kärnten. Das ist ein Faktum! Und Herr Abgeordneter Vouk, ich bin nicht bereit, Ratschläge und schriftliche Stellungnahmen des Kuratoriums für Verkehrssicherheit außer Kraft zu setzen. Weil der Erste ist dann der Pfeiler der sagt: „Der Dörfler ist schuld, wenn ein Unfall passiert!“ Und ich darf auch noch aus der Studie zitieren – die haben das mit einem zweispurigen Kreisverkehr verglichen, der auch im Seendreeck notwendig wäre – wo festgehalten wird: „Es gab im Kreuzungsbereich Seendreeck im Jahr 2001 zwei UPS,“ das heißt: zwei Unfälle mit Personenschaden. „Im Jahr 2002 vier, im Jahr 2003 sechs und im Jahr 2004 ebenfalls vier.“ Man hat das dann mit dem zweispurigen Kreisverkehr im Bereich Knoten Graz/Webring verglichen, der von der Verkehrsmenge vergleichbar mit dem Seendreeck in Villach ist.

Und bereits im ersten Jahr – im Jahr 2002 – gab es dort 26 Unfälle mit Personen- und 17 Unfälle mit Sachschäden. Ich glaube, da ist es eindeutig und klar, dass wir hier keinen parteipolitischen Kreis, sondern die beste Lösung zu diskutieren zu haben!

Und, Herr Abgeordneter Vouk, ich werde niemals Ratschläge des Kuratoriums für Verkehrssicherheit außer Kraft setzen. Dann würde man zu Recht über mich herfallen, wenn ich mich drüber hinwegsetze und die schlechtesten Lösungen anpeile. Abgesehen davon gibt es einen Verkehrssicherheitsaspekt. Und das Zweite ist, dass dieser Kreisverkehr von den Verkehrsprognosen her spätestens im Jahr 2015 überfordert wäre, Frau Abgeordnete Cernic! Dann können Sie zu Fuß herumgehen, weil die Verkehrsmen-

gen dann zu groß sind, da es dann so verstaubt ist, dass kein Verkehrsfluss mehr möglich ist! Das Zweite ist: Der Herr Vizebürgermeister Pfeiler hat in seiner Resolution auch den Wunsch, dass man auf der Autobahn einspurig fahren soll, wenn es Probleme im Oswaldibergtunnel gibt. Das heißt, wenn es einen Unfall gibt, sperren wir einen halben Tag ab und schicken dann den Verkehr auf die andere Fahrspur! Dafür gibt es die B100, dass man im Katastrophen- oder Unfallbereich kurz auf die B100 ableitet und um die Umfahrung Villach herum und dann wieder auf die Autobahn auffährt! Also, auf die Ratschläge kann ich wirklich verzichten! Da ist er kein Experte! *(Einsetzender Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der ÖVP eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall. – Dann hat der Anfrager noch eine. Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Ing. Haas** (F):

Ja, Herr Landesrat! Aufgrund Ihrer Beantwortung noch eine Zusatzfrage! Wann wird dieses Projekt umgesetzt? Wann ist Spatenstich? *(Zwischenruf von 3. Präs. Lobnig.)*

Landesrat **Dörfler** (F):

Was mich in Villach freut – wenn es vielleicht auch ab und zu Meinungsverschiedenheiten gibt – aber bei den Spatenstichen sind wir mit dem Richard Pfeiler immer einer Meinung. Er wird noch im Herbst dieses Jahres sein. Ich kann übrigens auch berichten, dass eine Großbaustelle abgeschlossen wird: Die Ossiacherzeile, das letzte große Baulos, in das das Land Kärnten allein in meiner Zeit über 10 Millionen Euro investiert hat. Das zur ansonsten guten Zusammenarbeit mit der Stadt Villach! Es ist erfreulich, dass in der Stadt ein Straßenbauproblem für Jahrzehnte gelöst ist. Und es wird jedenfalls noch im Herbst 2006 den Spatenstich und vor allem den Baubeginn geben. *(Beifall von der F-Fraktion.)*



Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Damit, meine Damen und Herren, ist die Anfrage 7 erledigt. Wir kommen zur Anfrage 8:

**8. Ldtgs.Zl. 249/M/29:  
Anfrage der Abgeordneten Mag. Lesjak an Landesrat Ing. Rohr**

Die Frau Abgeordnete ist leider noch nicht hier. Diese Anfrage wird in der nächsten Sitzung ... (*Der Vorsitzende korrigiert sich.*) Diese Anfrage ergeht schriftlich. Ich komme zur Anfrage 9:

**9. Ldtgs.Zl. 250/M/29:  
Anfrage des Abgeordneten Holub an Landeshauptmann Dr. Haider**

Der Herr Landeshauptmann ist noch nicht eingetroffen. Diese wird in der nächsten Sitzung mündlich erfolgen. Ich komme zur Anfrage 10:

**10. Ldtgs.Zl. 251/M/29:  
Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Landesrat Ing. Rohr.**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen! Bitte mündlich! Die Möglichkeit ist gegeben!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Danke, Herr Präsident! Herr Landesrat! Hohes Haus! Kürzlich wurden die Bevölkerungsbewegungen in Kärntens Gemeinden veröffentlicht. Dabei war festzustellen, dass es doch einigermaßen interessante Ergebnisse gibt, die nicht ohne Auswirkungen auf die Gemeinden bleiben können.

Herr Landesrat! Ich frage Sie daher: Welche Auswirkungen hat der in den letzten Jahren feststellbare Bevölkerungsabgang auf die davon betroffenen Kärntner Gemeinden?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter Gallo! Meine sehr geschätz-

ten Damen und Herren! Ich denke mir, wenn du seit März 2004 meine Aktivitäten als Gemeindeferent ein bisschen verfolgen würdest, dann würdest du die konkreten Maßnahmen, die ich setze, genau in diese Richtung interpretieren können: Dass nämlich die Abwanderungstendenzen aus den Randregionen in die Ballungsräume entsprechende Konsequenzen und Maßnahmen nach sich ziehen sollten. Einen wesentlichen Faktor (*Unruhe und Lärm im Haus. – Der Vorsitzende, das Glockenzeichen gebend: Bitte, am Wort ist der Herr Landesrat!*) für die Zuteilung von Ertragsanteilen bildet die Bevölkerungszahl der jeweiligen Gemeinde. Und demnach wirkt sich natürlich jeder Bevölkerungsabgang – wie er in der Volkszählung 2001 letztmalig zum Ausdruck kam und nachweisbar belegt wurde – im Budget der Gemeinden negativ aus. Die Aufrechterhaltung der Infrastruktur – wie zum Beispiel die Wasserver- und die Abwasserentsorgung, Kindergärten, Schulen – wird durch die Beiträge der Gemeindebürger finanziert.

Und natürlich senkt sich dadurch bei entsprechend verringerter Anzahl von Gemeindebürgerinnen und -bürgern die Beteiligung der Gemeindebürger an den Kosten. Es werden also für den Einzelnen die Kosten entsprechend höher. Die Lebenshaltungskosten werden für den betroffenen Gemeindebürger teurer. Und wie du weißt, habe ich eine Reihe von Pilotprojekten und Maßnahmen erarbeitet, die den Gemeinden helfen sollen, Einsparungspotentiale zu finden, um letztendlich nicht den einzelnen Bürger zu belasten. So wurden unter anderem im Zuge von interkommunaler Zusammenarbeit bedarfsorientierte Projekte, wie zum Beispiel gemeinsame Wirtschafts- und Gewerbeparks oder Wirtschaftshilfe angedacht, die Stärkung der Attraktivität und Qualitätsverbesserung in den Betreuungseinrichtungen für Kinder oder die Zusammenarbeit im Verwaltungsbereich initiiert. Weiters wurden im Rahmen von Gemeindechecks die Steuern und Investitionen optimiert, Abfertigungen und Energiehaushalte auf Einsparungen durchforstet und durchgeschaut. Im Wesentlichen versuchen wir die Ausgabensituation der Abwanderungstendenz entsprechend einzudämmen, wir bemühen uns mit dem Objektivierungsmodell dagegenzusteuern. Wie du weißt, ist die Einwohnerdichte pro Quadratkilometer ein Verteilungskriterium. Ein zweites Kriterium der Verteilung ist die Frage der Umlagenbelas-

**Ing. Rohr**

tung für die Krankenanstalten und Sozialhilfefinanzierung. Ein weiteres Kriterium ist die Finanzkraft der Gemeinde, umgelegt auf den einzelnen Bürger oder die Bürgerin insgesamt. Und bei entsprechenden Mindereinnahmen oder Mehrbelastungen gegenüber dem Durchschnitt der Kärntner Gemeinden, versuchen wir entsprechend abzufedern. Mit diesen Maßnahmen versuchen wir natürlich dem Bevölkerungs- und damit auch dem Geldschwund in den Gemeindebudgets entgegenzuwirken. Ich denke, dass in der neuen Wohnbauförderung und bei den verschiedenen anderen Maßnahmen versucht wird, die Bevölkerung am Land zu halten.

In Zukunft wird es in allen Finanzausgleichsverhandlungen notwendig sein – so wie bei den letzten Finanzausgleichsverhandlungen und Gesetzen des Jahres 2005 – den abgestuften Bevölkerungsschlüssel in den Gemeinden unter 10.000 Einwohnern entsprechend anzupassen, wie das auch der Fall war, sodass also der Mehrertrag an Ertragsanteilen zukünftig für diese Gemeinden zur Verfügung steht. Das ist ein umfassendes Maßnahmenpaket, das entgegensteuert. Noch einmal: Regionalfonds, Wasserwirtschaftsfonds – alle diese Maßnahmen sind entsprechende Begleitinstrumente, um die Kostenstruktur in den ländlichen Regionen auch in vertretbarem Ausmaß zu halten und letztlich auch den Bürgern das Leben finanziell möglich zu machen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der Sozialdemokratischen Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall! – Seitens der ÖVP? Auch nicht! – Dann hat der Anfrager noch eine Zusatzfrage! Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Herr Landesrat! Jetzt wäre für die SPÖ die Möglichkeit gewesen! *(Vorsitzender: Ich bitte, die Zusatzfrage zu stellen!)* Herr Landesrat! Ich bin ja als relativ hartnäckiger Fragesteller bekannt. Daher möchte ich wissen, *(Heiterkeit und Lärm im Hause.)* wann ich dieses Thema wieder auf

die Fragestunde setzen soll?

Daher meine Frage: Bis wann sind Ergebnisse dieses Maßnahmenpaketes zu erwarten?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter Gallo! Hartnäckigkeit verbessert die Qualität der Fragen nicht! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Aber ich werde trotzdem versuchen, Ihnen nur ein Beispiel einer entscheidenden Verbesserung vor Augen zu führen. Die Bedarfszuweisungsgespräche des Jahres 2006 haben letztlich ein Verhandlungsergebnis gebracht, wo ich nachweislich die Zahl der Abgangsgemeinden gegenüber dem Jahr 2004 von 48 auf 33 reduzieren konnte, wo das Abgangsdeckungserfordernis um – nageln Sie mich jetzt nicht fest – rund vier Millionen Euro reduziert werden konnte und in die freidisponible Investitionsmasse der Gemeinden investiert werden konnte. Ich denke mir, der Erfolg dieses Projektes ist nur mit einem Beispiel angeführt, wenn ich früher als Schlagwort „Regionalfonds“ gesagt habe, wenn man weiß, dass wir zusätzlich jährlich 10 Millionen Euro für Investitionen gerade im ländlichen Raum für Straßensanierung nach Kanalbau, für Gemeindestraßenbau, für Ortschafts- und Verbindungswege zur Verfügung haben. Wir kommen heute noch zur Beschlussfassung hier im Hohen Haus, auch was das Regionalfondsgesetz und die Änderung der entsprechenden Richtlinien betrifft. Das sind einfach zusätzliche Mittel, die mein Bemühen unterstreichen, dass wir hier die Lebenssituation für den Menschen auch abseits der Ballungszentren in unserem Land entsprechend verbessern. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Damit ist die Fragestunde erledigt. Wir haben zwei Anfragen nicht erledigen können: Das ist die Anfrage 2, sie wird in der nächsten Sitzung aufgerufen sowie die Anfrage 9, die ebenfalls in der nächsten Sitzung aufgerufen wird. Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde.

## Aktuelle Stunde

Es liegt ein entsprechender Antrag des SPÖ-Landtagsklubs vor. Nach dem Rotationsprinzip ist die SPÖ an der Reihe. Das Thema lautet: „Qualitätskriterien und Qualitätssicherung für Kärntner Pflegeheime“. Ich erteile dem Redner der Antragsteller als Erstem das Wort. Besonders hinweisen möchte ich auf die generelle Redezeitbeschränkung von fünf Minuten in der Aktuellen Stunde. Ich darf dem Hohen Haus noch mitteilen, dass ich aufgrund der aktuellen Diskussion betreffend der Betrieb- und Qualitätssicherung für Kärntner Pflegeheime mit den unterschiedlichen Positionen und Auffassungen beabsichtige, Vertreter der verschiedenen Organisationen und Betreiber sowie Sozialhilfverbände, AVS, Caritas, Diakonie, private Betreiber usw. zu einer Enquete mit den Abgeordneten einzuladen, damit dieses Problem einmal in seiner Breite ausgeleuchtet wird, um in der Folge auch zu Entscheidungen zu kommen und den Abgeordneten Damen und Herren auch die Möglichkeit zu geben, sich zu informieren. *(Beifall von der F-Fraktion.)* Als erste Rednerin hat sich Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Schaunig-Kandut gemeldet. *(Heiterkeit und Lärm im Hause. – Abg. Ing. Scheuch: Maria, peinlich!)* Jetzt wollte ich wirklich einmal, wie soll ich sagen, *(Dies wird auf heitere Weise vorgetragen.)* die Frau Landeshauptmann auch reden lassen, aber ich darf es wieder einmal nicht! Nach der Geschäftsordnung muss ... Dann kommt die Frau Abgeordnete Trannacher als Erste an das Rednerpult. Frau Landeshauptmann-Stellvertreter! Sie sehen, ich bin selber immer wieder in der Zwickmühle der Geschäftsordnung. Bitte schön!

Abgeordnete **Mag. Trannacher** (SPÖ):

Verehrter Herr Präsident! Liebe Zuhörer! Liebe Kollegen und Kolleginnen des Hohen Hauses! Wir haben uns heute die Qualitätsstandards und Qualitätskriterien in der stationären Altenhilfe zum Thema gemacht. Es ist aktuell, auf Grund

eines Dringlichkeitsantrages, der im letzten Landtag hier beschlossen wurde und der die Kärntner Heimverordnung, die mehrheitlich im Mai 2005 beschlossen und verordnet wurde, in wesentlichen Punkten aufzuweichen droht.

Ich möchte jedoch mit etwas sehr Allgemeinen beginnen, mit der Aufgabe der stationären Altenpflege in einem integrierten Bereich der geriatrischen Versorgung in unserem Land. Es gibt unterschiedliche Angebote wie die akuten wie teilstationäre Einrichtungen, wie die geriatrischen Tageskliniken, die mobile Pflege und, nicht zu vergessen, mehr als 80 % aller Menschen, die Hilfe und Pflege benötigen, werden nach wie vor im familiären häuslichen Umfeld betreut. Es geht darum, die Lebensräume für Menschen, die Hilfe und Pflege benötigen, zu gestalten, und zwar so zu gestalten, dass ein Leben in Würde bis zuletzt möglich ist.

Pflegeheime haben in diesem Zusammenhang eine ganz wesentliche Aufgabe; sind es nicht sie, die oft zum allerletzten Aufenthaltsort, zum Wohnort bis zum Tod werden. Es kann aus diesem Grund auch nicht darum gehen, diese Pflegeheime im Sinne der voran gegangenen Jahrzehnte, in denen es nur darum gegangen ist, warm, sauber und still zu betreuen, zu gestalten, sondern wirkliche Lebensqualität und die Achtung vor der Würde und der Individualität dieser Menschen zu gewährleisten. Eine Heimverordnung, eine Verordnung von Standards, von Mindeststandards, in diesem Bereich bedeutet, dass sichergestellt wird, dass – wenn auch nicht optimale Betreuung und Pflege – doch eine möglichst gute Versorgung im Alter gewährleistet ist. Das hängt in allererster Linie und zuvorderst von der Motivation und Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ab. Das ist der ganz wesentliche Punkt, woran sich zeigt, inwieweit Lebensqualität, inwieweit Würde und inwieweit die Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse der Menschen berücksichtigt wird.

Ein weiteres wesentliches Qualitätskriterium ist die Größe eines Heimes. Menschen leben in Pflegeheimen. Sie halten sich nicht wie in einem Hotel für 14 Tage, vier Wochen, wenn es hoch kommt, für sechs Wochen auf. Es lassen sich

**Mag. Trannacher**

Pflegeheime auch nicht mit akuten Krankenanstalten vergleichen. Gerade in diesem Bereich sind die Größe des Heimes, die Überschaubarkeit der Räume und sozialen Kontakte und das Recht auf ein Einzelzimmer ganz wesentliche Kriterien, nach denen sich die Lebensqualität dieser Menschen auch messen lässt.

Es hat im Vorfeld der Verordnung einige Diskussionen um die Finanzierbarkeit gegeben. Heimbetreiber haben selbst Aufträge erteilt, unter anderen an die KPMG, um zu berechnen, was die neue Heimverordnung und was die Einführung des BAGS-KV-Kollektivvertrages für Menschen, die im Sozial- und Gesundheitsbereich tätig sind, für finanzielle Auswirkungen hat. Laut diesen Berechnungen der ArGe Freie Wohlfahrt ist ein Erhöhungsbetrag, was den Sockelbetrag für Heime anbelangt, von 9 % heraus gekommen. Wie Sie alle wissen, wurde in einer der letzten Regierungssitzungen ein 15-prozentiger Erhöhungsbetrag bereits beschlossen. Insofern sind die Forderungen, die jetzt in diesem Dringlichkeitsantrag recht unspezifisch und ungenau, eher oberflächlich, aufgestellt wurden, jeglicher Basis entzogen. Ich weiß nicht, warum die Größe der Pflegeheime von 50 Betten derzeit erhöht werden soll. Mir haben Heimbetreiber vor Jahren glaubhaft versichert, dass sich ein Pflegeheim ab einer Größe von 35 Betten kostendeckend führen lässt. Es ist mir auch unklar, (*Abg. Trettenbrein: Das ist ein Unsinn!*) warum eine Aufteilung von 80 zu 20 (80 % Einbettzimmer, 20 % Zweibettzimmer) aufgehoben werden soll - wo neue Betreiber, die Heime errichten wollen, in ihren Bewerbungsunterlagen ganz eindeutig darauf hinweisen, dass sie dazu übergehen, nur mehr Einbettzimmer zu bauen, weil sie aus Erfahrung wissen, dass Menschen höchst ungern mit ihnen völlig unbekannt Menschen im Zweibettzimmer leben möchten; dass sie allerdings – und das wäre ein Qualitätsfortschritt – dazu übergehen, Räume multifunktionell zu gestalten, um für Paare (Ehepartner) auch die Möglichkeit zu bieten, in Zweibettzimmern unterzukommen. Aber der Grundsatz, der Qualitätsanspruch, ist die Bereitstellung von Einzelzimmern.

Es ist mir auch völlig unklar, warum der Betreuungsschlüssel von 1 zu 2,5 aufgehoben werden soll. (*Zwischenruf der Abg. Warmuth*) Das hat mit der Bezahlung nicht wirklich was zu tun. Wie gesagt, laut Berechnungen der Heimbetrei-

ber kommen sie mit einer Erhöhung des Sockelbetrages (*Vorsitzender: Sie haben noch eine Minute Redezeit!*) von 9 Prozent durchaus zu Recht und können die Heime kostendeckend betreiben. Die Qualifikation und die Anzahl der Mitarbeiterinnen ist eingedenk dessen, dass Burning out gerade in diesem Bereich ein ganz wesentliches Kriterium ist und dass die Frauen und Männer, die im Bereich der Pflegeheime ihre Leistungen erbringen, äußerst beansprucht sind, sowohl physisch als auch psychisch, in ihrer Arbeit, unbedingt notwendig.

Es ist mir auch ein Rätsel, warum dieser Antrag eingebracht wurde, zu einem Zeitpunkt, wo an und für sich die Finanzierungsprobleme für die Kärntner Pflegeheimbetreiber bereits gelöst waren. Insofern kann ich das nur als eine Ungeschicklichkeit bezeichnen, die (*Vorsitzender: Sie haben noch eine Viertelminute Redezeit. Ich bitte, zum Schluss zu kommen!*) auf Grund von unterschiedlichen lobbyistischen Vorgehensweisen von einzelnen Heimbetreibern so zu diesem Zeitpunkt stattgefunden hat, aber letztlich hat es nichts mit unseren Zielen einer qualitativen Altenversorgung in Kärnten zu tun. Danke! (*Abg. Trettenbrein: Redet mit euren Bürgermeister einmal draußen! – Abg. Ing. Scheuch: Sozialhilfverband Spittal! Das sind Ihre Bürgermeister! – Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Ragger das Wort. – Lärm in der SPÖ-Fraktion. – Vorsitzender, das Glockenzeichen gebend: Am Wort ist jetzt Herr Abgeordneter Mag. Ragger! Ich bitte ihn, zu sprechen!*)

Abgeordneter **Mag. Ragger** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Hauses! Sehr geehrter Herr Klubobmann Scheuch, (*Lärm und Zwiegespräche im Hause. – Vorsitzender, das Glockenzeichen gebend: Herr Klubobmann Scheuch, bitte am Wort ist Herr Mag. Ragger!*) darf ich um Aufmerksamkeit bitten! Wir könnten das heute einbegleiten mit der Frage: „Was ist faul im Staate Dänemark?“ So beginnt ein berühmtes Stück. Man könnte aber auch anders und ähnlich meinen: Was ist faul im Lande Kärnten? Ist es a) die Heimverordnung oder ist es b) die Säumigkeit unserer Landeshauptmann-Stellvertreterin? (*Aus der SPÖ-Fraktion: Das ist eine Frechheit!*)

**Mag. Ragger**

– *Lärm in der SPÖ-Fraktion.*) Ich bin der Meinung, es ist beides. *(Beifall von der F-Fraktion)*

Die Frau Trannacher hat, wie immer, mit der Qualitätskeule geschwungen. Das war auch vor einem Jahr der Fall, unter dem Kniefall der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, wie es damals zu dem Ausbruch von diesen Kleinstheimen gekommen ist. Anlassfall war Gallizien. Unter diesem öffentlichen medialen Druck als auch durch diese Vorgaben, die damals gemacht worden sind, hat man diese Heimverordnung beschlossen. Hohe Qualität ist das Um und Auf jedes Heimes. Aber vernünftige, für die Betreuung, für die Betreiber zumutbare Lösungen. Das muss aufrechtes Gebot sein! *(Beifall von der F-Fraktion)*

Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, ich leide nicht unter Altersdemenz. Ich habe sehr wohl in Kenntnis dessen damals diese Heimverordnung, das Heimgesetz mit Ihnen mitverhandelt. Nur, wie hat Adenauer gesagt: „Was kümmert mich das, was gestern passiert ist, wenn ich heute Besseres weiß.“ Unter anderem ist es auch so, dass man auch es erlauben muss, zu evaluieren. Jede Evaluierung bringt eine nachhaltige Entscheidung mit sich. Da ist es anzusetzen! Wir haben, richtigerweise, und das auf Vernunftbasis, die Sockelbeträge um 15 % angehoben; ordentlich, korrekt, sowohl für die Sozialhilfverbände wie auch für die privaten Altenheimbetreiber. Ich habe trotzdem auf der anderen Seite voll Wehmut aber das Schreiben von Frau Mag. Lattacher zur Kenntnis nehmen müssen, wo wir bereits im Jahre 2000 mit der Ausbildung der Pflegehelfer – worauf wir in Kärnten immer stolz sind und darauf Wert legen – begonnen haben, die Ausbildung der Pflegehelfer zu forcieren. Heute schreiben wir das Jahr 2006. Bis dato sind 180 junge Menschen den Heimhelfern als ausgebildet angeschlossen worden. Wissen Sie, wie viel davon im Land Kärnten angestellt wurden, in einem Altenheim, in einem Pflegeheim? – Null, null, null *(Lärm im Hause)* – weil die 15a-Vereinbarung nach wie vor nicht umgesetzt ist. Da sind Sie säumig, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! *(Beifall von der F-Fraktion)*

Warum die Größe? Lassen Sie mich probieren, das zu erklären, in einem Kontext auf sozialer, berücksichtigender Basis als auch aus wirtschaftlichen Bereichen. Es gibt kein Bundesland in

Österreich – kein Bundesland, liebe Frau Abgeordnete Cernic -, das nicht eine Öffnungsklausel hat. Ich habe mir die Arbeit angetan und habe mir jedes Heimgesetz in Österreich heraus gesucht. Ich sage Ihnen auch dazu: Oberösterreich hat 120 Obergrenze, Salzburg hat 100 Betten (gleich groß wie wir in Kärnten) Obergrenze. Steiermark hat eine Öffnungsklausel, was vielleicht sogar ein vernünftiger Lösungsansatz wäre, mit einem Betriebsleitbild. Vorarlberg hat eine Öffnungsklausel. Das Tiroler Heimgesetz hat eine Öffnungsklausel, und Niederösterreich hat 120 als Obergrenze; mit einer Öffnungsklausel. Sie müssen auch das Gesetz zu Ende lesen, nämlich mit einem Betriebsleitbild, das eine Evaluierung nach sich zieht. Und nichts Anderes ist auch in diesem Dringlichkeitsantrag gefordert worden. Wir müssen uns zusammensetzen, um den strukturellen Anpassungen der Zeit gerecht zu werden. Auf diesen Ansatz legen wir Wert! *(Beifall von der F-Fraktion)*

Noch einmal, damit man das auch abrunden kann: Die Rechtsgrundlage für den Betrieb der Pflegeheime war dieses Heimgesetz. Die Ausformung, wie sie in der Einführung der Maximalgröße mit den 50 Betten, dem Pflegeschlüssel *(Vorsitzender: Sie haben noch eine halbe Minute Redezeit!)*, der Einrichtung von Pflegeeinheiten von 20 bis 25 Personen festgelegt wurde, als auch wie der Pflegeschlüssel ausgestattet wurde, nämlich mit 30 Prozent der diplomierten Gesundheits- und Krankenschwestern, wurde in dieser Heimverordnung festgelegt.

Damalige Studien – diese Studien sind aber nicht öffentlich; diese Studie gibt es aus der Abteilung 13 – haben die Errichtungskosten bis 80.000, bis 90.000 Euro pro Bett festgelegt, den gesetzlichen Amortisierungszeitpunkt mit 33 Jahren, *(Vorsitzender: Ich bitte, zum Schluss zu kommen!)* und die Förderrichtlinien im Jahr 2001 – mittlerweile sind sie verbessert worden – gehen von 46.000 Euro aus. Sagen Sie mir bitte, liebe Bürgermeister: Wie wollen Sie das finanzieren, mit Ihrem Sozialhilfeschlüssel?! Das ist unmöglich! *(Vorsitzender, das Glockenzeichen gebend: Herr Abgeordneter, die Zeit ist abgelaufen! – Beifall von der F-Fraktion.)*

*(Der Vorsitzende gibt Abg. Tauschitz das Wort. - Abg. Zellot: Jetzt kannst du nur mehr „Amen!“ sagen! – Lärm im Hause. – Vorsitzender: Ich bitte, mit den Ausführungen zu beginnen! Die Zeit ist kostbar!)*

Abgeordneter **Tauschitz** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Langsam aber sicher scheint sich auch die Emotion hier im Hohen Haus zu beruhigen. Es sei mir aber trotzdem erlaubt, einen kleinen Seitenhieb zu machen. Es ist schon bemerkenswert, wie das BZÖ gemeinsam mit der SPÖ vor wenigen Monaten noch in trauter Zweisamkeit, in ehelicher Zweisamkeit der Koalition dieses Heimgesetz beschlossen hat und der Herr Dörfler in einer Regierungssitzung wörtlich gesagt hat: „Ich stehe vollinhaltlich hinter diesem Heimgesetz und hinter dieser Heimverordnung!“ – Da muss ich schon sagen: Es ist sehr, sehr, sehr bedenklich. Aber, Gott sei Dank, rettet der gute alte Adenauer in dem Fall das BZÖ. Man ist ja immer bereit, gescheiter zu werden.

Die ÖVP hat immer schon davor gewarnt, dass es keinen Sinn macht, Verordnungen in Kraft zu setzen und Gesetze zu machen, die in der Praxis den Test nicht halten, die nicht umsetzbar sind. Die ÖVP hat immer schon davor gewarnt, dass es nicht sein kann, dass man in diesem Land eine Heimverordnung schafft, die dafür sorgt, dass auch die Pflegeheime, ähnlich anderen Bereichen in diesem Land, zu einer sozialistischen oder sozialdemokratischen Monokultur werden. Weil genau das ist (*Mehrere Einwände aus der SPÖ-Fraktion. – Lärm im Hause.*) ja das Ziel, das ist das Ziel gewesen, das die Sozialdemokratische (*Unruhe in der SPÖ-Fraktion. – Unaufmerksamkeit im Hause.*) Fraktion verfolgt, meine Damen und Herren! (*Der Vorsitzende, das Glockenzeichen gebend: Am Wort ist der Herr Abgeordnete Tauschitz, bitte!*) Nicht in der Theorie, nicht in der Theorie liegt das Problem! In der praktischen Umsetzung!

Die praktische Umsetzung schaut nämlich so aus, dass hier Willkür herrscht! Willkür von der Frau Landesrätin, von der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, weil auf der einen Seite werden private Heimbetreiber mit voller Härte des Gesetzes sozusagen bestraft. Und auf der anderen Seite gibt's dann wiederum Mitarbeiter der Abteilung 13, wie die Frau Sigrid Fresacher, die Frau Dr. Fresacher, die dann in Kärnten herumläuft und sagt: „Naja, über ein paar Betten wird man vielleicht mit der Frau Landesrätin schon verhandeln können.“ Zitat aus der Zeitung. So schaut's aus! (*Es erfolgen mehrere Zwi-*

*schenrufe aus der SPÖ-Fraktion. – Lärm und Unruhe im Hause.*) Es herrscht Willkür in diesem Land bei diesem Bereich!

Um was geht's denn überhaupt, meine sehr geehrten Damen und Herren! Um was geht's denn überhaupt! Wir müssen den Tatsachen ins Auge schauen und Fakt ist, dass es in diesem Antrag um die Bettenanzahl geht; dass es darum geht, wie viel dieser Betten Zweibett- bzw. Einbettzimmer sind. Niemand in diesem Haus möchte wieder Dreibettzimmer einführen. Das ist einfach nicht wahr, auch wenn die SPÖ uns das immer wieder unterstellen will! Es ist ein Faktum, dass Kärnten das einzige Bundesland ist, wo die Bettenhöchstgrenze so niedrig ist.. Das ist wirtschaftlich nicht sinnvoll, für die Privaten nicht und für das Land schon gar nicht!

Und wenn wir schon beim Vergleich mit den anderen Bundesländern sind, dann muss man auch offen sagen, dass es ja nicht darum geht, dass der Personalschlüssel falsch wäre, 1 : 2,5; überhaupt kein Problem! Aber, dass 30 Prozent dieses Schlüssels diplomiertes Personal sein müssen, das ist ein finanzielles Problem für die Heimbetreiber. Und da hats zum Beispiel die Steiermark vorgemacht. Die hat einen Schlüssel von 20 Prozent und Oberösterreich, in Oberösterreich schauts so aus, dass es bei diesem Personal diplomierte Krankenschwestern oder Altenfachbetreuer sein können. Aber die Altenfachbetreuer will in diesem Bundesland offensichtlich niemand, vor allem nicht unsere Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Schaunig-Kandut; die will die Altenfachbetreuer nicht! Dass die Heimleitung, dass jede 50-Betteneinheit eine eigene wirtschaftliche Heimleitung braucht, ist betriebswirtschaftlich nicht nachvollziehbar. Ganz im Gegenteil! Das ist absurd!

Aber auch hier hat die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin ja schon angekündigt, darüber wird man mit dem Einen vielleicht, mit den Anderen weniger reden können. Also wiederum Willkür! Die Sozialdemokratische Partei agiert hier eindeutig mit Unwahrheiten, meine Damen und Herren! Mit Halbwahrheiten, wenn immer wieder behauptet wird, dass die privaten Heimbetreiber eine Steigerung von neun Prozent haben wollen. Bitte, die sogenannte „Weinländerstudie“ die von der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin immer gerne zitiert wird, ja,

**Tauschitz**

spricht eindeutig von 17 Prozent Mehrkosten. Es wurde auch von der Frau Andrea Bergmann in der Kleinen Zeitung ausführlich und richtig dokumentiert. Und das weiß jeder! (*Vorsitzender: Sie haben noch eine halbe Minute Redezeit!*) Also, die Halbwahrheiten mit neun Prozent hier in diesem Haus stimmen nicht. Und abgesehen davon, auch wenn man jetzt eine Erhöhung von 15 Prozent gemacht hat – das ist recht und schön – aber 17 Prozent Mehrkosten aus der Heimverordnung, und der BAGS-KV ist noch gar nicht dabei, (*Abg. Mag. Dr. Kaiser: Schon längst dabei!*) dann kommt man insgesamt auf 30 Prozent Mehrkosten. Und entweder, Frau Landeshauptmann Schaunig, werden Sie weiterhin dafür sorgen, dass die Verwaltung und Ihre Abteilung, eine ordentliche (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen!*) und qualitativ hochwertige Pflege macht, oder die Patienten oder die zu Pflegenden draußen vor Ort ordentlich gepflegt werden. Dafür steht auf jeden Fall die ÖVP! Danke! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Holub das Wort.*)

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

(*Abg. Ing. Scheuch: Jetzt werden wir die Wahrheit hören!*) Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Grünen wollen natürlich nicht, dass sich die Qualität in den Altenpflegeheimen verschlechtert. Nein! Sie soll sich verbessern! Das ist einmal die Grundprämisse. (*Einzelbeifall von Abg. Tauschitz.*) Und jetzt zu der Geschichte, wie alles geschah. Wir haben hier eine Petition bekommen von sehr vielen Heimbetreibern, also ich brauch nicht alle vorlesen, aber es sind über 40 Heime da dabei und die haben sehr geklagt. Aufgrund dieser Petition haben wir eine Runde von Menschen empfangen, vorige Woche am Dienstag, also recht kurzfristig. An die 10 Menschen waren bei mir und haben uns ihre Probleme geschildert, die da sind. Einfach nur – Originaltext: „Mit den neuen Auflagen, gibt's erhebliche Mehrkosten!“ Und diese Kosten können auch nicht durch die erst kürzlich erfolgte Anhebung der Sockelbeiträge gedeckt werden; erstes Problem!

Zweites Problem: 160 Menschen sind auf der Warteliste usw. Sie sagen, die Heime sind wirtschaftlich nicht mehr zu betreiben und sie müs-

sen sie zusperrten. Sie haben schon bei der Sozialfondssitzung gesagt, dass die Verordnung nicht durchsetzbar sei und so weiter. Es gibt fehlendes Pflegepersonal und sie wollen das eher an die Steiermark angepasst haben, und zwar, dass der Pflegeschlüssel an den Grad der Bedürftigkeit angepasst wird und so weiter und sofort. Also, es gibt hier natürlich wirklich viel Begehrlichkeiten und sehr viel Unzufriedenheiten.

Und was sie mir noch gesagt haben. Sie bekommen keinen Termin bei der zuständigen Abteilung und deswegen sprechen sie mit mir. Jetzt bin ich grundsätzlich einfach ein vertrauensseliger Typ und glaube jedem, was er mir sagt. Ich gehe davon aus – ich will selber auch nicht die Unwahrheit sagen – (*Mehrere Zwischenrufe aus der SPÖ-Fraktion. – Lärm im Hause.*) und deswegen gehe ich davon aus, jeder, der mit mir spricht, sagt mir die Wahrheit. Jetzt treffe ich ein, zwei Tage später die Frau Landesrätin und die sagt mir: „Das stimmt alles nicht!“ Jetzt habe ich ein Problem, weil jetzt glaube ich ihr nämlich auch. (*Zwischenruf von Abg. Ing. Scheuch.*) Jetzt weiß ich aber nicht, ja, was soll ich machen? Ich glaube dem Einen, ich glaube dem Anderen, in der Mitte irgendwo. Ich weiß nicht einmal, wo die Wahrheit liegen wird. Aber ich sehe, hier gibt es einfach ein kommunikatives Problem (*Unruhe und Unaufmerksamkeit im Hause.*) und das muss gelöst werden. Das heißt, die Menschen, die Probleme haben und auch machen, müssen die Probleme lösen, weil ansonsten haben die Heimbetreiber, (*Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) genau das Gleiche, nicht nur die Betreiber, sondern auch die Insassen das Problem, weil auf ihren Rücken wird das ausgetragen. Es kann mir keiner sagen, dass es den Menschen dort gut geht, wenn es den Heimbetreibern nicht gut geht.

Also, bitte reden wir miteinander und lösen wir das Problem! Weil ich will, dass die Pflegeheimbewohner die bestmögliche Pflege erhalten! Ich will aber auch, dass jeder einen Platz bekommt, der einen braucht. Ich will, dass es leistbar ist und ich will, dass es das beste Modell gibt, aber nicht auf dem Papier, sondern in Wirklichkeit! Und das werden wir doch zusammenbringen, bitte! Wir alle werden das machen. Ich gehe mir im Sommer viele Heime anschauen, damit ich einmal weiß, wo ich landen werde und wer mich pflegen wird. Ich glaube, es gibt 58 Heime, die schaue ich mir dann an. Dann werde

**Holub**

ich noch mehr wissen. Sollte ich Fehler gemacht haben, dann werde ich morgen gescheiter sein als heute, aber ich denke, wir müssen das Problem gemeinsam lösen! Danke schön! *(Beifall von Abg. Mag. Lesjak.)*

*(Der Vorsitzende erteilt Abg. Schwager das Wort.)*

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Mein Vorredner Abgeordneter Holub meint, man kann dann wieder im Herbst gescheiter sein. Besser ist, wir sind jetzt schon gescheit, weil sonst kostet das zum Schluss wieder viel Geld, wenn wir noch einmal revidieren müssen. Also ich gehöre zu jenen Abgeordneten, die bei der letzten Landtagssitzung diesen Dringlichkeitsantrag auf Änderung der Bestimmungen für den Betrieb von Altenwohnheimen und Pflegeeinrichtungen mitgestimmt und zugestimmt haben, überraschenderweise mit Zweidrittelmehrheit auch die Dringlichkeit zuerkannt wurde. Und jetzt natürlich eignet sich dieses Thema wenig für Emotionen und wenig für ideologische Betrachtungen, weil, sowie meine Vorredner bereits alle gesagt haben, jeder will, dass die älteren Menschen, die eben in ein Pflegeheim oder in eine Pflegeeinrichtung gehen, es dort so gut wie möglich haben. Das nehme ich an.

Bei der SPÖ orte ich Unterschiede zwischen dem, was die Parteiführung macht und ihren Bürgermeistern draußen vor Ort, weil ich mit denen des öfteren im Rahmen der Sozialhilfeverbände spreche und dort natürlich etwas andere Ansichten vorherrschen als ich da von den SPÖ-Rednern höre. Ich bin aber trotzdem überzeugt, dass die Landesregierung und die zuständige Landeshauptmann-Stellvertreterin Schaunig dem Landtag eine brauchbare Novellierung vorlegen wird, sodass wir dann einem neuen Heimgesetz oder der Novellierung die Zustimmung geben können. Weil eines ist unbestritten, und das haben wir ja gehört und alle sehen das so, sei es das BZÖ, die ÖVP, die Grünen und auch ich, dass das einfach zu starr ist. Wurde ja schon von meinen Vorrednern so angesehen. *(Abg. Trettenbrein: Das kann ich mir nicht vorstellen!)* Es ist ja nicht einzusehen, wenn ein Bedarf für 60, 70 Betten irgendwo sein sollte, dass man dann fix bei diesen 50 Betten bleibt, wie es jetzt nicht

anders möglich ist. Und ich bin der Meinung, man soll vielleicht da nicht allzu weit aufmachen, aber eine Öffnungsklausel, wie sie in anderen Bundesländern ist, das wäre vielleicht der richtige Weg unter einem gewissen Betriebsleitbild. Das sollte man erledigen.

Und dann diese 80 Prozent Einzelzimmer, gelt, ist vielleicht auch nicht unbedingt so notwendig, weil es doch viele ältere Leute gibt, wie Ehepaare oder Partnerschaften, die gemeinsam in das Altersheim gehen und dann der Bedarf vielleicht etwas höher an Mehrbettzimmern sein müsste. Auch das müsste flexibler gehandhabt werden und auch der Schlüssel 1 : 2,5 beim Personal ist in diesem Sinne zu überdenken, wie das auch schon meine Vorredner hier gesagt haben.

Was mich erschreckt und was ich nicht wusste, dass ist, was der Christian Ragger hier gesagt hat, dass von 180 ausgebildeten Pflegehelfern keiner in Kärnten hier eine Anstellung bekommen hat. Das ist zum Nachschauen und zum Hinterfragen, warum das so ist. Und das ist etwas, was mich in dieser Angelegenheit sehr befremdet. Aber ansonsten bin ich der Meinung, dass wir da gemeinsam – und ich glaube auch, dass sich die SPÖ dem nicht versperren soll – ein für Kärnten brauchbares diesbezügliches Heimgesetz zusammenbringen. Danke! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

*(Der Vorsitzende erteilt 2. LH-Stv. Mag. Dr. Schaunig-Kandut das Wort.)*

Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich freue mich, wenn wir über die Qualität der Kärntner Pflegeheime sprechen können, dass wir unseren Pflegeheimen in Kärnten eine außerordentlich gute Qualität bescheinigen können. Ich bin sehr froh darüber. Einer der Gründe dafür ist, dass wir vor kurzer Zeit gemeinschaftlich mit dem BZÖ eine Heimverordnung verabschiedet haben, die die Rahmenbedingungen für diese gute Arbeit sicherstellt. Der Kernpunkt, warum dort so gute Arbeit geleistet wird, sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die hoch kompetent und hoch motiviert ihre Arbeit leisten. Die aber – wie schon erwähnt – Rahmenbedingungen brauchen, die diese Arbeit auch ermöglichen. Es geht hier um die Anzahl und um die



**Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

Qualifikation der MitarbeiterInnen, um die Größe der Pflegeheime und um die Anzahl der Einbettzimmer.

Die Kärntner Heimverordnung schreibt gute Bedingungen fest für die BewohnerInnen, für die ältere Generation in Kärnten, die sich das verdient hat, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die wirklich eine herausfordernde Arbeit zu bewältigen haben und für die Angehörigen, damit sie auf gute Qualität vertrauen können, wenn sie ihre Eltern, ihre Großeltern, in Pflegeheimen in Kärnten unterbringen. Zur Anzahl der MitarbeiterInnen: Wir haben derzeit einen Betreuungsschlüssel von 1 : 2,7. Und für diesen Betreuungsschlüssel, Herr Abgeordneter Tauschitz, haben die Betreiber neun Prozent Erhöhung eingefordert! Ist das richtig? – Ja, Sie haben die diesbezügliche Studie.

Der Betreuungsschlüssel 1 : 2,7 bedeutet, nachdem ein Pflegeheim ein Betrieb ist, der 24 Stunden am Tag, 365 Tage im Jahr geöffnet ist, dass in der Nacht zwei MitarbeiterInnen für 50 Personen und am Tag maximal vier MitarbeiterInnen für 50 Personen anwesend sind. Das heißt, eine Mitarbeiterin ist am Tag de facto für 12,5 Bewohnerinnen da, in der Nacht für 25. Und wenn wir im Betreuungsbereich über irgendetwas diskutieren, dann über eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Das Erfordernis, dass wir fünf diplomierte Krankenschwestern, also 30 Prozent der gesamten MitarbeiterInnen brauchen, bedeutet, dass über die gesamte Zeit eine diplomierte Schwester anwesend ist.

Das ist ein Erfordernis aufgrund eines Bundesgesetzes! Das Gesundheits- und Krankenpflegegesetz sieht das verpflichtend vor! Wenn Sie etwas anderes wollen, ist das eine Aufforderung zum Rechtsbruch für die Betreiber und eine Unzumutbarkeit für die Mitarbeiter, weil die mit einem Fuß in der Gesetzeswidrigkeit stehen, wenn es keine diplomierte Krankenschwester und auch keinen Pfleger vor Ort gibt, der die Leistungen entsprechend erbringt! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Wenn Sie für größere Heime plädieren – der Herr Schwager (*Abg. Ing. Scheuch: Flexibel!*) plädiert für größere Heime – dann hätten wir Steinfeld zum Beispiel nie bauen können! Dann wären, wie zuvor, alle Heime in den Zentralräumen errichtet worden und außerhalb der Zentralräume (*Mehrere Zwischenrufe aus der F-Fraktion. – Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das*

*ist ein Blödsinn!*) würde es keine geben! Ich möchte wissen, wie es der Steinfelder Bevölkerung, der Winklerner Bevölkerung, der Gmünder Bevölkerung, der Bevölkerung von Radenthein (*Lärm und Unruhe im Hause. – Vorsitzender, das Glockenzeichen gebend: Am Wort ist die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin.*) gehen würde!

Dazu kommt, dass wir mit dieser dezentralen Form auch Arbeitsplätze im viel zitierten ländlichen Raum schaffen, den jeder von Ihnen in jeder Diskussion im Munde führt. Wir schaffen mit jedem Pflegeheim 30 Arbeitsplätze in Regionen, wo ansonsten eine Ansiedlungspolitik nicht möglich wäre. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Und zur Frage der Ein- oder Mehrbettzimmer: (*Zwischenruf von Abg. Ing. Scheuch.*) Da würde ich Sie darum bitten, dass Sie sich vorstellen, es sind Ihre Eltern oder Ihre Großeltern, die auf 20 Quadratmetern mit jemandem, der ihnen völlig fremd ist, gemeinsam leben müssen. Die in einer hohen Pflegestufe betreut werden, wo Pflegehandlungen am Pflegebett gesetzt werden und wo es keine Intimsphäre mehr gibt, wenn wir dazu übergehen, wieder Zwei-, Drei- und Mehrbettzimmer einzuführen. Die Einzelbettzimmer sind ein absolutes Muss in der Qualität! Und sogar Heimbetreiber bestätigen mir, dass sie die Heime nicht voll belegen können, weil heutzutage nach Zweibettzimmern überhaupt keine Nachfrage mehr vorhanden ist.

Und die Frage: Gibt es genug Personal? Nur eine Statistik: Von den AbsolventInnen aus dem Bereich der diplomierten Gesundheits- und Krankenpflege haben 37 Bewerbungen in Pflegeheimen abgegeben und nur 17 wurden aufgenommen. Das heißt, die Anzahl der Bewerber wäre da, (*Vorsitzender: Sie haben noch eine halbe Minute Redezeit.*) die Aufnahme fehlt. Und offenbar ist das Ganze ein Ablenkungsmanöver des BZÖ, (*Dies löst mehrere Einwände aus der F-Fraktion aus. – Unruhe im Hause.*) das davon ablenken möchte, dass in einem Sozialhilfeverband, wo einer Ihrer Mandatare Vorsitzender ist, (*Abg. Ing. Scheuch: Ihr Bürgermeister ist Stellvertreter! Wer ist Stellvertreter?*) Baukostenüberschreitungen von 89.000,- Euro, die im Schnitt pro Bett verbaut werden, auf 120.000,- Euro stattgefunden haben und hier 200.000,- Euro pro Jahr Mehrkosten bei den Rückzahlungen der Darlehen (*Vorsitzender: Die Redezeit ist*

**Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

*abgelaufen.*) stattfinden. (*Zwischenruf von Abg. Ing. Scheuch.*) Offenbar gibt es hier, nachdem der Rechnungshof schon eingeschritten ist, vorbeugende Maßnahmen. Das, was Sie möchten, sind größere Heime, weniger Personal und mehr Bewohnerinnen und Bewohner pro Zimmer. Das bedeutet Gefahr für die Pflegequalität der Bewohnerinnen und Bewohner, (*Vorsitzender: Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Die Redezeit ist abgelaufen! Ich bitte, zum Schluss zu kommen!*) Gefahr für die Beschäftigten und schlaflose Nächte (*Zwischenruf von Abg. Ing. Scheuch.*) für die Angehörigen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Dipl.-Ing. Gallo das Wort.*)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine geschätzten Damen und Herren! Wenn man selber schon dem Altenwohnheim näher als der Wiege ist, sieht man das Ganze ein bisschen abgeklärter. (*Abg. Ing. Scheuch: Sei nicht so pessimistisch!*) Ich war 1995 der aus unserer Fraktion, der damals zusammen mit der Frau Kollegin Buchhäusl dieses Heimgesetz verhandelt hat. Und wir haben uns auf einen sehr guten Kompromiss geeinigt. Wir haben damals Mindeststandards das Wort geredet und festgehalten, dass die Qualitätssicherung vor Ort erfolgen muss und auch soll. Ich war darüber hinaus lange Jahre im Vorstand eines Sozialhilfeverbandes und bin seit mindestens 20 Jahren ständiger Besucher des mir sehr naheliegenden Altenwohnheimes des Sozialhilfeverbandes Villach/Land und weiß daher, was Pflege bedeutet. Ich möchte zu Beginn meiner Ausführungen allen dafür danken, die sich für die älteren Menschen pflichtbewusst und mit großer Mühe und mit großem Idealismus einsetzen! Ich möchte aber auch jenen danken, die das nicht als Broterwerb machen, denn auch das gibt es! Die aus Idealismus dort tagaus, tagein hingehen und den älteren Menschen eine Perspektive für ein würdevolles Leben im Alter geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Pflege und der Betreuung auch im Altenbereich ist es wichtig, was bei den Menschen ankommt. Nicht die Festlegungen am Papier die nur Papier bleiben, nützen etwas! Vor allem dann nützen

sie nichts, wenn das Ganze unbewältigbar und auch unfinanzierbar ist! Niemand wird sich daran stoßen, dass es Voraussetzungen geben muss. Nur, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, ich habe Ihnen schon bei der Eröffnung des Alten- und Pflegeheimes in Wernberg gesagt: Wir nähern uns langsam der Finanzierungs- und auch der Zumutbarkeitsgrenze! (*Zwischenruf von 2. LH-Stv. Dr. Schaunig-Kandut.*) Lassen Sie mich ausreden! Sie haben mich dort gestört, und Sie werden mich hier nicht stören. Denn Sie haben eine komische Gewohnheit: (*2. LH-Stv. Dr. Schaunig-Kandut lacht. – Lärm in der SPÖ-Fraktion.*) Sie kommen zu spät und gehen dafür früher! Das ist Ihre Zustimmung den alten Menschen gegenüber! (*Beifall von der F-Fraktion. – Unruhe und Lärm im Hause. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) Denn auch die Erhöhung der Sockelbeträge ist ja nicht ad infinitum fortsetzbar. (*Zwischenruf von 2. LH-Stv. – Vorsitzender: Frau Abgeordnete! Am Wort ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Gallo!*) Denn damit belasten Sie auch die Menschen, die in den Heimen wohnen! Damit belasten Sie die Angehörigen! Und damit belasten Sie letztendlich – wenn dort nichts mehr zu holen ist – den Steuerzahler! Auch hier sind Grenzen! Das Ganze muss leistbar bleiben und sein! Deshalb haben sich auch Heimbetreiber hier zur Wehr gesetzt! Ich verstehe Ihre Aufregung schon, Frau Landesrätin! Aber es wird Ihnen nichts nutzen! Sie werden zuhören und der Wahrheit ins Auge sehen müssen! Denn, und das haben meine Vorredner bereits erzählt: Auch in der Finanzierung stoßen wir an Grenzen! Und Sie selber, Frau Landesrätin, haben vor einem Jahr in einem Regierungsvortrag das ja auch aufgezeigt. „Denn nach Berechnungen“ – so lautet hier der Auszug – „wurde festgestellt, dass die Umsetzung der Heimverordnung nur in jenen Heimen für Probleme sorgt, bei denen die Finanzierung mittels Darlehen durchgeführt wurde“.

Und wenn Sie sich die Liste der Heime anschauen, finden Sie alle Heime Kärntens hier herinnen. Das ist die Wahrheit! Davon werden Sie sich nicht entfernen können! (*Beifall von der F-Fraktion.*) Mit Ihrem Handeln, Frau Sozialreferentin, haben Sie nicht nur die Koalition mutwillig gebrochen, sondern Sie haben sich auch darüber hinaus vom Regierungsprogramm verabschiedet. Denn unter würdevolles Leben auch im

**Dipl.-Ing. Gallo**

Alter haben Sie hineingeschrieben: „Nicht der Dienstplan soll den Tagesablauf der Heimbewohnerinnen und –bewohner regeln, sondern deren Wünsche. Wir wollen das Zusammenleben älterer Menschen flexibler und anregender gestalten.“ (*Vorsitzender: Sie haben nur mehr eine halbe Minute. – Zwischenruf von Abg. Mag. Cernic.*) Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Frau Landesrätin arbeitet mit Argumenten, die so nicht stimmen! Sie stellen den kleineren Altersheimen ein „Aus“ in Aussicht. Sie gehen auf Arbeitsplätze ein. Wer hindert sie, ein größeres Heim zu bauen und mehr Arbeitsplätze in einer Region zu schaffen? Sie genehmigen die Heime ja! Es liegt in Ihrer Hand, das was Sie hier als Warnung ausgesprochen haben zu verhindern, Frau Landesrätin! (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen!*) Mein letzter Satz: Sie haben vom Landtag vor nicht einmal einer Woche einen klaren Auftrag bekommen. Ich bitte Sie, handeln Sie! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Ich darf die Abgeordneten darauf hinweisen, dass die Funktionsbezeichnung von Frau Dr. Schanig-Kandut Landeshauptmann-Stellvertreterin ist und nicht Landesrätin! Als Nächster hat sich Herr Abgeordneter Klubobmann Grilc gemeldet. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben uns im ÖVP-Klub Anfang Mai, genau am 2., in einer Klausur ausgiebig mit dieser Thematik befasst und haben dazu auch Fachleute eingeladen. Und die haben uns eindringlich – aber wirklich eindringlich – auf die Problematik auf diesem Gebiet aufmerksam gemacht. Wir haben dort unter anderem über die Probleme der Kurzzeitbetreuung, der „Rund um die Uhr-Betreuung“ gesprochen. Ein Argument ist auch immer wieder dort von den privaten Heimbetreibern in die Diskussion eingeflossen, nämlich das Thema des Bürokratismus, einer überbordenden Bürokratie auf diesem Gebiet. Ich weise, um innerhalb der Zeit zu bleiben, darauf hin, dass es vom Juni 2006 eine Petition der Arbeitsgemeinschaft „Freie Wohl-

fahrt/Kärnten“ – ich nehme an – an alle Klubs gegeben hat. Ich darf aus dieser Petition unter anderem zitieren: Dort haben die Diakonie, der Kärntner Caritasverband, Sozialwerk Providentia, Paracelsusheim usw. unter anderem festgehalten, „... dass ein entsprechendes Diplompersonal zum Beispiel nicht verfügbar ist.“ Dann steht weiter dort: „Eine Studie der Landesregierung und eine unabhängige Studie aus dem Jahr 2005 errechnen eine Kostensteigerung von ca. 17 Prozent für mehr Personal. Dann bringt zusätzlich der Kollektivvertrag seit dem 1. Mai 2006 eine weitere Personalkostensteigerung von nochmals 10 Prozent. Der Standardkostensatz (Sockelbetrag) der Landesregierung müsste diesen Steigerungen entsprechend erhöht werden“, wird gefordert. Und: „Übergangsfristen zur personellen Vorsorge und zur Kostenvorsorge“ werden verlangt.

Die erste Reaktion, die es im Hohen Haus in diese Richtung gegeben hat, weist darauf hin, dass gerade der SPÖ-Klub versucht, hier in einem Teilbereich mitzugehen. Und zwar haben Sie selbst am 8. Juni einen Antrag auf Anhebung dieser Sockelbeträge gestellt. Wenn jetzt in der letzten Sitzung des Landtages ein etwas überraschendes Ergebnis zustande kommt, dann machen Sie bitte nicht uns den Vorwurf! Denn möglicherweise wäre dieser ganze Dringlichkeitsantrag ohnedies in den Ausschuss gegangen, hätten nicht drei Kolleginnen und Kollegen der SPÖ nicht hier mitgestimmt und auch nicht dagegengestimmt. Das heißt, Sie waren offenbar gar nicht herinnen, sodass eine Zweidrittelmehrheit möglich war. (*Abg. Ing. Scheuch: Vielleicht waren sie absichtlich draußen.*) Bitte! Okay! Ich will nichts unterstellen! Aber festzustellen ist, dass es also – wenn ich mich recht entsinne – eine 22 zu 11 Zweidrittelmehrheit dazu gegeben hat. Das, was ich wirklich noch einmal hervorstreiche, ist aus den Gesprächen mit privaten Heimbetreibern zu hören, dass sich zwischen öffentlich und privat geführten Altenheimen eine Art Schere auftut. Wobei die öffentlichen auf Ressourcen und Deckungen zurückgreifen können auf die der Private in dem Sinn nicht zurückgreifen kann. Und das Problem müssen wir lösen!

Ich hätte als Abschluss meines Statements eigentlich hier ein Schlagwort vom Runden Tisch gehabt. Der Herr Präsident Freunschlag war mit dem Vorschlag einer Enquete etwas schneller.

**Mag. Grilc**

Also, ganz eindeutig: Ich begrüße diesen Vorschlag, denn es sollten wirklich alle Experten an den Tisch. Und wenn, dann ist sinnvollerweise nur eine gemeinsame Lösung zu finden! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion und von der F-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Lesjak das Wort.*)

Abgeordnete **Mag. Lesjak** (GRÜ):

Hohes Haus! Verehrter Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuhörer auf der Tribüne! Die ARGE/Freie Wohlfahrt war bei uns, nicht nur bei uns, sondern auch bei den anderen Parteien. Das ist ein Zusammenschluss von circa 40 Pflegeheimen in Kärnten – also von sehr vielen Pflegeheimen – die sich jetzt auf den Weg gemacht haben, um ihre Anliegen und Schwierigkeiten zu deponieren. Sie haben so eine Art Parteienrundgang gemacht. Sie waren bei uns, beim BZÖ und bei der ÖVP. Bei der SPÖ haben sie keinen Termin gekriegt! Und da fängt das Problem schon an! Es gibt keine Kommunikation zwischen denjenigen, die ihre Probleme vortragen und der Partei, die eigentlich dafür verantwortlich ist, dass es diese Probleme nicht geben sollte. Ich darf auch daran erinnern, dass einer dieser Pflegeheimbetreiber das Land geklagt und in zweiter Instanz Recht gekriegt hat. Warum hat er Recht gekriegt? Es ging um die Rechtsfrage, ob das Land die Pflegekosten, ob das Land den Kostenersatz erstatten muss.

Tatsächlich ist das Land verpflichtet, die Kosten für diese Pflegeheime zu tragen. Und ich finde es traurig, dass die zuständige Landesrätin – Landeshauptmann-Stellvertreterin – das Kärntner Sozialhilfegesetz offenbar nicht kennt, weil im § 56 ist festgelegt, dass das Land die Kosten für die Heime tragen muss. (*Beifall von der F-Fraktion.*) Es ist daher auch ein Irrtum, es ist ein Irrtum, wenn man sagt ... auch wenn die Zeitungen schreiben, dass die Pflegeheime wirtschaftliche Schwierigkeiten kriegen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten kriegt das Land Kärnten. Das Land muss sich überlegen: Wollen wir so eine Verordnung und Mehrkosten? Dann muss das Land sagen: Wir wollen das oder wir wollen das nicht! Es ist nicht so, dass die Pflegeheime über diese Verordnung entscheiden können. Aber ich finde es traurig, dass sie Hilfe suchend herkommen und sagen, sie können sich eigent-

lich nicht an die zuständige Partei wenden. Und deswegen gehen sie natürlich zur anderen Partei. Sie haben uns den Befund geschildert. Durch die neue Verordnung leidet die Qualität, sie wird nicht verbessert. Sie haben gesagt, es ist ein Blödsinn, wenn man nur diplomiertes Personal anstellen darf und wenn es keine Pflegehelfer geben darf.

Es ist so wie wenn man in einem Restaurant oder Gasthaus nur Chefköche drinnen haben kann und keine anderen auch. Sie haben geschildert, sie kriegen keine Diplomierten, weil die Diplomierten das nicht sollen. Und sie dürfen keine Pflegehelferinnen anstellen. Das ist gesetzeswidrig. Also durch die Verordnung werden sie eigentlich an den Rand der Legalität gedrängt. Und das kann ja nicht der Sinn der Sache sein!

Die Qualität ist dann gesichert, wenn es für verschiedene Problemstellungen verschiedene Leistungen gibt. Der Pflegepersonalschlüssel sollte nicht pauschal festgelegt werden sondern nach dem Grad der Bedürftigkeit. Das heißt, dass jemand, der in einer niedrigen Pflegestufe ist, weniger Pflege braucht und keine so intensive Pflege braucht als in einer höheren Pflegestufe. Im Moment ist es so, dass wenn jemand auf Pflegestufe 4 durch eine gute Betreuung auf die Pflegestufe 2 herabfällt, wird er aus dem Heim hinausgeworfen. Der hat dann keine Wohnung mehr oder keine Bleibe mehr, wo er hingehen kann – aber die Pflegestufe 2 wird in Pflegeheimen nicht akzeptiert. Das ist in der Steiermark anders. (*Zwiesgespräche im Hause. – Vorsitzender, das Glockenzeichen gebend: Ich bitte um Aufmerksamkeit für die Rednerin!*) In der Steiermark geht es von null bis zehn. In Kärnten werden nur die Pflegestufen drei bis sieben verwaltet.

Alter ist keine Krankheit! Alter kann nicht behandelt werden, sondern es braucht eine Betreuung und eine Begleitung. Es ist auch komisch, dass Pflege- und Altenheime in dem Krankenanstaltengesetz verankert werden und kein eigenes Gesetz haben, als Hintergrund. Das ist eigentlich nicht zu verstehen!

Die ArGe Freie Wohlfahrt hat uns klar gemacht, dass die Regelungen bei den Pflegestufen zu streng und zu unflexibel sind. Das gehört geändert. Auch bei der Bettenanzahl muss etwas geändert werden. Da müsste man ins übrige Österreich schauen: Wie machen das die anderen

**Mag. Lesjak**

Bundesländer, und wie wird das dort gehandhabt? Es war eine Reihe von Schwierigkeiten, die sie uns aufgezählt haben. Ich bin schon der Meinung, dass man offen diskutieren sollte, was da die Probleme sind und dass da kein privater Krieg ausgetragen wird. Das hat keinen Sinn! Wir müssen darnach trachten, dass diese Menschen, die Pflegeheimbetreiber, auch ihren Pflichten nachkommen können. Sie haben uns gesagt, sie haben Hunderte Menschen auf der Warteliste, die keinen Platz in den Pflegeheimen kriegen. Also so kann es ja wohl nicht sein! Man wird dort ein Pflegeheim haben können, wo es weniger Plätze gibt – aber da auch Pflegeheime, wo es mehr Plätze gibt. Das wird ja wohl kein Problem sein.

Man kann flexible Regelungen machen, wie in Holland. Da hat man Modelle entwickelt, die Kosten sparen, wo sich die Leute noch gegenseitig helfen können. Sie sind noch autonom und leistungsfähig. Wenn sie gut beieinander sind, (*Vorsitzender: Sie haben noch eine halbe Minute Redezeit!*) können sie auch soziale Dienste ehrenamtlich für andere machen. Jetzt ist es, dass sie eigentlich zu Pflegenden degradiert werden und dass man sie zu Fürsorgefällen macht – anstatt man sie irgendwie aufbaut und dafür sorgt, dass sie auch füreinander da sein können. Das ist zu restriktiv, die jetzige Regelung. Wir haben ja diesbezüglich auch einen Antrag eingebracht. Es gibt eine schriftliche Anfrage. Wir werden die Probleme auf den Tisch legen, und dann werden wir Lösungen finden. Danke schön! (*Beifall vom Abg. Holub und der F-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. KO Abg. Mag. Dr. Kaiser das Wort.*)

Abgeordneter **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Regierungsmitglieder! Meine Damen und Herren! Ich möchte zuerst einmal auf zwei, drei Äußerungen hier eingehen, weil es mir wichtig erscheint, dass ein paar Dinge zurechtgerückt werden. Herr Abgeordneter Klubobmann Grilc, Sie haben gemeint und haben auf eine Petition verwiesen, die letztendlich zum Handeln anspornen sollte. Ich stelle richtig, dass diese Petition auf Anregung und nach einem Gespräch mit der Frau Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Schaunig-Kandut zustande gekommen ist, weil eben hier

ein großer Handlungsbedarf als gegeben erschienen ist und weil eben die Frau Landeshauptmann-Stellvertreter genau diese Gespräche mit den Leuten gesucht hat, um hier Abhilfe zu schaffen.

Ich bin dagegen, dass wir mit Begriffen wie „Monopolreservat“, Hamlet'schen Vergleichen und mit Willkürvorwürfen einer so wichtigen Thematik, auf die ich jetzt gesondert eingehen möchte, hier verbal hinunter diskutieren. Meine Damen und Herren! Was hinter dieser gesamten Thematik hier steht, ist schlicht und einfach eine sehr wesentliche gesellschaftspolitische Frage. Was ist einer Gesellschaft ein alter, ein pflegebedürftiger Mensch denn wirklich wert? Ich ersuche Sie alle, die Sie hier das Wort ergriffen haben und mit gewissen Begriffen versucht haben, hier Ihre Meinung darzustellen, zu überlegen, dass wir insgesamt über eine Summe von 15 Millionen Euro reden, die uns die ältere Generation, nämlich jene 4.000 Menschen, die notwendigerweise die Pflege in den Heimen bedürfen, wert sind. Und schauen Sie selbst in den Rechnungsabschluss hinein, meine Damen und Herren, in welcher anderen Größenordnung Gelder für weitaus weniger sinnvolle Maßnahmen ausgegeben werden! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Ich möchte daher aus unserer Sicht noch einmal das wiederholen, was Gabriele Schaunig in fast einer nachhilfeartigen Form hier geben musste: rechtliche Grundsätze, die Dinge, wie sie wirklich dargestellt sind und wo und von welcher Form her hier Rahmenbedingungen zu setzen sind. Meine Damen und Herren! Die Qualität der Pflege ist entscheidend! Sie alle wissen, dass wir volkswirtschaftlich mehr und mehr versuchen, den extramuralen (sprich nichtstationären) Bereich zu stärken. Daher ist es wichtig, dass in Pflegeheimen – auch aus volkswirtschaftlichen Gründen her – die höchste Qualität der Pflege da ist, um spätere Krankenhausaufenthalte und Ähnliches zu vermeiden. Wenn Sie es nicht glauben, ersuche ich Sie selbst einmal, Schlagzeilen aus den Zeitungen anzusehen, wie sie sich in den letzten Jahren ergeben haben, wo immer wieder in schwersten Vorwürfen auf Missstände im Pflegebereich hingewiesen worden ist. Ich sage nur eine, sehr schwere Vorwürfe, Schlagzeile aus dem „Kurier“: „Pfleger angeklagt, Frau in Lebensgefahr.“ Immer wieder Missstände aus dem „Kurier“: „Schließung von Großheimen“

**Mag. Dr. Kaiser**

oder „Bettenabbau.“ „Die Heimleitung wollte den Pflegeskandal vertuschen.“ Das sind Dinge, die wirklich zum Himmel schreien, wo gerade auch Abgeordnete aller Parteien immer wieder gesagt haben: „Dem muss raschest Abhilfe geschaffen werden!“ Daher ist es wichtig, die Qualität und die Pflege auf ein möglichst hohes Niveau zu setzen.

Zweiter Teil: Ich habe von niemandem – außer von den SPÖ-Rednerinnen – die Sicht der Pflegenden bisher gehört. Denn auch die, meine Damen und Herren, sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sehr wohl ihre Verpflichtung wahrzunehmen haben. Wenn Sie schon so oft mit Schlagworten wie Burn-out-Syndrome, Sinnhaftigkeit von Arbeit hantieren, dann hinterfragen Sie einmal, welches Erfolgserlebnis bei teilweise exorbitanten Arbeitsaufgaben mit Menschen, die die Hilfe der pflegenden Person bedürfen, die Leute konfrontiert sind. Dann werden Sie den Aufteilungsschlüssel, denke ich, besser verstehen, als Sie es bisher in den Wortmeldungen hier dargestellt haben. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Meine Damen und Herren, noch etwas: Wägen Sie politisch ab, was es heißt, die Betreiberinteressen von 30 Betreiberinnen und Betreibern jenen von 4.000 Pflegelingen, ihren Angehörigen und dem beteiligten Pflegepersonal gegenüberzusetzen. Und schauen Sie sich, meine Damen und Herren, auch die eine oder andere – hinter vorgehaltener Hand – kaschiert dargestellte Bilanzsumme von Betreibern an! Da werden Sie teilweise Ihr blauoranges Wunder erleben. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Meine Damen und Herren! Größere Heime heißen und bergen die Gefahr in sich – obwohl ich das nicht generalisiere, in jeder Form -, aber es birgt die Gefahr in sich, dass die Qualität, die in Pflegestandards festgelegt ist, auf der Strecke bleibt. Auf alle Fälle aber richtig ist, meine Damen und Herren, dass natürlich dort, *(Vorsitzender: Sie haben noch eine halbe Minute Redezeit!)* wo Ballungsgebiete sind, die größeren Heime entstehen werden. Und das ist das, was Frau Schaubig gemeint hat: Was das dann für den ländlichen Raum bedeutet, wo die Größenordnung und das Vor-Ort-Aufnehmen nicht so gegeben ist, das ist ganz klar auf der Hand liegend. Dort wird es gar keine Heime geben. Ist das die Bettenreduzierung, meine Damen und

Herren, die diesen Dringlichkeitsantrag unterstützt hat? Ist das die Bettenreduzierung, die Sie wollen – von 50 auf null? Ich hoffe, nicht! Daher werden wir weiterhin im Interesse der alten Menschen als SPÖ tätig werden! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

*(Der Vorsitzende erteilt Abg. Stark das Wort.)*

Abgeordneter **Stark** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohe Regierungsbank! Ich glaube, wir diskutieren heute hier über alte betagte Menschen. Eines muss ja klar sein: Wenn heute der Abgeordnete Kaiser sagt, dass in den Ballungszentren größere Häuser werden, dann muss ich dir widersprechen, weil ich glaube: Alte Menschen wollen in ihrem Umfeld bleiben. *(Abg. Mag. Cernic: Aha! Bravo! – Beifall von der SPÖ-Fraktion)* Da ist man auch gefordert, draußen im ländlichen Raum das zu machen.

Frau Landeshauptfrau-Stellvertreterin, Ihre Konzepte, die Sie immer herausbringen, die sind oft nicht einmal durchführbar. Wenn Sie glauben, dass die Betriebe, die große finanzielle Leistungen erbringen, auf ihre Kosten kommen, dann irren Sie sich! Denn auch wir in den Sozialhilfeverbänden leiden darunter, dass immer wieder neue Konzepte herauskommen, die nicht umsetzbar sind. Und wer von uns soll das bezahlen?! Damit treiben Sie so manchen Betreiber in den Ruin! Deshalb in den Ruin, nicht deshalb um jemand zu pflegen, sondern in einen finanziellen und wirtschaftlichen Ruin. Ich glaube, das soll ja vermieden werden. Bei den Ergebnissen, bei den Änderungen der Betreuungsschlüssel: Wir haben vom Sozialhilfeverband Klagenfurt diplomierte Krankenschwestern gesucht und suchen sie heute noch, aber wir bekommen keine. Wenn wir das K-Schema von den Krankenhäusern hernehmen, zum Beispiel das K 3 a, das mit 2.024 Euro bestückt ist und das gleiche System soll bei uns im Sozialhilfeverband mit 1.776 Euro sein, dann sehen Sie schon, dass hier keiner vom K-Schema in den Sozialhilfeverband wechseln wird. Wenn Sie auch die 30 % diplomierten Mitarbeiter/innen fordern, so muss gesagt werden, dass Pflegedienstleistungen und dergleichen auch von anderen, die die Alten pflegen, dazu prädestiniert sind, diese Aufgaben zu übernehmen. Es können ja die anderen Pflegehelfer auch

**Stark**

diese Ausbildung haben. Ja, weil Sie mit Ihrem Konzept das eben verhindern. (*Zwischenruf von LHStv. Mag. Dr. Schaunig-Kandut*) Sie verhindern das mit Ihren Konzepten immer wieder, dass flexibel gearbeitet wird. (*Beifall von der F-Fraktion*)

Eines möchte ich an Sie richten: Wir Bürgermeister haben große Sorge in unseren Sozialhilfverbänden wegen der Finanzierung, weil die Finanzierung auch von den Gemeinden mitgetragen wird. Ich glaube, die anfallenden Zusatzkosten muss jemand bestreiten. Bestritten wird das immer wieder über die Gemeinden und über unsere Bevölkerung. (*Einwand von LHStv. Mag. Dr. Schaunig-Kandut*) Liebe Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, sollten Sie weiterhin mit solchen Aktionen einer verfehlten Sozialpolitik von Ihrer Seite aufwarten, größeren Schulden, dann übernehmen Sie die Verantwortung! Danke schön! (*Beifall von der F-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Ing. Hueter das Wort.*)

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren! Ich möchte vielleicht nicht ins gleiche Bockshorn jetzt reden wie mein Vorredner, aber in etwa schon auch. (*Heiterkeit des 3. Präs. Lobnig*) Ja, ich möchte jetzt nicht die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin angreifen, weil ich glaube, ein Angriff bringt uns gar nicht weiter. Ich möchte wieder einmal schauen, dass wir an den Verhandlungstisch zurück kommen, dass wir hier versuchen sollten, für alle Verbände, für alle privaten Betreiber eine gangbare und vor allem eine finanzierbare Lösung zustande zu bringen. Ich glaube, um das geht es eigentlich.

Ich spreche jetzt wirklich auch im Sinne von 33 Bürgermeistern aus dem Bezirk Spittal. Wir haben vorige Jahre Verbandratsitzung gehabt. Da ist quer über alle Fraktion – da gibt es keine politische Willkür, weiß ich, das ist jetzt nur zugeordnet der SPÖ oder der FPÖ oder uns, der ÖVP, sondern da haben unisono alle Bürgermeister gesagt: „Wir müssen noch einmal zusammensitzen und schauen, dass wir hier finanzierbare Lösungen zusammenbringen.“ Weil nur eine Sozialpolitik, zumindest ich verstehe das so, die auch finanzierbar ist, ist auch eine Sozialpolitik auf Dauer. Und das wollen wir Bürgermeis-

ter! (*Beifall von der F-Fraktion*) Alles Andere bringt uns nicht weiter. Deswegen haben wir auch versucht, einen Termin bei der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin zu kriegen. Dafür bedanke ich mich! Er steht jetzt am 26. Juli. Ich glaube, dort wird genau von allen Bürgermeistern wahrscheinlich die gleiche Botschaft drüberkommen: Zum Tisch sitzen und reden, wie wir das in Zukunft finanzieren können. Ich glaube, in den anderen Bundesländern, bitte, dort wo wir wissen, dass die Bettenanzahl mit 120 begrenzt ist, die haben im Prinzip das gleiche Problem. Die haben ja nicht umsonst oder aus Willkür oder damit die Qualität sich nach unten verschlechtert dieses gemacht, sondern die haben ja auch einen gewissen Maßstab hinein reklamiert, das heißt auch die Finanzierbarkeit. Hier geht es wirklich darum, dass man das zusammenbringt: Gemeinden gleich wie die Betreiber und auch das Land. Ich glaube, auch das Land muss interessiert sein, dass wir da etwas zusammenbringen, wo wir alle dann nach diesen Verhandlungen sagen können: „Jawohl, das war ein Schritt in eine Richtung, mit dem wir alle leben können.“ Weil jetzt haben wir, leider Gottes, unter den Bürgermeistern sehr viel Tumult. Wir haben sehr viel Larifari, wie man bei uns in Oberkärnten sagt (*Abg. Zellot: Larifari!*) - Larifari, ja richtig -, Leerlauf drinnen, der uns nicht weiterbringt.

Deswegen mein Appell noch einmal an Sie, geschätzte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin: Sitzen wir zusammen und schauen wir in Zukunft auch für die Menschen, die älteren Menschen, denen wir verpflichtet sind, eine finanzierbare Lösung zusammenzubringen und dass wir uns gemeinsam hier nicht vom Tisch weg begeben, sondern dass wir wirklich dann aufstehen und sagen: „Mit diesem Modell können wir alle gemeinsam leben.“ Darum bitte ich Sie, dass wir hier das auf die Reise schicken! Danke! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Dr. Prettnner das Wort.*)

Abgeordnete **Dr. Prettnner** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Zuhörer auf der Tribüne! Es ist heute schon sehr viel gesprochen worden über Pflege und es ist auch sehr viel Unkenntnis über diesen Bereich

**Dr. Prettnner**

hier zutage getreten. Deshalb möchte ich jetzt auch noch einmal von Seiten der SPÖ dem Herrn Präsidenten einen Antrag zur Abhaltung einer Enquete bezüglich Qualitätskriterien und Qualitätssicherung (*Es erfolgen mehrere Zwischenrufe aus der F-Fraktion. – Abg. Ing. Scheuch: Guten Morgen! Guten Morgen! – Abg. Trettenbrein: Guten Morgen!*) für Kärntner Pflegeheime übergeben, (*Abg. Dr. Prettnner übergibt dem Vorsitzenden genannten Antrag.*) damit das also auch sicherlich durchgeführt wird. (*Abg. Ing. Scheuch: Guten Morgen!*) Denn es ist auch unser höchstes Interesse, dass hier in diesem Bereich Aufklärung erfolgt. (*Es herrscht Lärm und Unaufmerksamkeit im Hause.*)

Und es hat mich, es hat mich zutiefst erschüttert, als letzte Woche von Seiten der BZÖ ein Antrag eingebracht wurde, der von allen Parteien außer der SPÖ unterstützt wurde. Das ist für mich ein Schritt (*Zwischenruf von Abg. Dipl.-Ing. Gallo – Abg. Ing. Scheuch: Warum machts ihr es nicht schon lange!?*) zurück in die Vergangenheit! Das erinnert mich an diesen Film „Zurück in die Vergangenheit!“ Und ich erinnere nur, es ist heute schon erwähnt worden, (*Abg. Trettenbrein: Wer hat da mitgespielt? Der reicht zurück in die Zukunft!*) die diversen Pflegeskandale, die es gegeben hat und welche Qualitätskriterien vor Jahren hier angesetzt wurden und, dass hier Kärnten eine Vorreiterrolle übernommen hat und wirklich qualitätsvolle Pflege hier anbietet.

Ich möchte auch noch einmal den Pflegeschlüssel hier näher erläutern, wie wichtig dieser Pflegeschlüssel ist! Ich weiß es ja aus meiner ärztlichen Erfahrung, wenn man ältere Menschen behandelt und diese älteren Menschen dann wieder in die Pflege außerhalb des Krankenhauses entlässt. Wenn hier sachunkompetente Personen diesen Menschen weiter betreuen, dann sind die Patienten innerhalb weniger Tage sofort wieder im Krankenhaus, weil sich die Leute vor Ort nicht auskennen! Und es kann doch nicht so sein, dass wenn irgendwo ein Arbeitsmarktproblem auftritt, dass wenn irgendwo eine Fabrik praktisch schließen muss, dass das Personal dieser Fabrik dann umgeleitet wird in den Pflegebereich. (*Zwischenruf von 3. Präs. Lobnig.*) Pflege, Pflege ist ein ganz, ganz wichtiges .... (*Abg. Trettenbrein: Schau bei den Tschechen!*) Das muss man können! Da braucht man eine Ausbildung! Da muss man kompetent sein! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Das ist etwas, das ist eine

Berufung, das ist kein Beruf!

Und bezüglich der Arbeitsmarktsituation vor Ort in den Gemeinden kann ich nur sagen, dass dieser Rückgang der Heime auf kleinere Einheiten einfach der richtige Weg war, um den ländlichen Bereich wieder zu stärken und um hier Arbeitsplätze zu schaffen. Das kann doch nur für alle Bürgermeister, die hier sitzen, ein Erfolgserlebnis sein. (*Zwischenruf von Abg. Trettenbrein.*) Und, ich glaube, der Antrag ist ja aufgrund dessen vom BZÖ eingebracht worden, weil es im Pflegeverband Spittal hier Probleme gibt – das ist ja hier auch schon erwähnt worden – Weil es hier einfach zu massiven Überziehungen gekommen ist, allein bei der Errichtung der Pflegeheime. Der normale Kostensatz pro Bett ist 85.000,-- Euro, in Spittal ist der bei 120.000,-- Euro. Also bei weitem überzogen!

Und hier bleiben wir doch endlich bei den Tatsachen! Ich war letzte Woche wirklich entsetzt, dass das sechstreichste Land laut WHO weltweit, sich die Pflege der alten Menschen nicht leisten will. Das ist für mich ein Skandal! Und für mich ist es auch ein Skandal, dass hier ein Anwalt, ein Anwalt der BZÖ aufsteht und diesen Dringlichkeitsantrag einbringt. Weil er hat gezeigt, wessen Anwalt er ist. Er ist der Anwalt der Betreiber und er selbst vertritt ja auch diese Betreiber! Und er ist nicht Anwalt der Personen, die betreut werden in diesen Heimen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Und noch etwas zur (*Abg. Ing. Scheuch: Das ist eine Unwahrheit, wie Sie es gesagt haben!*) Analyse. Ich finde es nur folgerichtig. (*Abg. Ing. Scheuch: Das ist eine Unwahrheit!*) Die ÖVP hat sich immer schon auf Seiten der (*Abg. Ing. Scheuch: Unwahrheit!*) Betreiber gestellt, hat sich immer schon auf die Seite der Betreiber gestellt! (*Abg. Ing. Scheuch: Das ist eine ungeheuerliche Unwahrheit!*) Insofern finde ich die Haltung der ÖVP nur konsequent. Aber etwas hat mich wirklich fundamental, zutiefst enttäuscht! (*Vorsitzende: Frau Abgeordnete! Sie haben noch eine halbe Minute Redezeit!*) Und das sage ich hier, das ist die Haltung der Grünen! Und das war wirklich (*Zwischenruf von Abg. Mag. Lesjak.*) für mich unentschuldigbar! Wir haben hier eine ... (*Mehrere Einwände aus der F-Fraktion. – Lärm und Unruhe im Hause.*) Armutspredigerin, die seit zweieinhalb Jahren hier von dieser Stelle aus predigt, wie arm die Menschen in Kärnten sind.



**Dr. Prettner**

Und dann geht es genau darum, diese Personengruppe zu vertreten und dann fällt ihr um! Im Liegen umgefallen! (*Zwischenruf von Abg. Mag. Lesjak.*) Also das ist keine Politik! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion. – Vorsitzender: Frau Abgeordnete, die Redezeit ist abgelaufen! Ich bitte, zum Schluss zu kommen!*) Für mich ist der Weg, den Gaby Schaunig hier gegangen ist, der einzig richtige und der wegweisend für ganz Österreich ist. Wir sollten alle dieses Beispiel nehmen, ein Leuchtturmprojekt, und dem folgen. Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt KO Ing. Scheuch das Wort.*)

**Abgeordneter Ing. Scheuch (F):**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Die weinerliche Art und Weise, wie heute hier von Verantwortung gesprochen wird und eigentlich der Gipfelpunkt der heutigen Diskussion, wo eine Abgeordnete der SPÖ hier ans Rednerpult geht und den Präsidenten auffordert, endlich eine Enquete in Sozialfragen abzuhalten, zeigt ja Ihr ganzes schlechtes Gewissen Frau Abgeordnete! Sie haben eine zuständige Landesrätin! Warum hat die jetzt Betroffene (*Einwand von Abg. Dr. Prettner.*) – und man sieht es ja bei der Hühnerhofstimmung und bei den (*Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) Zwischenrufen. „Sie sind betroffen, Frau Landesrätin! Stellen Sie sich doch, stellen Sie sich doch endlich Ihren Problemfeldern!“

Und es ist ja bezeichnend dafür, Frau Landesrat, dass Sie immer wieder hier auch eine Termin Diskussion führen müssen. Sie haben im Blindenheim keine Termine gegeben, Sie geben dem Sozialhilfverband Spittal keine Termine! Ein halbes Jahr wird hier angesucht um einen Termin! Und Sie führen ihn nicht durch und dann kommen die privaten Betreiber und suchen um einen Termin an und auch hier sind Sie nicht fähig, einen zu machen! Sie betreiben hier eine Vogel-Strauß-Politik erster Ordnung, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Zwischenruf von Abg. Mag. Dr. Kaiser.*) Und das rächt sich eben auf die Dauer, wenn man nämlich null Kompetenz hat, vor allem in der Umsetzung! Sie haben ja nichts umgesetzt! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Und dann noch zum Herrn Abgeordneten Kaiser, weil er gerade motivierte Zwischenrufe hier gemacht hat. Ja, wer ist denn mit den meisten Finanzen ausgestattet hier im Sozialbereich? Steigerungen 38 Millionen Sonderprogramm zum Altersheimbau! Sie bringen nur nichts, auch nicht mit dem vielen Geld, was man Ihnen gibt, auf den Tag! Und das ist eben Ihr Problem. Und dann kommt noch etwas, Frau Schaunig, etwas ganz Schlimmes. Sehenden Auges – und das mache ich Ihnen hier zum Vorwurf – sehenden Auges fahren Sie ein ganzes System an die Wand! Sie crashen die Altersversorgung in Kärnten hier! Und über Qualität werden wir gar nicht mehr lange reden müssen, wenn Sie letztendlich sämtliche Betreiber einschließlich der öffentlichen Betreiber in den Ruin getrieben haben, und (*Beifall von der F-Fraktion.*) da gibt es eben dann auch Konsequenzen!

Und es gibt – und das sei Ihnen hiermit noch ins Stammbuch geschrieben und mit auf dem Weg gegeben – es gibt auch eine politische Realität hier in diesem Haus! Es hat Ihnen eine absolute Mehrheit, und zwar eine Zweidrittelmehrheit in diesem Haus, einen Auftrag erteilt. Kommen Sie diesem Auftrag schleunigst nach, sage ich an Ihre Adresse! Schleunigst! Und kommen Sie von Ihren diktatorischen Gebräuchen herab, stellen Sie sich der Diskussion und öffnen Sie sich! Sind Sie flexibel, dann werden wir eine gemeinsame Lösung schaffen! Mit der Art, die Sie jetzt an den Tag legen, schaut das schlecht aus. Und ich sage Ihnen: Das wird Konsequenzen für Sie und für Sie alleine und für Ihre Partei haben, wenn Sie hier nicht sofort einlenken! Danke! (*Beifall von der F-Fraktion. – Es kommt zu mehreren Zwischenrufen aus der SPÖ-Fraktion. – Lärm und Unruhe im Hause.*)

**Vorsitzender Erster Präsident Dipl.-Ing. Freunschlag (F):**

So, meine Damen und Herren! (*Wartet, das Glockenzeichen gebend etwas ab.*) Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Damit ist die Aktuelle Stunde zu Ende gegangen. Ich darf die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin bitten, Platz zu nehmen und nicht aus den Abgeordnetenbänken heraus, Zwischenrufe zu machen! Ich bitte, dem Folge zu leisten!

**Dipl.-Ing. Freunschlag**

Wir haben eine sehr umfangreiche Debatte geführt. Wie Sie wissen, habe ich am Beginn der Aktuellen Stunde angekündigt, dass ich eine Enquete einberufen möchte, die ich relativ bald einberufen möchte, um den Abgeordneten auch einmal über die Istsituation zu informieren, um nachdenken zu können, wie man zu brauchbaren Lösungen kommt. Und, wenn heute noch ein zusätzlicher Antrag der SPÖ-Fraktion betreffend einer Enquete gekommen ist, vielleicht zur Vertiefung, bin ich auch gerne bereit, im Herbst noch eine zu machen. Denn ich finde es nicht schlecht, wenn man so ein Thema ausleuchtet. Die Betroffenen auf allen Seiten müssen zu Wort kommen und ihre Meinungen darbringen können. Das wird also für die Abgeordneten wichtig sein, um dann wirklich gemeinsam vielleicht zu einem Weg zu kommen, damit dieser Streit, der jetzt hier ausgebrochen ist, dorthin führt, wo wir hinkommen wollen, nämlich zu einem gesicherten qualitativollen Pflegesystem in Kärnten.

*(Beifall von der F-Fraktion.)*

So, wir kommen nun ... bevor ich zur Tagesordnung komme, möchte ich noch mitteilen, dass noch zwei Tagesordnungspunkte berücksichtigt werden sollten. In der Obmännerkonferenz wurde diese Meinung vertreten. Es sind heute Morgen noch zwei Anfragebeantwortungen eingekommen, heute morgens. Und als Tagesordnungspunkt 4 eine Anfragebeantwortung von Landeshauptmann Dr. Haider zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Mag. Dr. Kaiser, betreffend Inserate in der Zeitschrift „Zeit für Kärnten“ mitaufzunehmen. Und 5: Anfragebeantwortung von Landeshauptmann Dr. Haider zur schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Mag. Lesjak betreffend grenzüberschreitendes UVP-Verfahren KKW Paks. Wer mit dieser Erweiterung einverstanden ist, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen. Es wird so vorgegangen.

**Tagesordnung**

*(Abg. Mag. Cernic meldet sich zur Geschäftsordnung.) Bitte!*

Abgeordnete **Mag. Cernic** (SPÖ):

Antrag gemäß § 64 K-LTGO betreffend Museum Moderner Kunst Kärnten. Der Landesrechnungshof wird aufgefordert, das Museum Moderner Kunst Kärnten ab

1. Jänner 2004, bis zum Zeitpunkt der Durchführung der Prüfung dahin gehend zu prüfen, ob bei dieser Einrichtung entsprechend den Grundsätzen der Rechtmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit gehandelt wurde. Insbesondere möge auch geprüft werden, inwieweit sich die massive politische Einflussnahme negativ auf die Abläufe ausgewirkt haben (siehe dazu auch Anlage APA 02/05 und APA 02/43 jeweils vom 13. April 2006).

Auch mögen die im Artikel der Kleinen Zeitung vom 1. Juli 2006 (Seite 66, siehe Anlage) betroffenen Feststellungen und erhobenen Vorwürfe geprüft und die Möglichkeit allfälliger Konsequenzen dargelegt werden. Immerhin soll dem Land Kärnten ein Schaden von 36.500,- Euro

entstanden sein. *(Abg. Mag. Cernic übergibt dem Vorsitzenden den betreffenden Antrag.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Ich lasse über diesen Antrag abstimmen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist mit Mehrheit so beschlossen. Es wird so vorgegangen. *(3. Präs. Lobnig meldet sich zur Geschäftsordnung.)*

Dritter Präsident **Lobnig** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Ich stelle gemäß § 64 K-LTGO folgenden Antrag: Der Landtag wolle beschließen: Der Landesrechnungshof wird aufgefordert, die Verwendung der dem Verein „Naturpark Dobratsch“ vom Land Kärnten zur Verfügung gestellten Mittel auf ihre Rechtmäßigkeit, an den Grundsätzen von Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu überprüfen. Insbesondere sind die Personalkosten des Vereines zu untersuchen.

**Lobnig**

Ich bitte um Kenntnisnahme und Abstimmung dieses Antrages.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Ich lasse über diesen Antrag abstimmen. Wer damit einverstanden ist, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen. (*Abg. Mag. Cernic. Mit reinem Gewissen kann ich da mitstimmen!*) Es wird so vorgegangen.

Nun Hohes Haus, wir kommen zum Tagesordnungspunkt 1, wenn keine weiteren Geschäftsordnungsmeldungen hier sind.

**1. Ldtgs.Zl. 45-21/29:****Bericht und Antrag des Ausschusses für Budget und Landeshaushalt, Tourismus und Bauwesen zur Regierungsvorlage betreffend den Rechnungsabschluss 2005**

Berichtersteller ist der Abgeordnete Gritsch. – Ich erteile dem Berichtersteller das Wort!

Berichtersteller Abgeordneter **Gritsch** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Die ausführliche Gesamtübersicht dieses Rechnungsabschlusses zeigt uns, dass bei Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben des Jahresabschlusses 2004 mit dem Jahresabschluss 2005 sich gegenüber dem vorangegangenen Rechnungsjahr eine Erhöhung des Einnahmenvolumens von rund 392,3 Millionen bzw. rund 19,5 Prozent und des Ausgabenvolumens von rund 379,8 Millionen bzw. rund 18,9 Prozent ergibt.

Das Ausgabenvolumen veränderte sich gegenüber dem Rechnungsabschluss 2004 um 379,8 Millionen oder um 18,9 Prozent. Im Vergleich zum Voranschlag 2005 beträgt die Differenz 620,9 Millionen oder plus 35,1 Prozent. Dieser große Unterschied ist hauptsächlich durch den Verzicht des Landes Kärnten auf Rückzahlung von gewährten Landesdarlehen an die KABEG im Umfang von rund 432 Millionen zur Abdeckung der Betriebsabgänge bzw. auf Investitionen in den Jahren 2001 bis 2004 zurückzuführen.

ren. Ein weiterer wesentlicher Teil – nämlich 146,2 Millionen Euro – ist dadurch begründet, dass die Kreditübertragung im Voranschlag nur mit einem Verrechnungsansatz dotiert wird, da die tatsächlichen Werte nicht vorhergesehen werden können. Im Rechnungsjahr 2005 kommt es zu einem Nettoschuldenzuwachs von rund 51,5 Millionen, wobei das vorangegangene Rechnungsjahr 2004 einen Nettoschuldenzuwachs von 62,5 Millionen aufwies. Zum Unterschied von den Vorjahren, in welchen ein ausgeglichenes Haushaltsergebnis ausgewiesen wurde, wird im Rechnungsabschluss 2005 ein Gebärungsüberschuss ausgewiesen. Unter Einbeziehung der Einnahmen aus aufgenommenen Darlehen 2005 beträgt der Einnahmenüberhang 12.516.942,-- Euro, der sich in diesem Umfang im Rechnungsabschluss 2005 in Form eines Haushaltsüberschusses darstellt.

Die Gründe für die über dem Haushaltsausgleich hinausgehende Darlehensaufnahme im Jahre 2005 – ihre endgültige Größenordnung stand bereits mit 5.8.2005 fest – sind darin gelegen, dass zum Zeitpunkt der teilweisen Ausnützung der Fremdfinanzierungsermächtigung für das Haushaltsjahr die günstige Entwicklung bei den Einnahmen aus Ertragsanteilen an gemeinschaftlichen Bundesabgaben bzw. die Nichtausschöpfung des Kreditrahmens im Sozialbereich nicht vorhersehbar war. Die Verringerung des Nettoschuldenzuwachses gegenüber dem Vorjahr ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass im Berichtsjahr ausgabenseitig keine überraschenden zusätzlichen Aufwendungen wie im Vorjahr gegeben waren. Gegenüber der erwarteten Nettoneuverschuldung mit minus 74,74 Millionen im Landesvoranschlag 2005 erzielte Verbesserungen von rund 22,9 Millionen auf nunmehr rund 51,5 Millionen, sind in erster Linie auf eine gegenüber den Einnahmen deutlich verbesserte Entwicklung bei den Steuererträgen sowie einzelnen Einmaleinnahmen aus den Kostenerträgen für die Landeslehrer und ausgabenseitig durch Nichtausschöpfung der Ausgabenvolumina insbesondere im Sozialbereich zurückzuführen. Gleichzeitig konnten die im Bereich der Krankenanstalten oder im Personalbereich veranschlagten Ausgabenvolumina eingehalten werden. Mit einer Nettodefizitquote von 0,36 Prozent des regionalen BIP blieb der Schuldenzuwachs unter jenem des Vorjahres. Damit wurde – entgegen den Erwartungen zum Jahresvor-

**Gritsch**

anschlag des Jahres 2005 – bereits im Vorjahr die für die Legislaturperiode mit durchschnittlich 0,4 Prozent des regionalen Bruttoinlandsproduktes gesetzte Zielsetzung für die jährliche Nettoneuverschuldung unterschritten. Wobei nicht unerwähnt bleiben darf, dass dieses Ergebnis teilweise durch erhöhte Einmaleinnahmen bedingt ist.

Gegenüber dem Rechnungsabschluss 2004, bei dem auch ein positives Maastrichtergebnis von rund 114,7 Millionen ausgewiesen war, scheint im vorliegenden Rechnungsabschluss 2005 ein Maastrichtergebnis in der Höhe von minus 282,75 Millionen auf, das ursächlich auf den Verzicht des Landes Kärnten auf Rückzahlung von gewährten Darlehen an die KABEG im Umfang von rund 432,2 Millionen zur Abdeckung der Betriebsabgänge bzw. auf Investitionen in den Jahren 2001 bis 2004 zurückzuführen ist. Der Schuldenstand des Landes stellt sich aufgrund des Rechnungsergebnisses mit 638,1 Millionen dar. Der Nettoschuldenzuwachs entspricht dem Nettodefizit von rund 51,5 Millionen. Somit liegt der Schuldenstand bei 4,45 Prozent des regionalen Bruttoinlandproduktes Kärnten und entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1.140,86 Euro.

Die Kärntner Landesregierung hat am 23.5. dieses Jahres den Beschluss gefasst, den Rechnungsabschluss 2005 dem Landtag zur Beratung weiterzuleiten. Im Ausschuss für Budget, Tourismus, Landeshaushalt wurde von den politischen Parteien ein umfassender Fragenkatalog angefordert, der seitens der Finanzabteilung sehr rasch und effizient zur Verfügung gestellt wurde. Daher von dieser Stelle aus ein großes Lob und ich beantrage somit das Eingehen in die Generaldebatte.

*(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte und erteilt Finanzreferent LH Dr. Haider das Wort.)*

Landeshauptmann **Dr. Haider** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vorerst darf ich mich herzlich bedanken, dass ich am Beginn eine Stellungnahme abgeben kann, weil ich dann noch eine Verhandlung wegen des Abschlusses unseres Volksgruppenpaketes zu führen habe. Zur Zeit laufen die

Parteienverhandlungen in Wien und ich muss immer wieder telefonieren. Ich bitte um Verständnis dafür, dass ich mich ein bisschen außerhalb des Saales bewegen werde.

Ich möchte zur Einleitung sagen, dass natürlich Kärnten als kleines Land nicht seine eigene Konjunktur machen kann. Aber wir haben uns etwas überlegt als wir im Jahre 2004 festgehalten haben, dass im Budgetprogramm bis zum Jahre 2009 eine maßvolle Nettoneuverschuldung akzeptiert wird. Wir wollen nicht sklavisch das Prinzip des Nulldefizits einhalten, weil wir unsere eigene Konjunktur und unsere eigenen Wirtschaftsimpulse für Arbeitsplätze und für Einkommen setzen wollen. Dass das richtig ist, wird auch in einem Artikel bestätigt, der im Standard erschienen ist, wo der Wirtschaftsforscher des WIFO, Professor Aiginger, 12 Thesen für mehr Wirtschaftskraft publiziert und dort gesagt hat, dass es wieder notwendig sein wird, dass sich nicht alle auf Europa verlassen, sondern dass man wieder stärker nationale Wirtschaftspolitik macht. Und, dass auch die Regionen – dort wo es möglich ist – in grenzüberschreitender Kooperation ihre wirtschaftlichen Impulse setzen sollten. Denn Europa ist als Ganzes nicht in der Lage, eine Wirtschaftspolitik zu machen, die derzeit mehr als 30 Millionen Arbeitslose – ich sage – massiv zurückdrehen kann! Sondern es wird ganz wesentlich davon abhängen, dass das im Zuge einer nationalen und regionalen Wirtschaftspolitik geschieht. Dem fühlen wir uns verpflichtet! Daher haben wir auch diese maßvolle Nettoneuverschuldung riskiert, um hier entsprechende Impulse zu geben. Wenn Sie sich die einzelnen Zahlen anschauen, dann werden Sie feststellen, dass wir uns im Laufe der Jahre sehr, sehr gut gehalten haben! Wir haben 2004 eine Nettoneuverschuldung von 0,45 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gemacht, während der Bund ein Prozent Nettoneuverschuldung gehabt hat. Im heurigen Jahr, nein im vergangenen Jahr 2005 – der Rechnungsabschluss, der jetzt zur Diskussion steht – hatten wir eine Nettoneuverschuldung von 0,36 Prozent. Das ist sehr tief! Dem zum Vergleich hat der Bund seine Schulden um 1,7 Prozent erhöht. Das heißt, der Bund ist bei Gott nicht der Vorzugsschüler, sondern durch die Länder und Gemeinden wird jenes Budget erwirtschaftet, das zum positiven Ausgleich und zu einem annähernden Nulldefizit hintendiert, das letztlich auch von uns unterstützt

**Dr. Haider**

wird. *(Einsetzender Beifall der F-Fraktion.)*

Ich sage das deshalb, weil immer ein bisschen der Eindruck entsteht, die Länder und Gemeinden seien die Schuldenmacher und der Bund ist der Vorzugsschüler. Es ist umgekehrt! Der Bund lebt von den Ländern und Gemeinden und ihrer Budgetdisziplin, auch von ihrer Zurückhaltung in vielen Bereichen, obwohl es nicht ganz einfach ist. Und das sehen Sie auch in den Prognosewerten für die folgenden Jahre. Wir haben im Jahr 2006 – also im heurigen Jahr – 0,53 Prozent Nettoneuverschuldung veranschlagt, der Bund wieder bei 1,7 Prozent. Und auch im Jahre 2007 wird sich der Bund noch immer mit 0,8 Prozent neu verschulden, während wir hier bereits auf 0,29 Prozent gesunken sind. Das heißt, à la longue haben wir eine sehr, sehr maßvolle Entwicklung, so wie es im Budgetprogramm vereinbart ist. Aber nicht nur das. Wir sind auch dazu in der Lage – und das zeigt der heurige Rechnungsabschluss – da wir im Rechnungsabschluss des Jahres 2005 der jetzt vorliegt, unsere zulässige Nettoneuverschuldung von 83,2 Millionen Euro drastisch unterschritten haben. Wir haben sie noch einmal um 31,8 Millionen Euro unterschritten und sind bei 51,5 Millionen! Und ich glaube, das ist eine sehr, sehr gute Politik, die hier gemacht wird! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Man kann sagen, dass wir in dieser Periode im Schnitt rund 43,5 Millionen Euro jährlich an Verschuldung reduzieren gegenüber dem, was das Budgetprogramm zulässt. Das ist eine Entwicklung, wo wir gleichzeitig Impulse für die Wirtschaft geben, aber andererseits auch schauen, dass die Stabilität des Haushaltes gewährleistet ist. Und ganz wichtig: Wir sind absolut besser als der Bund, was die Budgetdisziplin und die Nettoneuverschuldung betrifft! Auch wenn Sie sich die Charts gegenüber der Europäischen Union anschauen, die ja weit über uns liegt: Die Europäische Union hat im Jahr 2005, das heute zur Diskussion steht, eine Nettoneuverschuldung von 2,9 Prozent! Also, jene Europäische Union, die uns die strengen Maastrichtkriterien und den strengen Stabilitätspakt oktroyiert, ist selbst der größte Sündenmacher im Bereich der Budgetdisziplin und der Stabilitätspolitik! Aber das ist halt so! Die internationalen Ratingsagenturen wie Moody's haben gesagt: „Alle Budgets, die in der Neuverschuldung unter neun Prozent kommen, bekommen eine ausgezeichnete Bewertung“.

Das heißt, wir mit unseren 0,36 Prozent liegen wirklich sehr, sehr gut und brauchen uns in dieser Richtung nicht zu verstecken. Das war im vergangenen Jahr schon so, wo wir auch die Nettoneuverschuldung noch einmal um etwa 10 Millionen unterschritten haben. Es ist dies nicht eine einmalige Angelegenheit, sondern – zumindest seit ich die Verantwortung für das Budget übernommen habe – ein kontinuierlicher Prozess, um auch das zulässige Nettodefizit, das wir machen dürften, noch einmal erheblich zu unterschreiten, um Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung zu gewährleisten! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Ich möchte noch ein Wort zu jenen Finanzschulden sagen, die im Haushaltsvoranschlag, im Landesvoranschlag und in den Budgetdaten ausgewiesen werden. Da wird behauptet, wir haben die höchste Verschuldung, die das Land je gehabt hat. Wenn ich mir das anhand der Zahlenentwicklung anschau, dann haben wir heuer oder vielmehr im Jahr 2005 im Rechnungsabschluss eine Finanzschuld des Landes Kärnten von 638,1 Millionen Euro kumuliert. Wenn das die größte Verschuldung wäre, wäre das schön! Denn im Jahr 1998/1999, als noch der ÖVP Landeshauptmann Zernatto die Verantwortung für die Finanzen hatte, hatten wir – was die Finanzschulden betrifft – über 1.050.000.000,-- Nettofinanzschulden im Landeshaushalt, obwohl der Landeshaushalt wesentlich kleiner war. Wir haben an Landeshaushalt 1,8 Millionen Euro gehabt und nicht 2,4 wie jetzt. Und wir haben damals eine Nettoneuverschuldung von 119,2 Millionen gehabt und einen kleineren Haushalt. Und jetzt haben wir bei 2,4 Milliarden 51 Millionen. Also, wir liegen in der Nettoneuverschuldung mehr als die Hälfte unter dem größten Schuldenmacher der Zweiten Republik im Lande Kärnten. Es sollen mich die, die dauernd in ihren Inseraten sagen, das Land Kärnten hat den höchsten Schuldenstand, in Zukunft verschonen! Denn sie sollen vor ihrer eigenen Tür kehren und lieber die Relikte ihres Altlandeshauptmannes mitaufarbeiten helfen! *(Abg. Tauschitz: Das stimmt ja nicht!)* Denn hätten wir nicht so viele Schulden geerbt, dann müssten wir nicht so strenge Maßnahmen im Budget setzen und könnten mehr für Arbeitsplätze tun! *(Einsetzender Beifall der F-Fraktion.)*

Das ist deshalb möglich – das sage ich auch – weil wir im Jahre 2001/2002 einen Teil von Be-

**Dr. Haider**

teiligungen veräußert haben. Denken wir an die Beteiligung der RWE an der Kelag. Denken wir an die Veräußerung der Wohnbauförderungen – alles mit Zustimmung aller drei Parteien im Hause passiert. Und damals haben wir 1.050.000.000,- erlöst und für Budgetmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Davon sind allein fast 800 Millionen Euro in die sofortige Schuldentilgung gegangen. Wir haben die Schuldentilgung so drastisch reduziert, dass wir sagen können: Bis zum heutigen Tag sparen wir uns dadurch jährlich beim Zinsendienst rund 30 Millionen Euro! Auch das ist ein Geld, das wir jetzt für positive Maßnahmen zur Verfügung haben! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Wir haben damit überhaupt kein Problem, im Rechnungsabschluss 2005 einen Schuldenstandsvergleich mit anderen durchzuführen. Bei der Pro-Kopf-Verschuldung liegt das Land Kärnten, gemessen an den anderen Bundesländern, am fünften Platz. Bei dem Finanzschuldenvergleich liegen wir am siebten Platz. Also, weit davon entfernt zu sagen: Das sind die größten Schuldenmacher! Und wenn ich die Schuldenstandsvergleiche für das Jahr 2005 mit dem Bund mache, dann hat der Bund mit 31.12.2005 141,09 Milliarden Schulden. Das entspricht einem Anteil am Gesamthaushalt von 213,8 %, das heißt 213 % mehr höher ist die Verschuldung, als der Gesamthaushalt der Republik Österreich pro Jahr ausmacht. Verglichen mit Kärnten: Wir haben 538 Millionen Finanzschulden und einen Anteil am Gesamthaushalt von 26,6 %. Da liegen schon Welten dazwischen! Wir liegen mit 26,6 % auch gemessen an den Bundesländern recht ordentlich und gut.

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt hat der Schuldenbereich des Bundes einen Anteil von 57,2 %, das heißt 57,2 % der Wertschöpfung der Österreicherinnen und Österreicher sind mit Schulden verpfändert. Verglichen mit Kärnten, gemessen am Bruttoinlandsprodukt des Landes Kärnten, sind 4,45 % mit Schulden verpfändert – also bei Gott nicht die alarmierenden Daten, von denen immer die Rede ist. Oder ein Pro-Kopf-Verschuldungsvergleich: Hier hat der Bund eine Pro-Kopf-Verschuldung von 17.565 Euro pro Österreicher Verschuldung. In Kärnten beträgt die Verschuldung 1.141 Euro. Auch am Zinsendienst gemessen: Der Bund gibt 7,7 Milliarden Euro für Zinsen aus, das ist, gemessen an den Nettoeinnahmen, ein Prozentsatz von 20,7 %

und gemessen am Gesamthaushalt 11,7 %. 11,7 % werden vom gesamten Budget des Bundes für Zinsendienste aufgewendet. Verglichen mit Kärnten: Wir haben einen Zinsendienst von 20,8 Millionen Euro im Jahre 2005, haben gemessen an den Nettoeinnahmen nicht 20,7 %, sondern 3,21 % und haben, gemessen am Gesamthaushaltsvolumen des Landes Kärnten, einen Anteil von nicht 11,7 % wie der Bund, sondern von 0,87 %.

Ich denke, dass auch diese Vergleiche einmal ganz interessant sind, denn wir haben damit 31,8 Millionen Euro weniger Nettoverschuldung im Jahr 2005 erzielt und, was meines Erachtens wichtig ist, wir haben mit diesem Prozess eine sehr sparsame Budgetbewirtschaftung. Wir haben 12,5 Millionen Euro Budgetüberschuss erwirtschaften können. Das heißt wir haben einen Budgetüberschuss erwirtschaftet, den wir ganz konkret auch im Nachtragsvoranschlag 06 für entsprechende soziale Maßnahmen einsetzen wollen. Dazu zählen das Müttergeld, das Babygeld, das Schulbedarfsgeld, die mobilen Tagesmütter und die Finanzierung des beitragsfreien Kindergartens. Das heißt, wir haben bereits für den Nachtragsvoranschlag 06 durch eine gute Budgetbewirtschaftung 05 ein Volumen von 12,5 Millionen Euro herüber gerettet, das uns für die Verbesserung der sozialen Leistungen im Lande zu Gunsten der Schwächeren, der Familien und der Kinder zur Verfügung steht. *(Beifall von der F-Fraktion)*

Damit man aber den Rechnungsabschluss 05 auch richtig versteht: Wir haben nicht nur beim Nettodefizit drastisch gespart, sondern wir haben gleichzeitig trotzdem noch auch im Jahre 2005 einen Nachtragsvoranschlag finanziert, der auch eine einstimmige Zustimmung erfahren hat, und zwar in Höhe von fast 25 Millionen Euro, wobei hier 2 Millionen für das ländliche Wegenetz, ein paar Hunderttausend Euro für die Absatzförderung im landwirtschaftlichen Bereich, 1,7 Millionen Euro für die Musikschulen zusätzlich aufgewendet worden sind. Wir haben also damit in Summe 420 Musikschullehrer, die wir im Jahre 2005 bereits finanziert haben, um 13.000 Musikschüler betreuen zu können. Wir haben für die Arbeitnehmerförderung noch einmal 600.000 Euro zusätzlich aufgewendet. Die Kärnten-Werbung hat 1,2 Millionen Werbung für die Internationalisierung bekommen und im Bereich der Bioenergie und alternativen Energieförde-

**Dr. Haider**

rung haben wir ein Volumen von zehn Millionen, inklusive dem Nachtragsvoranschlag, investiert, um damit zum Solarland Nummer eins zu werden und zum Spitzenland Österreichs, was die Bioenergie betrifft. *(Beifall von der F-Fraktion)* Denn kein Bundesland hat bisher einen so hohen Anteil an alternativer, erneuerbarer Energie wie wir, nämlich 42 %. Gemessen am Österreichschnitt von 23 % ist, glaube ich, die Produktionsrate für erneuerbare Energie in Kärnten eine absolute Spitzenleistung! Ich glaube, dass auch hier der Weg und die Schwerpunktsetzungen im Budget richtig sind und sinnvoll sind.

Wir haben natürlich auch Signale in einigen Bereichen des Budgets, die es entsprechend zu werten gilt. Einerseits haben wir für konkrete investive Maßnahmen im Jahre 2005 sehr viel gemacht. Wir haben im Jahre 2005 noch einmal einen größeren Betrag für die Finanzierung des Lakesideparks mobilisiert, das heißt in Summe haben wir 450 qualifizierte Arbeitsplätze bereits im größten Technologiepark Österreichs. Wir haben unsere Finanzierungsstrukturen noch für die Mediaprint abgedient. Wir haben für die Winterinfrastruktur noch einmal gesetzt. Wir haben für AT&S für die Betriebsansiedlung Geld gesetzt, um heute einen Zustand zu haben, dass diese Firma bereits um ein Drittel mehr Arbeitsplätze hat, als Philips bei der Schließung gehabt hat. Wir haben sechs Stiftungsprofessuren für die Universität vorfinanziert, um im Bereich der technischen Orientierung unserer Universität für den Zeitraum bis zum Jahr 2008 Institute vorzufinanzieren, die für uns wichtig sind, um die Umstellung unserer Wirtschaft auf Technologie und Hochtechnologie entsprechend zu unterstützen.

Wir haben 62 Millionen für den Straßenbau investiert. Das ist doppelt so viel, als wir normal im Landesbudget zur Verfügung haben. Deswegen haben wir etwa die GVA in Villach finanzieren können oder die Lippitzbachbrücke mit 10,2 Millionen fertig stellen können. Natürlich schmerzt es, dass wir im Bereich der Personalentwicklung hohe Kosten haben. Wir mussten auch im Bereich des Personals um 9,2 Millionen Euro mehr aufwenden. Es wäre mir lieber, wir hätten dort nicht so hohe Kosten und kämen von den hohen Personalkosten rascher herunter, weil dieses Geld uns natürlich auf der anderen Seite auch für den investiven Bereich abgeht, den wir nicht vernachlässigen wollen. Daher freut es

mich ganz besonders, dass es uns im vergangenen Jahr – nach langen Diskussionen – gelungen ist, nach zwölf Jahren Unterbrechung, auch für die Kleinstgewerbebetriebe wieder eine entsprechende Förderung einzurichten, die mit einer Arbeitsplatzprämie verbunden gewesen ist. Wir haben in der Zwischenzeit über 145 Investitionsförderungen für Kleinstunternehmen mit weniger als zehn Mitarbeitern durchführen können und haben damit mehr als 105 neue Arbeitsplätze geschaffen. Das ist also ein echter Hit! Wir werden jetzt rückwirkend diese Förderaktion von 10 % auf 20 % Direktzuschüsse, die nicht mehr zurückgezahlt werden, machen, das heißt alle, die seit Oktober 2005 in diese Förderung hineingefallen sind, werden rückwirkend auch die erhöhten Fördersätze bekommen und damit wieder wirtschaftliche Impulse zu setzen. *(Beifall von der F-Fraktion)*

Natürlich gibt es auch ein signifikantes Datum im Bereich des Rechnungsabschlusses, dass die Mehrausgaben mit 35,1 % zu veranschlagen sind. Da kann jeder sagen: Wie gibt es das, so eine niedrige Nettoneuverschuldung, einen Nachtragsvoranschlag finanzieren, einen Budgetüberschuss ins Jahr 2006 herüberleiten – aber so hohe Mehrausgaben zu haben? Das ist relativ leicht erklärt, weil wir im Jahre 2005, weil der Stabilitätspakt noch nicht gegolten hat, wie ihr wisst, haben wir über 460 Millionen an Darlehen, die wir den Krankenanstalten in Kärnten für Investitionen und für Betriebsabgänge zwischen 2001 und 2004 gegeben haben, abgeschrieben und haben damit gegenüber den Krankenanstalten auf eine Rückzahlung verzichtet. Dadurch entstehen uns Mehrausgaben, aber wir haben gleichzeitig massiv unsere Krankenanstalten um fast eine halbe Milliarde Euro zu Lasten des Herrn Finanzministers entlastet, indem wir die Lücke des Inkrafttretens des Stabilitätspaktes-alt und Stabilitätspaktes-neu erst 2006 genutzt haben, um damit abzuschreiben und unsere Spitäler um eine halbe Milliarde zu entlasten. Ich glaube, das war also eine sehr vernünftige Maßnahme! *(Beifall von der F-Fraktion)*

Wenn man das anschaut, dann haben wir auch in der Pro-Kopf-Verschuldung durchaus eine Entwicklung zu verzeichnen, die eine positive ist. Wir haben im Jahre 1999 – ich sage dieses Datum immer, damit also die ÖVP nicht in die Verlockung gerät, ihre Daten ihres Landeshauptmannes und Finanzreferenten zu bejubeln – in

**Dr. Haider**

der Phase der Übergabe von der ÖVP eine Pro-Kopf-Verschuldung von 1.918 Euro pro Kärntnerin und Kärntner geerbt. Wir sind jetzt bei einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1.140,8 Euro. Das ist also schon erheblich weniger. *(Beifall von der F-Fraktion)* Das sind immerhin um 700 Euro weniger, als das am Beginn gewesen ist. *(Lärm in der ÖVP-Fraktion. – Zwischenruf des Abg. Lutschounig.)* Lieber Kollege Lutschounig, du musst jetzt Beifall klatschen, dass wir es geschafft haben, mehr Geld in den Taschen der Kärntnerinnen und Kärntner zu belassen! *(Beifall von der F-Fraktion)*

Ich möchte auch noch ein Wort zu den Finanzschulden und zu den außerordentlichen Schulden sagen. Die Finanzschulden haben wir mit 638 Millionen, die außerordentlichen Schulden sind mit 509 Millionen im Budget ausgewiesen. *(Abg. Lutschounig: Aha! Das sind aber auch Schulden!)* Das ergibt in Summe, *(Abg. Tauschitz: 1,148!)* richtig gerechnet, Herr Vorzugsschüler, 1,148 Milliarden Euro. *(Abg. Lutschounig: Dividiert durch 550.000 Einwohner!)* Zum Vergleich mit der Phase des Herrn Zernatto: ordentliches Budget Finanzschulden und außerordentliche Schulden 1,3 Milliarden, das heißt wir liegen weit darunter. Daher muss ich sagen, *(Lärm im Hause)* haben wir in dieser Zeit die stärkste Steigerung bei den Ausgaben für Investitionen in den Krankenhäusern von 180.000 Schilling auf 85 Millionen Euro im Jahr 2005. das ist mehr als eine Milliarde. Fast 1,2 Milliarden haben wir über dieses Budget, das manche so kritisieren, als Investitionen in unser Gesundheitswesen jährlich investiert. Von 180.000 Schilling im Jahre 1993, wo man das eingeführt hat, auf 85 Millionen Euro im Jahr 2005, das heißt das LKH-neu, die Modernisierung des Gesundheitswesens kostet zwar Geld, wird im außerordentlichen Budget ausgewiesen, aber schafft auch Werte; nicht nur Arbeitsplätze kurzfristig, sondern langfristige Werte! Wer dem entgegentritt, ist gegen ein gutes funktionierendes Gesundheitswesen! *(Beifall von der F-Fraktion)*

Jetzt kann man sich das genau anschauen, bei den außerbudgetären Schulden, die da so ständig betreut werden und begutachtet werden: Wer sind die größten außerbudgetären Schuldenträger? Das ist der Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds, mit einem Anteil von 31,7 %, dann sind es die Krankenhäuser im Bereich der Investi-

tionsfinanzierung mit 41,5 % an diesem außerordentlichen Budget, und dann ist es die KABEG im Zuge des Liegenschafts- und Immobilienerwerbes, den wir hier im Landtag gemeinsam beschlossen haben, mit einem Anteil von 17,81 %. Dann kommt noch der Kärntner Wasserwirtschaftsfonds mit 5,8 %, der Kärntner Regionalfonds mit 0,98 % und der Kärntner Krankenanstaltenfonds mit 1,62 % und, ganz bescheiden dahinter, das Stadttheater mit 0,42 %.

Das heißt also, wir haben hier in diesem außerordentlichen Budget alles Ansätze, die diskutierbar sind. Wenn jemand der Meinung ist, wir hätten eine zu hohe außerbudgetäre Verschuldung, dann muss er sagen, wo er ansetzen will, das heißt, dann gibt es eben weniger Geld für die Wirtschaftsförderung, weil der KWF ist ermächtigt, jährlich 30 bis 35 Millionen Euro aufzunehmen, um wirtschaftsfördernde Maßnahmen zu machen und sichert damit rund 12.000 Arbeitsplätze jährlich in Kärnten und schafft etwa 1.200 bis 1.400 neue Arbeitsplätze. Wer das nicht will, weil er die außerbudgetäre Verschuldung reduzieren will, soll das ganz offen sagen! Wer keinen Wasserwirtschaftsfonds will, soll das sagen. Wer keinen Regionalfonds will, muss das sagen. Wer keine Krankenanstalteninvestitionen will, muss das sagen. Dann kann man das alles zurückdrehen. Oder wenn ich mir anschau, dass wir alleine im Jahre 2005 11.640 Arbeitsplätze gesichert haben und 1.249 neue Arbeitsplätze in Kärnten geschaffen haben, dann, glaube ich, wird es niemanden mehr geben, der sagt: „Die außerbudgetäre Verschuldung ist zu hoch. Wir müssen das zurückfahren.“ Dies umso mehr, als auch die Frage der außerbudgetären Verschuldung in den anderen Bundesländern auch so gehandhabt wird. Nur verstecken sie teilweise die wirklichen Schulden. Oberösterreich, zum Beispiel, habe ich mir angeschaut. In Oberösterreich werden die Schulden, die Investitionen, also die außerordentlichen Budgets, die über die Investitionshaushalte für die Krankenhäuser laufen, nur als Annuitätendienst im Budget ausgewiesen. Da wird nicht die Investition, so wie bei uns, korrekt ausgewiesen, sondern für ein Budget für Investitionszuschüsse von 1,3 Milliarden Euro im Jahr 2005 in Oberösterreich wird nur der Zinsendienst (die Tilgungsraten) ausgewiesen.

Ja, da kann ich dann leicht sagen, wir haben eine niedrige, außerbudgetäre Verschuldung. Ich



**Dr. Haider**

decke nichts zu, wie in Oberösterreich, sondern sage, wie es ist! Wenn wir Investitionen für das Gesundheitswesen, fürs Krankenhaus Neu wollen, dann können wir es auch ausweisen, dann können wir darstellen, was wir damit verfolgen. Das ist ein gewaltiger Investitionsschub für unser Bundesland! Und die Tatsache, dass wir heute eine Arbeitslosenrate unter der Österreichs haben, ist auch etwas, was damit zu tun hat, dass wir geschickt und zielgerichtet öffentliche Investitionen in die Modernisierung dieses Landes durch die außerordentliche Finanzierung (*Beifall von der F-Fraktion.*) gesteckt haben.

Und auch im heurigen Jahr zeichnet sich das wieder ab. Wir haben mit dem KWF und mit dem Konjunkturpaket, das wir auch aus Mitteln des Zukunftsfonds finanziert haben, bereits bis heute mehr als 400 neue Arbeitsplätze geschaffen! Ob das im Bereich der Investition von Holzunternehmen ist, wie Stora Enso, ob das Fremdenverkehrs- und Tourismusbetriebe, wie die Kuranstalt in Bad St. Leonhard sind, (*Abg. Lutschounig: Oder die Flattnitz!*) oder ob das das KN-Projekt in Villach ist, wo ein wirklich für uns zentrales, industrielles Forschungsprojekt gestartet worden ist, oder ob das im Industriepark St. Veit mit Geba, mit K-Wood und ähnlichen Dingen ist. Dann gelingen hier sehr, sehr viele Dinge, die man nicht gering schätzen darf und von denen auch positive Wirkungen für Beschäftigung, für Einkommen und für regionale Entwicklung ausgehen.

Wenn ich das also zusammenfasse, dann stelle ich jetzt einmal eine Vermögensbilanz dar, damit wir auch hier mit ganz nachvollziehbaren Zahlen, die aus dem Budget gewinnbar sind, die aus unseren Beilagen im Budget ableitbar sind, reden können. Die Finanzschuld des Landes beträgt 638 Millionen; dem gegenüber steht ein Eigenkapital von 1,3 Milliarden Euro, das ausgewiesen ist! Das heißt, wir haben hier im Bereich des Haushaltes eine positive Vermögensbilanz von plus 729,9 Millionen Euro. Bei den außerordentlichen Schulden netto. Wir haben außerordentliche Schulden von 510 Millionen Euro, wir haben aber gleichzeitig auf der anderen Seite ein Vermögen von 1,012 Milliarden Euro! Das ergibt einen positiven Saldo von plus 502,7 Millionen im außerordentlichen Haushalt. Und wenn man unsere Beteiligungen noch dazu rechnet – wir haben Beteiligungen Flughafen, Lakeside-Park und so weiter – und die Verbind-

lichkeiten dem gegenüberstellt, ist es auch so! Wir haben 640,9 Millionen Verbindlichkeiten in diesen Gesellschaften des Landes oder wo wir diese Beteiligungen halten und haben Beteiligungswerte, die aber nur Buchwerte sind und nicht Verkehrswerte, also die zu niedrig angesetzt sind für eine richtige Bilanz – haben Beteiligungen von 1,07 Milliarden Euro. Also auch hier eine positive Vermögensbilanz von plus 430,6 Millionen Euro, (*1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Milliarden!*) Milliarden, ja! Einen positiven Wert von plus 430,6 Millionen Euro!

Das heißt zusätzlich noch, mit der dabei nicht ausgewiesenen Beteiligung an der HYPO, die also zu aktueller Bewertung unter Einrechnung des Zukunftsfonds 1,2 Milliarden Euro ausmacht – das ist unser Anteil mit den 49,5 Prozent – können wir sagen, dass wir beim Vermögen gegenüber den Schulden einen Überhang von 2,9 Milliarden haben. Das heißt, wir haben um 162 Prozent mehr Vermögen im Land als wir Schulden haben. (*Abg. Lutschounig lacht dazu.*) Da braucht also niemand mehr davon reden, dass wir die größte Schuldenkatastrophe seit der Existenz des Landes Kärnten haben. (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Das ist deshalb wichtig auch darzustellen, weil das ja aus unseren budgetären Daten unmittelbar ableitbar ist. Würden wir eine Aufwertung bilanzmäßig vornehmen, sowie das in einer Buchhaltung, in einer Bilanz eines Unternehmens passieren würde, dann würden wir unsere Beteiligungen nicht zum Nominale dort ansetzen, sondern natürlich mit einer entsprechenden Bewertung versehen. Dann würden wir aber auch unsere Darlehen, auch unsere Forderungen die wir aus Darlehen haben, mit zum Ansatz bringen können. Das sind noch einmal 1,4 Milliarden, die wir an Forderungen besitzen, die nicht ausgewiesen werden in unserer Bilanz des Landes. Und dann würden wir natürlich auch Vermögenswerte, die das Land über die klassischen Beteiligungen hinaus besitzt noch darstellen. Das sind also etwa Straßen, Gebäude und ähnliche Dinge, die ja alle nicht bewertet werden. Dann ist also das Land sicherlich in einer recht komfortablen Situation. Aber die Kameralistik sieht das anders vor, aber immerhin haben wir einen Überhang von 2,9 Milliarden gegenüber der Gesamtverschuldung, ordentliches, außerordentliches Budget, Beteiligungen und die dort eingegangenen Verschuldungen entsprechend

**Dr. Haider**

eingenommen.

Ein letztes Wort sei noch gesagt, weil es auch in Anfragen immer wieder an mich herangetragen wird und auch in öffentlichen Erklärungen von politischen Mandataren gesagt worden ist, das ist die Geschichte: Das Land spekuliert! Wir spekulieren, hat es geheißt und das geht auch aus dem Rechnungsabschluss hervor, dass wir spekulieren, dass wir Swaps machen, genauso wie die HYPO. Und das ist ungeheuerlich und das geht nicht! Nun, ich sag dazu, wir machen natürlich Swaps. Wir machen Derivatgeschäfte, aber erst auf der Grundlage einer gesetzlichen Ermächtigung, die es seit dem Jahre 1994/1995 gibt. Der Bund macht seine Derivate für das Budget für seine öffentlichen Haushaltsfinanzierungen. Wir machen unsere Swaps nach den gegebenen Vorschriften.

Und wenn ich da lese, dass der Kollege Martinz sagt, also der Finanzreferent muss sofort wieder die Swaps zurücknehmen und aufhören zu spekulieren, dann darf ich ihn nur daran erinnern, dass wir seit dem Jahre 1996 durch einen Regierungsbeschluss, den der damalige Finanzreferent Dr. Zernatto herbeigeführt hat, diese schrecklichen Spekulationen mit Swaps machen. Vielleicht denkt die ÖVP auch in dieser Frage jetzt um, denn in Wirklichkeit ist es das Normalste von der Welt, dass wir unsere Zinsrisiken absichern. Und was Zernatto durfte, wird wohl auch Haider gestattet sein! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Ich meine also, dass wir damit ja, dass wir damit auch eine positive Bilanz anbieten können, brauch ich nicht dazusagen. Wir haben bis zur Stunde 6,1 Millionen durch diese Swaps zusätzlichen Erlös, sodass uns auch da auf der Seite nichts passiert ist. Und, man muss dem Herrn Dr. Felsner und seinem Team gratulieren, dass sie sehr seriös und sehr den Richtlinien und Aufträgen der Regierung entsprechend, unsere Finanzen steuern. *(Beifall von der F-Fraktion.)* Das war also im Eilzugtempo das, was ich gerne zum Rechnungsabschluss gesagt hätte.

Wie immer sie ihn bewerten, ich glaube, es hat sicherlich noch keinen Rechnungsabschluss gegeben, wo das Nettodefizit so drastisch reduziert worden ist und trotzdem entsprechende Investitionen getätigt worden sind. Mehr kann's immer sein, das ist keine Frage! Es gibt auch wahrscheinlich bei der SPÖ-Fraktion deshalb eine

gewisse Verärgerung, weil ich bei den Kreditübertragungen nicht alles übertragen habe, was ihre Chefin haben wollte. Aber ich sage auch dazu. Ich bitte wirklich um Verständnis. Das ist kein politischer Willkürakt.

Aber wenn man, wenn man jedes Jahr – und ich kann euch die Ziffern schon sagen – *(Abg. Zellot: So, jetzt hören wir es einmal wie es ist!)* wenn man im Jahre 03/04 14,51 Millionen Kreditübertragungen bekommt, dann heißt das, die Referentin hat das Budget, das sie vorgeplant hat, gar nicht ausgeschöpft! Sie hat zu viele Mittel gehabt! *(3. Präs. Lobnig: Zu hoch dotiert!)* Wir haben ihr das alles übertragen! Im Jahre 2004/2005 waren's bereits 20,84 Millionen Überschuss, die am Jahresende nicht verbraucht worden sind! Plus 15 Millionen, die sie an Gemeindeguthaben gehortet hat, die sie eigentlich den Gemeinden auszuzahlen gehabt hätte. *(Abg. Zellot: Ungeheuerlich! Ungeheuerlich!)* Macht in Summe 35,84 Millionen! Das heißt, gegenüber der Kreditübertragung des Vorjahres ist das eine Steigerung von 147 Prozent Kreditübertragung! *(3. Präs. Lobnig: Das gibt es in keinem Bundesland! – Abg. Ing. Scheuch: Und dann noch jammern!)* Bitte, welcher Referent in der Landesregierung hat so ein Privileg, dass er 147 Prozent seine Reserven steigern kann, weil er soviel Budget hat, dass er es gar nicht verbraucht und alles dann übertragen bekommt. *(Mehrere Einwände in der F-Fraktion.)*

Aber es kommt ja noch besser! Es kommt jetzt das Jahr 05/06, wo wir 24,8 Millionen Kreditüberschuss haben, plus 12,32 Millionen Gemeindeguthaben, *(Abg. Ing. Hueter: Ein Wahnsinn!)* die da drinnen sind. Gewünschte Kreditübertragung 37,3 Millionen. Und jetzt habe ich von diesem Gesamtkonvolut, von 37 Millionen, habe ich 12 Millionen nicht übertragen. Das heißt, sie hat für alle Projekte etwas. Es sind alle Projekte finanziert, die sie im Budget vorgesehen hat und sie hat noch einen Überschuss von etlichen Millionen, der belassen worden ist, damit wir keine Märchenstunde haben und, dass Ihnen da nicht was Anderes erzählt wird. Das wird Ihnen auch der Finanzabteilungsvorstand bestätigen. 12 Millionen sind weggenommen worden *(Einwand von Abg. Dr. Prettnner.)* und nicht übertragen worden. Und mit diesen 12 Millionen finanzieren wir den Nachtragsvorschlag, finanzieren wir die sozialen Leistungen, wie das Babygeld, die Familienleistungen, die

**Dr. Haider**

Mütterleistungen, das Schulstartgeld (*Heftig einsetzender Beifall von der F-Fraktion. – Abg. Zellot Beifall gebend: Bravo!*) und alle diese Maßnahmen.

Daher bitte ich also um Nachsicht – und ich sage das auch wirklich zu Protokoll – das ist nicht irgendeine Willkür, sondern wenn ein Referent, zum Unterschied von allen anderen, derartig hohe Kreditreste hat, die er nicht verbraucht – und das steigt jedes Jahr an – dann muss man davon ausgehen, dass einfach die Ansätze zu gut dotiert sind, und dass man gar nicht in der Lage ist, das Geld hinauszubringen. Dann tun wir es aber nicht binden dort, sondern verwendens für vernünftige Dinge, die wichtig sind, finanzieren damit bereits einen Teil unseres Nachtragsvorschlages 06, mit Leistungen zu denen eh alle Ja sagen. Zu denen alle Ja sagen, weil ich glaube, dass alle Fraktionen zu den Leistungen, die damit finanziert werden positiv stehen und Ja sagen können. Und wir haben gleichzeitig der Frau Kollegin Schaunig trotzdem die höchste Kreditübertragung aller Referenten möglich gemacht! Also, es kann sich wirklich niemand auf die Zehen getreten fühlen und ich bitte daher die SPÖ-Fraktion auch um milde Betrachtung dieser budgetären Entwicklung. Wir haben euch nicht schlecht behandelt, sondern ich glaube, sehr fair und sehr gut. (*Beifall von der F-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. KO Mag. Grilc das Wort.*)

**Abgeordneter Mag. Grilc (ÖVP):**

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe am vergangenen Donnerstag, glaube ich, ziemlich ausführlich aus dem Bericht des Landesrechnungshofes zum Abschluss des Jahres 2005 berichtet und zitiert. Ich möchte all diese Dinge und die Feststellung nicht noch einmal wiederholen, sondern darf gleich eingangs eines festhalten, dass wir uns natürlich mit diesem Zahlenmaterial in einer Klausur ausgiebig befasst haben und sehr rasch zu dem Schluss gekommen sind, dass es für uns nicht akzeptabel ist, dem Rechnungsabschluss 2005 die Zustimmung zu geben, weil einfach viele Faktoren gegen die Akzeptanz dieses Zahlenwerkes sprechen.

Ich möchte aber noch eine einleitende Bemerkung

hinzufügen. Im Anschluss an unsere Klausur habe ich auch der Presse gegenüber unseren Missmut kundgetan und möchte festhalten, wenn es auch teilweise fälschlich vielleicht drübergekommen ist: Das ist kein Vorwurf gegenüber der Abteilung! Das sage ich vor allem in Anwesenheit von Dr. Felsner, denn ich weiß sehr wohl, dass das also auseinanderzuhalten ist, die politische Verantwortung des Finanzreferenten oder der Referenten in der Regierung gegenüber den Damen und Herren in der Abteilung 4. Und ich weiß auch um das Dilemma, das dort zwischen der sachlichen Arbeit und dem Fachwissen der Beamten und dem politischen Druck und den Dienstanweisungen, die gelegentlich kommen, herrscht. Daher bitte das auch als Klarstellung vielleicht so zu akzeptieren. Wenn ich sage, Ablehnung zum Rechnungsabschluss 2005, dann ist es wirklich im Hinblick auf die politisch Verantwortlichen.

Denn viele Gründe für diese Ablehnung gibt es – ich hebe nur ein paar hervor – nachdem der Herr Landeshauptmann jetzt sehr drastisch und spektakulär beinahe von einer Zahl zur anderen hin- und hersprang, möglicherweise im Sinne der Verwirrungstaktik. (*Abg. Trettenbrein lacht laut dazu.*) Ich greife nur eine Ziffer heraus! Und diese Ziffer ist fettgedruckt im Bericht des Landesrechnungshofes nachlesbar. Es betrifft die Schulden. Und damit wir uns recht verstehen, auch dort sind budgetäre und außerbudgetäre Schulden zusammengefasst, sind in einer Ziffer zu sehen. Und die belaufen sich auf rund 1,150.000.000,-- Euro. Was der Rechnungshof auch feststellt. In einem Jahr ist damit die Verschuldung um rund 207 Millionen Euro gestiegen oder um 21,8 Prozent!

Und jetzt natürlich darf ich dem Herrn Landeshauptmann schon noch eines mit auf dem Weg hinausgeben, wenn er – wie ich weiß – zu wichtigen Verhandlungen geht. Aber die ständige Bezugnahme auf 10 zurückliegende Jahre und auf den damaligen Landeshauptmann Zernatto amüsiert mich insofern, weil, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, deine Bewegung ja angeblich Bewegung in Richtung Zukunft Österreichs heißt. Falls du wieder einmal eine neue Partei gründest, hätte ich für dich einen Namen. Die PRK – die „Politische Retrospektive Kärnten“ – damit dieses ewige Nachhinschauen sozusagen auch legitimiert wird. (*Einzelbeifall von Abg. Lutschounig.*)

**Mag. Grilc**

Spaß beiseite! Noch einmal: Wir können nicht immer von Dingen reden, die damals von den Hintergründen her anders gelagert waren! Vor allem ... (*Zwischenruf von LH Dr. Haider.*) Die Ziffer! In Ordnung! Aber dafür war das Vermögen – das du mehrfach zitiert hast – nämlich auch um ein Mehrfaches höher. Die Relation zwischen Schuld und Vermögen des Landes – da wette ich aber wirklich um alles was du willst – dass dieses Verhältnis damals ein weitaus besseres war als im Jahr 2005 oder heute Mitte 2006! (*LH Dr. Haider: Wir haben noch keinen Lakeside Park gehabt! Wir haben noch kein LKH gehabt!*) Wie auch immer! Gut! Ich beziehe mich auch über den Landesrechnungshofbericht hinaus auf diese relativ dünne Broschüre, die einige interessante Details enthält und die hoffentlich ohne Diskussionen akzeptiert werden wird, weil sie wirklich die nackten Ziffern beinhaltet. Der Landesrechnungshof hat festgestellt, dass rund ein Drittel – etwa 35 Prozent der Voranschläge bzw. der budgetierten Ziffern – sowohl in Ausgaben als auch in Einnahmen anders verwendet wurden. Da gibt es einige ganz interessante Abweichungen! Ich kann sie wirklich nur punktuell herausgreifen, denn sonst sitzen wir noch um Mitternacht hier.

Aber, mir fallen zum Beispiel bei den Abweichungen wieder einmal Rechts- und Beratungskosten auf! Wir haben darüber schon einmal diskutiert, dass die relativ hoch sind. Das waren sie auch im Jahr 2005. Sie wurden gegenüber dem Voranschlag noch einmal kräftig um 300.000,- Euro auf insgesamt 1,11 Millionen Euro erhöht. Auch hier ist es wieder ersichtlich! Was für schlechte Budgetierung einerseits und für einen fragwürdigen Vollzug andererseits steht, ist folgende Tatsache: Man hat nie berücksichtigt, dass es Überstunden geben kann. Man hat null angesetzt und findet sich am Ende des Jahres mit einem Bedarf von 1,4 Millionen Euro wieder! Oder, was noch schöner ist: Jeder Mensch, der jemals mit einem Kraftfahrzeug gefahren ist weiß, dass neben Steuer zumindest auch Kosten für Benzin, Diesel oder von mir aus Gas – oder womit immer dieses Fahrzeug betrieben wird – anfallen. Aber auch das ist aus meiner Sicht ein gravierender Fehler der Budgetierung und danach des Vollzuges: Null Euro angesetzt, Abrechnung 2005 6,9 Millionen Euro. Es hat jeder vorher gewusst, dass natürlich Spritkosten anfallen werden! Weil wir vorher in der

Aktuellen Stunde mit dem zuständigen Landesrat für Straßen große Debatten hatten – hier finde ich bei der Straßenerhaltungsherstellung: 5,2 Millionen Euro gar nicht ausgegeben! Dafür kauft er im Gegenzug Kraftfahrzeuge um 1,3 Millionen Euro mehr gegenüber dem Voranschlag! Also, so könnte man das jetzt hin und her spielen. Ich sage aber auch ganz klar dazu, dass in dieser Aufstellung – die wirklich von der Abteilung perfekt und im Detail gemacht wurde – andere „Schmankerln“ drinnen sind.

Ein Beispiel: Das Kärntendorf in Indonesien! Dahinter, das wissen wir, steckt eine Katastrophe! Und zur Zeit der Budgetierung konnte niemand erahnen, dass es notwendig sein wird, oder dass wir dort helfen wollen. Das ist klar. Also, das stelle ich nicht außer Zweifel! Ich stelle auch nicht die 390.000,- Euro außer Zweifel, die als Spendengelder für dieses Kärntendorf dort aufgewendet und eingesetzt wurden. Das ist in Ordnung! Eine humanitäre Hilfe! Was ich aber sehr wohl in Frage stelle ist die nächste Ziffer. Für das gleiche indonesische Dorf, das von Kärnten hier mit wie gesagt 390.000,- Euro finanziert wurde, lese ich: „Administrativer Aufwand mit 166.000,- Euro.“ Ich nehme an, Sie haben alle diese Ziffer gesehen und gelesen. Wenn nicht, dann rufe ich sie in Erinnerung! Weil ich glaube, humanitäre Hilfe darf nicht dazu führen, dass man daneben fragwürdige Aktionen setzt, die mit humanitärer Hilfe möglicherweise direkt nichts zu tun haben. Ich möchte hier nicht näher ins Detail gehen, um nicht unnötig eine Diskussion vom Zaun zu brechen, die dann wieder in Emotionen endet. Ich kritisiere das was den Vollzug des Budgets 2005 anlangt – auch durchaus Ansätze, die schon von allem Anfang an ordentlich waren, sehr hoch waren, wie etwa aus der Brauchtums- und Heimatpflege. Wenn es dort heißt: „Bei nicht einzeln bezeichneten Subventionsempfängern haben wir zwei Budgetpositionen, die einmal um 545.000,- Euro und das nächste Mal um 385.000,- zusätzlich erhöht ausgegeben wurden.“ Da stelle ich jetzt wirklich einmal die zwei Ziffern gegenüber.

Selbst wenn der Landeshauptmann anders rechnet, aber der ursprüngliche Ansatz für diese beiden Positionen war bei 1,5 Millionen Euro und 930.000,- Euro kamen dazu. Was es ist, wissen wir alle! (*Abg. Mag. Lesjak: Was?*) Die Wissenden nicken! Einiges davon ist in diversen Broschüren, in diversen Einschaltungen, in diversen

**Mag. Grilc**

Presseorganen untergekommen! Ob das Heimatpflege ist, wenn es rein um die Publicity für den Landeshauptmann oder einzelne Regierungsmitglieder geht, das überlasse ich Ihrem Urteil! Wir haben allerdings in den Abweichungen auch Situationen drinnen, wo von allem Anfang an eine Überdotierung erfolgt ist. Im Referat der Frau Dr. Schanig zum Beispiel blieben bei den Verpflegskosten für chronisch Kranke 7,8 Millionen Euro liegen, weil man ursprünglich so hoch angesetzt hat, dass dann eben der Bedarf – zum Glück muss man sagen – niedriger war! Aber der Vorwurf, den ich erhebe, ist wirklich jener, dass man nach den Erfahrungswerten der Vorjahre trotzdem so hoch hinaufgegangen ist, um dann sozusagen noch Reservegeld zu haben.

Es gibt dort in diesem Referatsbereich übrigens auch andere Positionen. Zum Beispiel bei Investitionsmaßnahmen wie „Darlehen an nicht einzeln bezeichnete Empfänger“, wo etwa 6,3 Millionen Euro nicht benötigt wurden, ursprünglich angesetzt waren, um damit eben mehr Flexibilität zu haben. Die Beweglichkeit der Landesgebahrung insgesamt – und auch das steht im Bericht des Landesrechnungshofes unmissverständlich drinnen – hat sich um zwei Prozent verschlechtert. Meine Damen und Herren! Wir reden beim Budget von rund 11,5 Prozent des gesamten Geldes, über das wir wirklich noch frei erlassen und verfügen können. Alles andere ist verpfändert!

Und eine letzte, wesentliche Bemerkung – noch einmal Zitat Landesrechnungshof: „Wir haben der Regierung als Landtag sehr viele Ermächtigungen und Freiheiten gegeben.“ Und ich sage zu viele, zu viele! Weil eben der Beweis in dieser Broschüre drinnen liegt. Ich glaube, die Lehre, die wir aus dem Budget 2005 bzw. aus dem Rechnungsabschluss 2005 zu ziehen haben, ist eindeutig jene: Der Landtag muss die Regierungsmitglieder – vor allem aber den Finanzreferenten und Landeshauptmann – sprichwörtlich an die Kandare nehmen! Und hier muss die Budgethochheit wieder bei uns liegen bis hin in Details des Vollzuges! Das ist also mein Resümee daraus. Wir sagen „Nein“ zum Rechnungsabschluss, wir lehnen ihn ab und werden diese Lehren für das zukünftige Budget 2007 ziehen! *(Beifall von den Fraktionen der Grünen, der ÖVP und der SPÖ.)*

*(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Dr. Kaiser das Wort.)*

Abgeordneter **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich habe so das Gefühl, dass, je höher der Verschuldungsgrad des Landes Kärnten unter dem Finanzreferenten Dr. Jörg Haider wird, um so stakkatohafter, lauter und anhaltender wird der monocolore Applaus seiner Fraktion! Das mag auch ein Gradmesser dafür sein, dass hier wirklich eine gewisse Gefahr in Verzug ist! Ich wäre nach der Rede des Herrn Landesfinanzreferenten versucht gewesen, in Richtung Landesrechnungshof und in Richtung Finanzabteilung zu schauen, um so meinem Gefühl Ausdruck zu verleihen, welche Form von Wahrheit haben wir denn? Stimmen die Warnungen im Landesrechnungshofbericht, den wir alle zur Kenntnis genommen haben, der im Wesentlichen sehr viel an Unzulänglichkeiten aufgezeigt hat? Stimmen die Befürchtungen, die auch aus Finanzabteilungen, die aus der gesamten Finanzpolitik, die von Experten formuliert werden, dass die Situation des Landes Kärnten bei weitem nicht so rosig wie dargestellt ist? Alle diese Fragen sind offene Fragen, die es wert sind, bei einem Rechnungsabschluss diskutiert zu werden! Ich habe bereits gesagt – und jetzt zitiere ich Tauschitz, der Kaiser zitierte – dass ein Budget in Zahlen gegessene Politik ist! Und, dass ein Budgetvollzug ein Zeugnis über die Wirtschaftlichkeit, Sachmäßigkeit und Zweckmäßigkeit ist.

Die Aufforderungen und Anforderungen, die die SPÖ bei ihrer Zustimmung zum Budget mit viel Wenn und Aber gegeben hat war, dass das Budget sehr strikt beschäftigungspolitische Impulse auszuweisen hat, dass es die Infrastruktur des Landes verbessern soll, dass es die sozialen Grundbedürfnisse der Kärntner Bevölkerung – wir haben heute in der Aktuellen Stunde darüber diskutiert – abzusichern hat! Und, dass es vor allem bildungswirksam, bildungspolitisch wirksam zu sein hat, um damit die Zukunft der Jugend dieses Landes und damit auch der Wirtschaft dieses Landes sicherzustellen! Wir haben gefordert und haben das auch in unseren Budgetreden angekündigt, dass ein sozial gerechtes Wirtschaften unter der Prämisse der Sparsamkeit die Voraussetzung für uns ist, dass dieses

**Mag. Dr. Kaiser**

Budget auch in dem von uns geplanten Sinne wirksam wird.

Das ist, meine Damen und Herren, unzureichend passiert! Die SPÖ wird daher diesem Rechnungsabschluss nicht die Zustimmung geben! Die Hauptbegründung, die von allen meinen Kolleginnen und Kollegen noch für die einzelnen Schwerpunkte gebracht wird, möchte ich nur ganz kurz zusammenfassen. Der Kollege Grilc hat das gesagt. Ich unterstreiche diese Zahl ein weiteres Mal! 35 Prozent aller budgetwirksamen Voranschlagssätze waren falsch dotiert, mussten nachhaltigst geändert werden! (*Zwischenruf von Abg. Dipl.-Ing. Gallo.*) Die SPÖ wird in diesen zahlreichen Beispielen auch nachweisen, dass der Landeshauptmann und Finanzreferent eher den Spitznamen „Jörg mit der lockeren Hand“ verdient, als einer – wie er sich selbst dargestellt hat – der Kärnten zu neuen und lichten budgetären Höhen führt. (*Den Vorsitz übernimmt um 21.26 Uhr 2. Präs. Ferlitsch.*)

Wir haben wirklich bemerkt, dass in diesem Budgetvollzug vieles ganz einfach schlecht gemacht worden ist. Das Steckenpferd zu Lasten der Steuerzahlenden scheint die Eigenwerbung oder Eigenbewerbung zu sein, die unter dem kaschierenden Titel „Information und Dokumentation“ ausgewiesene 373.000,- Euro Überschreitung gehabt hat – fünf Millionen alte österreichische Schillinge! Und die sind ein in Zahlen gegossenes Zeugnis dafür, dass beispielsweise politische Maßnahmen – wie immer man sie bewerten will – wie die Mütterpension, die pro Person 150,- Euro zur Auszahlung gebracht hat, allein im Monat Dezember mit insgesamt 60.000,- Euro beworben werden musste. Also, da sind Asymmetrien in einer budgetären Vollziehung, die ganz einfach aufgezeigt gehören!

Wesentlich und vielleicht eine der wenigen positiven Aspekte dieses Rechnungsvollzuges, dieses Rechnungsabschlusses ist, dass das Geheimnis der Identität der Freunde der Seebühne gelüftet wurde. Um den stolzen Preis von insgesamt 638.000,- Euro wurden die Kärntner Steuerzahler – ich wäre fast versucht zu sagen in Abwesenheit und Unkenntnis – als diese Freunde der Seebühne identifiziert. Denn sie haben dafür geblecht, gezahlt! (*Zwischenruf von Abg. Dipl.-Ing. Gallo.*) Dass die Repräsentationen um 50 Prozent oder 200.000,- Euro überzogen worden sind ist, glaube ich, genau so klar, Herr Abgeordneter Gallo, wie die Tatsache, dass erst auf

SPÖ-Anfrage hin die Verbindlichkeiten gegenüber der HYPO nachgebracht und nachgereicht werden mussten. Brauchtumsüberschreitungen wurden bereits genannt. Insgesamt ist mir klar, dass die budgetäre Situation nicht so rosig darzustellen ist, wie es der Herr Landeshauptmann gemacht hat! Und ich möchte das jetzt, auf seine Rede replizierend, in ein paar Punkten auch eingehend betrachten:

Also, ganz nett habe ich den Vergleich gefunden – scheinbar will er damit der SPÖ etwas erklären – dass das Land eigentlich weniger hohe Verschuldungen hat als der Bund. Das ist so! Soll er sich mit Grasser einmal ausdeutschen, wer der Bessere oder Schlechtere ist! Faktum ist, dass die SPÖ weder auf Bundesebene noch auf Landesebene einem Rechnungsabschluss die Zustimmung geben wird! Und es mögen sich die beiden Finanzverantwortlichen darüber streiten, wer der weniger Schlechte oder weniger Bessere ist. Das ist etwas, was uns weniger interessiert! (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Bawag!*) Dass die Finanzschuld des Landes in der Ära Haider oder Zernatto nicht am höchsten war, auch in diesen Streit will ich mich nicht unbedingt einmischen! Was für mich jedoch klar ist, ist, dass die Vermögenswerte des Landes damals noch in entsprechendem Ausmaß vorhanden waren. Heute sind sie in dem Ausmaß schlichtweg einfach nicht mehr vorhanden! Das heißt, hier haben wir da eine objektive Veränderung! Und wenn der Herr Landesfinanzreferent meint, dass wir insgesamt einen Überhang von 2,9 Milliarden Euro in Werten haben, dann mag das bilanzbuchmäßig stimmen! Aber, meine Damen und Herren, wer von Ihnen hat denn in einer Situation, wo es notwendig wird probiert, solche Werte zu Geld zu machen? Oder noch anders gefragt: Was bedeutet das denn für ein Land, wenn es die Werte – für die es ja eigentlich eine Landesregierung, eine Landesverwaltung, einen Landtag hat – zu veräußern hat? Haben Sie darüber schon einmal nachgedacht? Also ist diese Sache für mich eine, die man nicht so einfach darstellen kann! Und das Ganze geht eigentlich von Schritt zu Schritt immer wieder weiter und weiter.

Letzter Punkt, um das auch einmal bei der Kollegin Schaubig darzustellen! Hier wurde gesagt, dass ihr 12 Millionen Kredite ganz einfach weggenommen wurden, weil sie sie schon wieder übertragen hat. (*Abg. Trettenbrein: 37 Millionen, nicht 12 Millionen!*) Faktum war, dass es um

**Mag. Dr. Kaiser**

eine Tagsatzerhöhung der Schwerbehinderten gegangen ist, die budgetiert werden musste, die aber nicht mit der endgültigen Summe ausgewiesen werden konnte, weil die dafür notwendige Einsicht in die Bilanzen durch die Trägervereine nicht gewährt wurde. Das ist schlicht und einfach die Situation und Wahrheit gewesen! Und, dass diese 12 Millionen, lieber Abgeordneter Trettenbrein, noch dazu Pflichtausgaben sind – daher sowieso wieder vom Land Kärnten zu dotieren sein werden – sei nur der Form halber festgehalten!

Damit bricht aber die Argumentation des Landeshauptmannes, bereits rechtzeitig für den nächsten Nachtragsvoranschlag vorgesorgt zu haben, in sich selbst zusammen.

Summa summarum, noch einmal: Ich glaube, dass der Budgetvollzug als solcher äußerst mangelhaft ist, dass er, wie gesagt, zu einem hohen Ausmaß nicht dem entspricht, was das Budget vorgehabt hat. Die SPÖ wird daher aus ihrer Sicht diesem Rechnungsabschluss – trotz der an uns appellierten Milde des Landeshauptmannes – nicht zustimmen. Ich hoffe, dass er, was er vielleicht gemacht hätte, in seiner heutigen Darstellungsform, Besserung gelobt. Dann wird es vielleicht die Chance geben, dass in absehbarer Zeit seitens der SPÖ wieder einmal einem Rechnungsabschluss zugestimmt werden kann. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

*(Der Vorsitzende erteilt Abg. Schlagholz das Wort.)*

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Ich stelle einmal vorweg fest, dass dieser Rechnungsabschluss in der Regierung nicht genehmigt worden ist, sondern dass er als Zahlenkonvolut an den Landtag weitergeleitet worden ist. Das heißt, dass es schon in der Regierung keine Mehrheit für diesen Rechnungsabschluss gegeben hat.

Ich möchte aber vorweg auch an die Beamten der Abteilungen herzlichen und auch an den Vorsitzenden des Budgetausschusses Dank sagen, dass das Konvolut an Fragen, das wir bei den beiden Sitzungen, die stattgefunden haben und sich mit dem Rechnungsabschluss beschäftigten, relativ rasch und äußerst umfangreich

beantwortet worden sind. In diesem Dank ist auch die Hoffnung enthalten, dass wir nicht im nächsten Jahr den Vorwurf erhalten, für Kostensteigerungen bei den Überstunden mit unseren Anfragen gesorgt zu haben.

Geschätzte Damen und Herren! „Qualität vor Panik“ war unser Argument und unsere Begründung, zu sagen: Wir wollen den Rechnungsabschluss uns dezidiert und genauer anschauen. Vom Dienstag, als wir den Rest der Fragenbeantwortung erhalten haben zum Donnerstag lagen, wie gesagt, die zwei Tage. Wenn wir im Vorjahr einige Monate dazu verwendet haben, um durch alle Ausschüsse das Budget zu analysieren, zu betrachten und, wo gegeben, auch Änderungsvorschläge zu erstatten, dann ist es, glaube ich, legitim zu sagen: Für einen Rechnungsabschluss werden wir halt einige Tage länger uns die Dinge, vor allem die Fülle der Beantwortungen genauer anschauen müssen. Und das haben wir letztendlich auch so gehalten.

Wenn der Herr Abgeordnete Ebner am vergangenen Donnerstag bei seinen Betrachtungen zum Rechnungshofbericht meinte: „Wir sind dabei, einen Skandal zu konstruieren.“, dann wird er heute schon bei der ersten und bei den folgenden Wortmeldungen zur Kenntnis nehmen müssen, dass das weit, weit gefehlt ist, sondern dass wir nichts anderes wollen als eine konstruktive Auseinandersetzung und eine Darstellung dessen, was als Budget einst beschlossen worden ist und was letztendlich dann auch vollzogen worden ist. Das sind halt zwei Paar Schuhe. Das möchten wir schon auch dazusagen. Ich möchte auch sagen, ich habe schon einmal bei der Betrachtung eines Rechnungsabschlusses gesagt, dass es also ein gewisses Maß an Zurückhaltung und Bescheidenheit ganz einfach auch geben muss. Wenn wir hier im Landtag begründet mit Mehrheit Abgabenerhöhungen für die Wirtschaft, für den Tourismus usw. beschließen – zu dem wir uns bekennen, weil es ja notwendig war -, und auf der anderen Seite wird mit den Mitteln des Landeshaushaltes in vielen Bereichen relativ freizügig und großzügig umgegangen. Hier ist eine große Kluft an Verständnis, das man einfach nicht haben kann. Vor allem auch hinter dem Wissen, dass sich die Finanzreserven – und ich spreche hier von den Finanzreserven und nicht von den vom Herrn Landeshauptmann angesprochenen Vermögen – in Richtung null gehen. Ich spreche davon, dass der Finanzschul-

## Schlagholz

dendienst bereits 114 Millionen Euro im Jahr ausmacht, dass der Zinsendienst 21 Millionen ausmacht und die Verschuldung, wie gesagt, mittlerweile 1,148 Milliarden Euro beträgt.

Daher ist es notwendig, wenn wir richtigerweise von Strukturreformen reden, dann muss das auch im Detail irgendwann einmal und auch Vorbild wirkend Platz greifen. Weil dann kann es nicht sein, dass Ankündigung und Realität auseinander klaffen. Es sind die zwei Beträge schon genannt worden. Ich erwähne sie noch einmal, um sie ein bisserl zu manifestieren. Im Bereich der Repräsentationen hat es eine Steigerung von 195.000 auf 464.000 Euro gegeben; im Bereich des Voranschlags "Information-Dokumentation" um 373.000 auf 490.000. Das sind ja über 100 Prozent Steigerungen, geschätzte Damen und Herren! Da kann man nicht einfach mir nichts, dir nichts zur Tagesordnung übergehen und so tun, als ob alles eitel Wonne wäre, geschätzte Damen und Herren! Das wissen wir, diese Zahlen sind uns bekannt und waren uns auch beim Budgetbeschluss bekannt, aber wenn man weiß, dass der Schuldenzuwachs über 200 Millionen sein wird, dann sind die Alarmglocken ganz einfach wahrzunehmen! Wenn wir Haftungen haben, von nahezu 1,5 Milliarden Euro, wenn man weiß, dass unser freier Spielraum mittlerweile schon auf unter 300.000 Euro gesunken ist (sprich der Ermessensbereich im Budget) dann muss man halt irgendwann einmal auch eine Vorbildwirkung erkennen. Und die kann ich in diesem Budgetvollzug nicht erkennen! Ich habe das schon im letzten Jahr bekrittelt. Es wird wieder ausgegeben, als hätten wir Geld in Hülle und Fülle. Das ist ganz einfach nicht der Fall. Wenn der Herr Gallo – er ist jetzt nicht da, das macht aber nichts – und auch der Herr Landeshauptmann im Ansatz durchklingen hat lassen, dass es sich hier um den so genannten besten Rechnungsabschluss handelt, der dem Haus seit vielen, vielen Jahren und ich glaube, seit ewigen Zeiten vorgelegt worden ist, dann muss man auch dazusagen: Warum ist die Nettoneuverschuldung 51 Millionen Euro? Ich habe mir nur erwartet, dass irgendjemand hergeht und sagt, warum ein bisserl mehr an Krediten aufgenommen wurde, als wir sie letztendlich gebraucht haben – so ist jetzt ist der Eindruck entstanden -, dass wir das, was wir mehr aufgenommen haben, nicht zahlen müssten. Das ist ein Irrtum! Diese zwölf Millionen, die an Darlehen mehr aufge-

nommen worden sind, als wir gebraucht haben, müssen wir ja bezahlen. Wenn wir die jetzt auch noch abziehen, das ist der so genannte Kassenüberschuss, dann hätten wir „nur“ 39 Millionen Nettoneuverschuldung. Das ist aber nicht der Fall.

Wir müssen auch wissen: Wie kommt es zu dieser Zahl? Da gibt so genannte besondere Einnahmen, Einmaleinnahmen, Rücklagenentnahmen 14,3 Millionen – die größten Brocken sage ich nur – oder den Verkauf des LKH Klagenfurt an die KABEG in der ersten Tranche mit 91 Millionen Euro. Das sind halt Einnahmen, die zu Buche schlagen, die so genannte Einmaleinnahmen sind. Daher sind sie völlig anders zu betrachten, im Zuge einer Nettoneuverschuldung, als das bei so genannten laufenden Einnahmen der Fall wäre; die es ja nicht gibt.

Man muss aber auch darüber nachdenken – und das ist schon ansatzweise gefallen; ich teile zwar nicht gänzlich die Meinung des Herrn Abgeordneten Grilc, dass man quasi dem Finanzreferenten die Regierung gänzlich entmachtet und alles in das Hohe Haus zieht – bei bereinigten Kreditübertragungen, ich ziehe den Nachlass der Darlehen der KABEG in die Berechnung nicht mit ein, handelt es sich um über 72 Millionen Euro. Das ist eine eklatante Höhe! Bei so einer Höhe ist es schon verlockend, nachzudenken – und das werden wir auch tun -, inwieweit es sinnvoll ist, doch der Empfehlung des Rechnungshofes nachzukommen, diese Kreditübertragung als Instrument des Landtages (sprich: die Budgethoheit haben ja wir), dass wir das an uns hereinziehen. Das ist schon eine Frage! Da denke ich jetzt gar nicht einmal so an diese zwölf Millionen der Sozialabteilung, die ich auch noch einmal gesondert betrachten möchte. Da muss man auch wissen: In diesen zwölf Millionen sind ja auch einige Sozialprojekte, die ja im Vorjahr beschlossen worden sind, die mit Darlehen bedeckt werden, aber die nur noch nicht umgesetzt worden sind. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Da gibt es das Bundesauftragsgesetzverfahren, das zu Verzögerungen führt, da gibt es die Projektbetreiber, die mit ihren Projekt halt nicht ganz so zu Recht gekommen sind, wie wir uns das vorstellen. Aber diese Mittel werden heuer gebraucht werden. Daher, haben wir gesagt, ist diese Sperre nicht angebracht, geschätzte Damen und Herren! Das ganz nebenbei.



## Schlagholz

Wenn ich schon davon gesprochen habe, dass zwischen dem, was angekündigt wird und dem, was gemacht wird und dass zwischen Bescheidenheit und Budgetvollzug Welten sind, dann muss man halt die Dinge auch im Detail nehmen. Da möchte ich schon ansprechen: Wenn eine Steuerreform als größte Steuersenkung der Republik beworben wird und dafür 49.000 Euro in Kärnten verbraucht werden, dann fehlt uns hierfür jegliches Verständnis. Noch dazu muss man wissen, dass diese Bundessteuerreform mehr als 2,5 Millionen Einkommensbeziehern 0,0 Erfolge gebracht hat. Für das hat das Land Kärnten – für mich völlig unklar – 49.000 Euro investiert!

Tourismuspfeiler sind einige durchgeführt worden, und das bei stagnierenden Zahlen im Fremdenverkehr. Wir haben 70.000 Euro in Summe verbraucht. Nicht in diesen Beträgen inkludiert sind alle jene Beträge, die über den Repräsentationsbereich auch noch für dieselben Aufgaben verwendet worden sind. Ich spreche rein nur von dem Voranschlagsansatz „Information und Dokumentation“. Gar nicht verständlich ist, und es sind halt auch diese „kleinen Beträge“, die man betrachten muss. Was veranlasst das Land Kärnten, im „Klosterneuburger Bezirksjournal“ um 12.600 Euro zu inserieren: „Kärnten kann’s“? Das wird einen Klosterneuburger jetzt nicht bewegen, und uns bewegt es auch nicht. Das Geld könnten wir im Land für andere Dinge verwenden.

Was bewegt das Land Kärnten, zu inserieren: „Kärnten bekommt eine eigene Fluglinie“ – wenn wir gerade eine Bruchlandung mitgemacht haben, geschätzte Damen und Herren! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*) Ich will das Ganze nicht ins Lächerliche ziehen, aber es ist ja fast absurd. Da gibt es den „Adventkalender“, und im Rahmen dieser Aktion, die geschaffen ist, gibt es den „Brief ans Christkind“. Der Brief kostet 10.700 Euro. Das ist ein Inserat, geschätzte Damen und Herren, das muss ein unendlicher Brief gewesen sein, weil so viele Wünsche gehen da gar nicht hinauf, dass wir dafür 10.700 Euro ausgeben.

Unser Klubobmann hat schon angesprochen: Die Bewerbung für die Mütterpension, geschätzte Damen und Herren, hat so viel Geld gekostet, dass wir damit noch einmal 386 Müttern in Kärnten 150 Euro geben hätten können. Jetzt

bewerte ich diese Aktion gar nicht, ich bewerte sie gar nicht – aber diese enormen Bewerbungskosten sind schon etwas, was zu hinterfragen sind und die eigentlich gar nicht hinterfragbar sind, weil sie einfach nicht verstanden werden können. Ich sage es Ihnen, und das alles zu Lasten folgender Positionen: zu Lasten Fremdenverkehrsinnovation und wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Das sind viele, viele Gelder, geschätzte Damen und Herren, stelle man sich vor, wie viele klein- und mittelständische Unternehmen sich in Kärnten freuen täten, hätten wir mit dem noch eine zusätzliche Offensive in ihren Bereichen für Besitzfestigung, für Ortsplatzinitiativen und so weiter gestartet. Da wäre das Geld viel, viel besser angelegt gewesen als in diesen Bereichen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Weil ich das immer wieder auch ein bisserl so bezeichne als „fast grenzenlose Maßlosigkeit“ – und das steckt wirklich dahinter – und auch eine gewisse so genannte launenhafte Spontanität. Die will ich jetzt an zwei, drei Beispielen noch herausmachen: Da gibt es die Ladieslounge. Mir kann keiner erklären, was das ist. Wirklich wahr, heute! Ich kann das umdeutschen, ist mir völlig klar. Einmal sind es 9.200, die für das aufgewendet worden sind, einmal 7.000. Offensichtlich ist das Frauenreferat in anderen Händen. Jetzt muss man dort irgendetwas machen, was öffentlichkeitswirksam ist. Einmal kommt die Frau Minister Gastinger, dann ist wieder die Frau Riess-Passer da, aber in Summe sind das auch wieder an die 50.000 Euro, geschätzte Damen und Herren. Die Referatsübergabe Kultur von Haider an Strutz kostet auch immerhin an Repräsentation 4.300 Euro. Ein an und für sich kleiner Betrag waren die Eintrittskarten für die Redoute in Höhe von 1.300 Euro, da empfehle ich doch, solche Ausgaben in den Bereich der Dispo-Mittel zu verlagern, weil die Dispo-Mittel brauchen wir nicht offen legen. Da müssen wir die Summe bekannt geben, aber im Einzelnen brauchen wir nichts, weil es Mittel des Organwalters sind. Daher brauchen wir sie in keinen Bericht hineinzuschreiben. Es ist viel gescheiter, weil es ist ja fast peinlich, solche Ausgaben – ein Tausender – dorthin zu verlagern, geschätzte Damen und Herren! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion. – Abg. Lutschounig: Aber, wenn sie schon weg sind, Hans-Peter, weißt eh!*) Na ja?

Ich spreche über das Budget 2005, der Peter war sicherlich nicht bei der Redoute und wenn, zahlt

## Schlagholz

er sich den Eintritt ja selbst. Dazu ist er mit Gewissheit in der Lage. Aber ich möchte schon bei „Jubiläen und Veranstaltungen“ auf einen Punkt hinweisen. Für zwei Ortstafel-Aufstellaktionen, damit der Herr Bundeskanzler und der Herr Landeshauptmann medial gut in Erscheinung treten – dann war eh wieder ein Jahr lang tote Hose um die Ortstafeln -, hat es in Windisch-Bleiberg und für Neuhaus 8.000 Euro gegeben, für diese beiden Sachen, damit diese medial gut inszeniert wurden, mit all den Begleiterscheinungen. Wie gesagt, wieder nicht dabei ist jener repräsentative Teil, den man noch für die Bewirtungen brauchte.

Für die Informationsveranstaltungen zu der Ortstafelfrage, die ich für sinnvoll halte (15 an der Zahl) hat man in Wahrheit dann wieder eigentlich bescheidene 8.500 Euro gebraucht. Ich will das nur in Relation stellen. Das Eine zum Anderen. Das Eine hat einen relativ hohen Werbeeffekt gehabt, für zwei, drei Leute – das Andere hat ein bisschen weniger. Daher tut man unterschiedlich werten. Wenn ich schon bei der launenhaften Spontaneität war, dann will ich das an drei Dingen festmachen. Da gibt es einen Männergesangsverein – und da muss man zuhören! -, der kriegt für das 55-Jahr-Jubiläum 5.000 Euro. Derselbe Männergesangsverein kriegt im gleichen Jahr für die 80-Jahr-Feier 750 Euro. (*Heiterkeit beim Abg. Lutschounig*)

Man höre, gelt! (*Zwischenruf aus der F-Fraktion.*) Nein, nein! Derselbe MGV, ich nenne ihn nicht, ich zeige Ihnen die Unterlagen – da ist es – (*Es herrscht Unruhe und Unaufmerksamkeit im Hause.*) kriegt fürs 55-jährige Bestandsjubiläum 5.000,-. Derselbige kriegt für ein 80-jähriges Bestandsjubiläum 750,- Euro. Da will ich gar nicht mehr sagen. Der Andere kriegt für eine 75-Jahr-Feier 1.500,- Euro; der Nächste kriegt für eine 90-Jahr-Feier 1.000,- Euro. Der Andere für eine 170-jährige Feier, das ist eine Blaskapelle, kriegt wieder 2.000,- Euro. Da gibt jeder nach Lust und Laune und nach Wetter wird da Geld vergeben. Da könnte man sich durchaus vorstellen, ein bisschen zumindestens, selbstdisziplinierende Richtlinien. Da wollen wir gar nicht hineinpfuschen, dass man sagt, wir verlangen Richtlinien in diesem Bereich, ist zumindest meine Meinung. Aber das wäre eine Vorbildwirkung, wenn man sagen könnte, wie viel kriegt einer in etwa bei einem 40-jährigem Jubiläum und der Andere bei einem 100-jährigem Jubiläum.

um. Das wäre auch klass.

Das heißt – und das möchte ich auch noch in Richtung ÖVP schon auch noch sagen – weil die Dinge, wenn man sie sich anschaut, sollte man sie genauer anschauen und nicht nur immer von einer Seite. Ich frage mich schon; in der landwirtschaftlichen Regionalförderung haben wir 1,9 Millionen Euro drinnen. 1 Million brauchen wir für die Milchhygiene. Völlig richtig dieser Beitrag, außer Streit, stehe ich voll dahinter! Aber von den restlichen 900.000,- Euro wird mehr als ein Drittel für Öffentlichkeitsarbeit verbraucht. Daher hat man, nehme ich an, auch heute im Bereich „Öffentlichkeitsarbeit“, Inserate usw., da war der Herr Grilc ein bisschen zurückhaltend. Weil einer, der sich sehr gerne auch selbst darstellt – und ich habe es schon genannt – einmal mit jedem Fleischprodukt, mit jedem Biomarktprodukt sich gerne vermarktet, ist ja der Herr Agrarreferent. Soviel dazu!

Und wenn heute ... der Rechnungshof hat zu Recht – und das zieht sich schon seit Jahren durch – eine Strukturreform des Landeshaushaltes gefordert. Und das wird halt nicht stattfinden, geschätzte Damen und Herren, wenn wer eine Rechnung aufstellt, wie viel haben wir Schulden und wie viel haben wir Vermögen. Ich frage Sie: Wer bezahlt die Schulden? Bezahlen wir sie mit dem Vermögen oder mit den Einnahmen eines laufenden Budgets? Wir können nicht alles flüssig machen was an Vermögen da ist! Es ist ja gar nicht alles veräußerbar, geschätzte Damen und Herren! Und es wäre auch völlig sinnlos. Und wir können auch nicht alles mehrmals verkaufen, geschätzte Damen und Herren! Wir können die Krankenhäuser nur einmal an die KABEG verkaufen. Ich weiß nicht, wann der nächste Schritt kommt. Vielleicht verkaufts die KABEG an die LIG. Und wer bleibt denn zwischendrin als Zahler immer übrig? (*Unruhe im Hause.*) Weil diese 90,8 Millionen – und das muss man auch wissen – die sind ja dann wieder bei der Abgangsdeckung voll als unser Beitrag mit dabei! Weil dieses Darlehen, das der KABEG zur Aufnahme gewährt wird, damit sie uns ein Geld buchhalterisch gibt, das zahlen wir dann unten wieder! Daher muss man diese, sage ich Ihnen, Schuldenentwicklung des Landes und die Vermögensbetrachtung unter einem völlig anderen Licht sehen.

Ich weiß schon, wir haben viel, viel mehr Ver-

## Schlagholz

mögen als wir Schulden haben. Aber wir können dieses Vermögen ja nicht gänzlich einsetzen, weil dann stimmt ja die Rechnung des Landeshauptmannes gegenüber dem Herrn Zernatto ja auch nicht. Ich muss mir um den keinen Kopf zerbrechen, aber zum damaligen Zeitpunkt waren unsere Vermögensstände ja noch viel höher als diese Schulden da waren. Daher, und auch damals hat die Rechnung nicht gestimmt, und sie stimmt auch heute nicht. Das heißt, wir müssen schauen mit einer Strukturreform, den Schuldenzuwachs in den Griff zu bekommen. Und zwar nicht ständig durch ein bisschen Makulatur, indem wir Einmaleinnahmen lukrieren und diese dann positiv darstellen, weil das ist ja auch eine Geschichte, die einen Tag hat, wo sie endet. Und dieser Tag ist nicht mehr weit weg, geschätzte Damen und Herren! Daher, zum Schluss: Budget und Vollzug sind nicht im Einklang. Daher hat unser Klubobmann schon das Richtige gesagt! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

*(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Cernic das Wort.)*

Abgeordnete **Mag. Cernic** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich müsste ich ja jetzt diese ganz hervorragende Rede zum Rechnungsabschluss von meinem Kollegen Hans-Peter Schlagholz einfach stehen lassen. Ich möchte ein paar, ein paar ... ich werde mich ganz kurz halten, ja, ich verspreche, ich werde mich ganz kurz halten. *(Abg. Trettenbrein: Danke! Super!)* Aber, nachdem der Rechnungsabschluss im Speziellen im Bereich, in meinem ureigensten Bereich, nämlich dem Kulturbereich, so viele Schmäckerln beinhaltet, von denen der Hans-Peter ja erst einige zum Besten gegeben hat, möchte ich da noch einige hinzufügen, die auch nicht wirklich alle so lustig sind, weil sie zum Teil auch auf die chaotischen Verhältnisse, die hier in diesem Bereich herrschen hinweisen. Ganz besonders im Bereich der Kulturabteilung selbst, wo offensichtlich ein doch sehr veritables Führungsproblem besteht.

In diesem Fall weise ich insbesondere auf die Voranschläge im Rechnungsabschluss hin, die sich mit den Landesvoranschlag und mit dem Vergleich Landesvoranschlag/Rechnungsabschluss im Bereich der bildenden Künste und im

Bereich des Voranschlages „Sammlungen Kärnten“ beschäftigen. Hier haben wir zum Beispiel für den Ankauf von Kunstwerken 33.600,- Euro budgetiert, davon ausgegeben wurden aber nur 9.850,- Euro! Im Voranschlag „Sammlungen Kärnten“ – das ist also das Museum Moderner Kunst – wurden für den Ankauf von Kunstwerken 55.400,- Euro budgetiert; ausgegeben wurden jedoch nur 5.000,- Euro, womit wir gleich bei der Problematik der Galerieförderung sind, die dankenswerterweise vor einigen Tagen von der Kleinen Zeitung aufgegriffen wurde. *(Es herrscht Unruhe im Hause.)* Es gibt nämlich vom Bund eine Galerieförderung für die Länder in der Höhe von 36.500,- Euro, die aber nur dann schlagend wird, wenn sie bis zum 31. März des Folgejahres abgerechnet ist, ansonsten verfällt sie. Obwohl wir also die ausreichende Summe von 55.400,- Euro budgetiert hatten, ist der Kulturabteilung und ihrer Leiterin das Kunststück gelungen, die Ankäufe nicht zeitgerecht über die Bühne zu bringen und damit 36.500,- Euro des Bundes einfach zu verlieren, einfach in den Sand zu setzen!

Pikanterweise hat's dazu eine interessante Pressekonzferenz des Herrn Kulturreferenten Strutz gegeben, bei der er wortreich erklärt hat, dass er sich jetzt massiv – und er hat das auch getan, bei der Eröffnung des Carinthischen Sommers – an den Herrn Staatssekretär Morak wenden wird, und ihn wirklich auffordern wird, dass der Bund Mittel zur Verfügung stellt. Also auf der einen Seite diese Aufforderung, diese massive, auf der anderen Seite ein totales Chaos bei der Führung der Kulturabteilung, das dazu führt, dass zur Verfügung gestellte Bundesmittel nicht einmal rechtzeitig abgerechnet werden und damit verfallen. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Und bei der Seebühne haben sie sich rechtzeitig eingesetzt und das ist auch nicht Recht! ...)* Das ist also wirklich nur ein kleiner Hinweis neben vielen anderen darauf, was sich hier in diesem Bereich an Unzulänglichkeiten und an chaotischer Vorgangsweise abspielt.

Überhaupt darf ich Ihnen sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist das Museum Moderner Kunst ein Ort, dessen Verwaltung, dessen Organisation immer wieder anregt zu zusätzlichen Bemerkungen. Nicht nur deshalb, weil man mittlerweile sogar den dort angebrachten Monitor orange umgefärbelt hat. Und hier möchte ich mich bei den Vorrednern anschließen, die sich

**Mag. Cernic**

erlauben, darauf hinzuweisen, dass man durch die ständigen Wechsel der Farben Ihrer Fraktion zusätzliche Kosten im Land hat, weil zuerst 1999 mußte man alles langsam auf blau umfärbeln, und nachdem man die Kosten für die Umfärbelung sämtlicher Layouts und Corporate Identities, und was weiß ich, auf blau hinter sich hatte und auch durch öffentliche Steuermittel finanziert hatte, (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ist aber echt spannend, was Sie da erzählen!*) kam die Wandlung nach orange. Und jetzt braucht man noch einmal dieselbe Summe, um alles wieder auf orange umzufärbeln! Und ich hoffe sehr, meine sehr geehrten Damen und Herren vom BZÖ, dass Sie jetzt die Farbe beibehalten werden, weil ich weiß nicht, wie oft sich ein Monitor im Museum Moderner Kunst umspritzen lässt. Jetzt wird's nämlich dann langsam teuer, weil möglicherweise muss man ihn jetzt dann abbeizen, bevor man ihn noch einmal neu umspritzen kann.

Hinweisen möchte ich - und damit möchte ich auch begründen, das haben zum Teil die Vorredner schon getan - begründen, warum es tatsächlich so ist, dass man zwar dem Voranschlag zustimmen kann, dem Rechnungsabschluss aber nicht. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo lacht laut dazu.*) Das kommt nämlich dann, wenn die Summen die im Rechnungsabschluss angegeben sind, über weite Strecken gar nichts zu tun haben mit dem, was im Voranschlag budgetiert und auch beschlossen wurde. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Aber gegenseitig deckungsfähig ...*) Das ist nicht nur im Bereich „Brauchtum und Heimatpflege“ der Fall, das ist zum Beispiel auch der Fall bei der Position „Veranstaltungen der Kulturabteilung“. Diese Position hat sich verdoppelt auf 275.000,- Euro! Das ist aber nicht das, was die Kulturabteilung für Veranstaltungsorganisation aufwendet, sondern das ist nur das in diesem Voranschlag festgelegte. Tatsächlich kommen also da noch dazu 420.500,- Euro für die Organisation der Veranstaltung des Kärntner Heimatherbstes, es kommen dazu noch zusätzliche Kosten für den Kärntner Advent von 45.500,- Euro; Organisationsaufwand für die Kärnten Galerie, Organisationsaufwand für den Art-Deco-Preis und so weiter, und so weiter, sodass sich insgesamt, wenn man alle Positionen im Kulturbereich durchgeht, doch etwa insgesamt 1,2 Millionen Euro ergeben, die die Kulturabteilung bewirtschaftet, die ausschließlich für Veranstaltungen

und Organisationsaufwand ausgegeben werden. Ich möchte schon daran erinnern, dass das immerhin 16,8 Millionen Schilling sind, weil in der alten Währung ist uns die Dimension dann etwas bewusster.

Wir haben also ganz deutlich - und das ist, glaube ich, die Essenz aus allem - hier eine Verlagerung von den Positionen, die als Förderungen, als Subventionen für die verschiedenen Initiativen im Land vorgesehen gewesen wären, hin zu einer Veranstaltungssorgie mit dem Ziel der Präsentation des Referenten bzw. des Landeshauptmannes. Und daher ist unsererseits dem Rechnungsabschluss nicht die Zustimmung zu geben. Im Bereich Kultur, darf ich extra vermerken, schon gar nicht! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Holub das Wort.*)

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

(*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Jetzt ist wieder ein Blattl von einem Baum in China heruntergefallen!*) Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Herren auf der Tribüne! Gnädige Frau vom ORF! Ja, ich habe mir auch die Reden angeschaut, die ich vor zwei Jahren dazu gehalten habe. Es ist unwahrscheinlich, wie sich das gleicht - auch die Position der Grünen - dass sie nicht zustimmen. Schon damals haben wir einige Sachen, die der Rechnungshof kritisiert hat vorgezogen! Es ist diese unwahrscheinliche Schuldenentwicklung. Und, wenn der Herr Landeshauptmann spricht von der „zulässigen Neuverschuldung“, dann wird er wahrscheinlich etwas falsch „be-toniert“ haben, weil vielleicht meint er „die zu lässige Neuverschuldung“, weil sie wirklich fast bei 2 Milliarden enden wird im Jahre 2009. Und die Frage ist wirklich - auch wenn man mit der Vergangenheit vergleicht - was für Vermögenswerte stehen hier dem noch gegenüber?

Ich habe die Entwicklung vorm Verkauf der KELAG angesehen; ja, da waren wir auch schon ziemlich oben! Aber dann hat's auch Wohnbauförderungen gegeben und dann hat's auch noch ein bisschen HYPO gegeben, als jetzt, wo wir dann schlussendlich immer wieder ein paar Prozent wegstreichen dadurch, das Hedgefonds-Einsteigen, und so weiter und sofort. Die Pro-Kopf-Verschuldung von 2.065,- Euro ist, würde ich

**Holub**

sagen, nicht im Mittelfeld, sondern sowie es der Rechnungshof einschätzt, im Spitzenfeld! Und die Rücklagen, die aufgebraucht wurden, sowie auch die 113 Millionen Schuldendienst und dieser ständige Abgang an die KABEG von ungefähr 200 Millionen, das zeigt schon eine Entwicklung auf, nämlich die Entwicklung, dass es exponentiell ansteigt, (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das ist aber nicht exponentiell!*) dass wir voriges Jahr die Schulden um 21,8 Prozent gesteigert haben. Und das ist schon ein ziemlicher Klotz, nämlich um diese 207 Millionen. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das ist nicht exponentiell!*) Das ist schon, man sieht schon, dass es so hinaufgeht; die Kurve! Also, 2020 möchte ich nicht Finanzreferent sein, (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das ist maximal progressiv!*) aber beim Glück der SPÖ, denke ich, dass sie dann das Finanzreferat haben wird.

Ich denke einmal, der Budgetplan, wie der Rechnungshof sagt, muss geändert werden. Wie das jetzt geschieht – ich meine, ich bin eigentlich auch froh, dass diese Chianti-Koalition aufgekündigt wurde – weil, jetzt hat die SPÖ die Möglichkeit, zu sagen, dieser Budgetplan ist nicht okay! Macht sie teilweise auch heute, indem sie nicht zustimmt. Aber wie man das Budget wirklich in den Griff bekommen soll und wie schwer das sein wird, das kann man dadurch ermesen, dass wir ja einige Fragen gestellt haben, insgesamt 67, an die Abteilungen und auch an die Finanzabteilung. Ich möchte mich an dieser Stelle wirklich sehr herzlich bedanken, weil auch mein Horizont wird um einiges weiter und größer. Ich verstehe schon viel mehr.

Zum Beispiel diese Überschreitung des Voranschlags mit dem Rechnungsabschluss, also 35 Prozent auf der einen und 38 Prozent auf der anderen Seite, das liegt ganz sicherlich – wie mir da die Finanzabteilung versichert hat – an der Ausbuchung der KABEG-Schulden. Und das hat ja auch vorher keiner genauso gewusst, dass man eine halbe Milliarde ausbuchen wird; deswegen so hochprozentige Abweichungen! Aber aus den Antworten, wenn ich frage: Wie sollen wir das jetzt machen? Wie sollen wir einsparen? Und da kriege ich als Antwort: „Einsparungen können nur erzielt werden, wenn einerseits zukünftig für Gemeindeprojekte weniger Fördermittel für infrastrukturelle Maßnahmen ausgeschüttet werden bzw. andererseits bestimmte Aufgaben von Landesgesellschaften nicht mehr oder nur einge-

schränkt wahrgenommen werden.

Da steigen einem schon die Graubirnen auf, was da kommen wird! Und ich glaube auch nicht, dass irgend jemand – außer „Sparen, Sparen“ – großartige Ideen hat, wie man dann das Budget konsolidieren wird können! Und zur Frage, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um die Finanzschuld des Landes zu reduzieren, darf festgehalten werden, dass aufgrund des Umstandes, dass von Landesseite her die Beeinflussung der Einnahmenkomponente nur in geringem Ausmaß gegeben ist, nur mittels Einsparungen auf der Ausgabenseite längerfristig eine Änderung in der Finanzschuldenentwicklung erreicht werden kann. Das heißt, wir wissen eh schon, wir haben wenig Einnahmen! Wir haben es mit einem Paket probiert. Das ist dann relativ laut begackert worden. Viel ist da nicht herausgekommen. Die Motorbootabgabe – leider Gottes auch nicht für den Naturschutz! Aber man sieht, man hat sich wirklich bemüht. Man hat Belastungen erfunden oder erhöht. Und es ist nicht so viel herausgekommen, dass wir wirklich sagen können: Das ist es jetzt! Das ist jetzt der Stein der Weisen! Da kriegen wir jetzt genug herein!

Und auch die Geschichte mit den außerbudgetären Schulden schaut von der Entwicklung her sicherlich nicht so aus, dass man das in den Griff bekommt. Wenn die Tilgungsquote niedriger ist als der Schuldenzuwachs, wie soll man das je in den Griff bekommen? Und das sagt auch die Finanzabteilung. Wir haben uns eben von diesen Fragen einige herausgesucht. Und ich habe mir gedacht: Jedes Mal stehen wir beim Rechnungsabschluss da und sagen unsere Punkte auf: Das gefällt uns nicht! Das gefällt uns nicht! Was kann man da besser machen? Mir ist die Idee gekommen: Ich werde einfach an jede Abteilung meine Wünsche an das Christkind formulieren. Und das jetzt gleich einmal nach dem Rechnungsabschluss. Ich werde schauen, dass sie das auch bekommen. Damit kann ich dann beim nächsten Voranschlag schauen: Ist denen das allen wurst was der Holub gesagt hat oder die Grünen? Macht das überhaupt keinen Sinn? Wird das berücksichtigt? Und damit kann ich dann den Landtag teilweise entlasten und brauche nicht eine halbe Stunde aufzählen, was mir nicht gefallen hat.

Es sind natürlich auch Ungeheuerlichkeiten dabei, dass wieder eine Million in die Seebühne

**Holub**

geflossen ist und so weiter und so fort. Aber, ich wollte auch nicht die ganze Arbeit umsonst gemacht haben. Ich denke mir, ich lerne aus dem, was wir hier ... (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das ist exponential!*) Ja! Na, ja! Aber ich kann es dir aufteilen: Förderausgaben/Ermessen um 219 Prozent gegenüber dem Voranschlag auf insgesamt 638.877,-- gestiegen, dann noch einmal: 131.742,-- für die Wörtherseebühne aus der Cine Culture Carinthia. Und damit – wenn man noch die 50.000,-- von der Kulturabteilung dazuzählt, die sie jetzt erst ... oder die Karten erst im Fünferjahr berappt haben – dann kommen wir auf ziemlich genau auf 1,1 Millionen Euro. Das ist einfach so ausgerechnet worden, weil auch die Referenten das Ihre dazu beigetragen haben und das, was sie dürfen, dort hingeworfen haben.

Unsere Vorschläge zum Abgeordneten Gallo, weil er gesagt hat, der Budgetinspektor ist ein „Schmonzes“ und das soll lieber der Rechnungshof machen: Ich würde sagen, der Rechnungshof macht eh schon sehr viel und wir hängen ihm bei jeder Sitzung mehr um! Und wenn jemand durch Österreich tourt und sich anschaut, wie das andere Länder machen? Das kann natürlich auch der Rechnungshof! Nur hat der so viel Arbeit. Ich würde sagen, das sollte sich wirklich jemand hauptberuflich anschauen. Der rechnet sich sicher hundert Mal, auch wenn er im übrigen Europa schaut! Es gibt einige Städte und einige Länder, die das in den Griff kriegen. Bei uns schaut es im Moment wirklich nicht so aus. Deswegen kann man diesem Rechnungsabschluss auch nicht zustimmen! Und alle anderen Sachen lasse ich den anderen Klubs zukommen, damit wir die Zeit nicht in Anspruch nehmen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Lutschounig das Wort.*)

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

(*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Dass du dich da hinaus-traust!*) Mut kann man nicht kaufen, Herr Kollege Gallo! Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren! Wenn man heute da unserem Landeshauptmann zugehört hat, dann hatte man wirklich das Gefühl – sowie er es schon auf 16 Bogen Blatt Papier plakatiert hat – Kärnten blüht auf! Es ist in diesem Lande einfach alles eitel Wonne und Grießschmarren. Dabei ist viel Schmarren in diesem Lande, das muss man dazu

sagen. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Zernatto war schlechter!*) Ja, Zernatto war schlechter, aber da haben wir wenigstens noch ein bisschen Vermögen gehabt! Wir haben noch Werte gehabt, Vermögen von den Wohnbauförderungsdarlehen, Kelag-Anteile und anderes mehr. Also das, was heute natürlich alles futsch ist. Alles passè! Aber es hat von eurer Seite wirklich einen frenetischen Applaus für den Chef gegeben. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Zu Recht!*) Es traut sich offenbar auch keiner mehr, sich zu Wort zu melden, weil das muss einfach im Raum stehen bleiben, was unser Chef und Gott – fast – sagt, weil sonst könnten wir das gegebenenfalls noch verwässern!

Meine Damen und Herren! Wenn man sich den Rechnungsabschluss durchschaut und so gewisse Schmankerln sieht, (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Robert, wir wollen Argumente hören!*) dann fällt einem auf, dass dort sehr viele Dinge im Dunstkreis – ich möchte fast sagen, im Freunderlkreis – passieren, die in besonderer Weise bedient werden. Das heißt, dass dort Freunderlwirtschaft betrieben wird, dass die Freunde natürlich in besonderer Weise bedient werden. Ob das jetzt die „Kärnten Werbung“ ist, „Kärnten läuft“ – das ist offenbar vom Herrn Dörfler schon bald eine Privatveranstaltung, (*Zwischenruf von Abg. Dipl.-Ing. Gallo.*) das kostet 145.000,-- Euro. Im Gegensatz dazu, Herr Kollege Gallo, kostet zum Beispiel die Veranstaltung „Iron Man“ – die national und international wirklich einen Werbeeffekt für Kärnten bringt – 151.000,-- Euro. Also, die Relation von den beiden Veranstaltungen, die passen in keiner Weise zusammen! Ich sage das nur, weil du jetzt so achselzuckend da sitzt! So ist es! Aber nachdem es eine Dörfler-Veranstaltung ist, wo er mit seinem orangen Leiberl dort dahinbraust, ist es natürlich schon besonders wichtig, dass man es in dieser Höhe fördert! (*Zwischenruf von Abg. Ing. Scheuch.*)

Beim Ansatz „Landeseigener Grundbesitz“ gibt es da die Rechts- und Beratungskosten, die in Summe 162.000,-- ausmachen. Da fällt mir auf, dass ein von mir nicht namentlich Genannter – der BZÖ äußerst nahestehender und in viele Gremien entsandter Mann – dort allein 110.000,- Euro an Beratungskosten kassiert hat. Ob ihm auf der anderen Seite auch noch etwas zugekommen ist, das traue ich mich nicht einmal anzudenken, um Gottes Willen! Das wäre ja wirklich ... (*Abg. Warmuth: Der Gedanke allein*)

## Lutschounig

wäre eine Sünde!) Bitte! Ich weiß nicht, welche Funktionen er alle hat? Viele, viele! Er ist in viele Funktionen entsandt worden. Interessant ist auch, wenn man liest, dass ein Darlehen an nicht einzeln bezeichnete Empfänger eine Kleinigkeit von 3.000.000,- Euro ausmacht. Dann kommt man drauf, dass es ein Darlehen ist, das für die Franz Xaver Maier-Kuranstalt in Maria Wörth als Beteiligungskapital gemacht worden ist, zumindest reserviert worden ist. (*Zwischenruf von Abg. Stark.*) Ja, Beteiligungen sind Beteiligungen, ja! Beteiligungen sind Beteiligungen! Nur, wenn man speziell diesen Betrieb anschaut, wie viel der auch öffentlich gefördert worden ist – (*Dies wird auf heitere Weise vorgetragen.*) überdimensional! Ich sage, es ist wichtig, dass etwas geschieht, dass etwas getan wird! Aber wenn man auch weiß, wer dahinter ist, dann muss ich sagen: Diese Leute, die dort ihr Kapital einsetzen, gehören nicht zu den Armen der Republik Österreich! (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Wer ist dahinter? Ist ein Schwarzer dahinter?*) Das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen! Und dort ist überdimensional – wie in vielen anderen Bereichen, die man jetzt am Donnerstag diskutiert hat – auch überdimensional natürlich von Seiten des Landes gefördert worden. Aber wenn es gut geht, wenn es gut läuft, soll mir das auch noch Recht sein, dass wir dem Herrn Androsch ein bisschen eine Morgengabe geben. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ach, der!*) Um Gottes Willen! Mein Gott, na!

Von den Inseraten, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, gar nicht zu reden! Da sind zum Beispiel Inserate drinnen, wo man die 20 Erfolge für Kärnten entsprechend verkauft. Und ich weiß nicht, wie oft die Auflage kommt. Nachzulesen in dieser Tabelle: 20 Erfolge für Kärnten! Also, alles nur Eigenpropaganda, die das Land zahlen muss, damit der Herr Landeshauptmann ja in allen Dingen von jeder Seite herunterlacht! „Voller Einsatz für Kärnten“ wird auch ganz groß inseriert, natürlich mit großen Steuermitteln bezahlt! (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ich schlage die Zeitung auf und überall schaut der Martinz heraus.*) Oder die Kärnten Revue, wo das Budgetprogramm für 2009 vorgestellt wird! Auch ganz wichtig! Wir haben uns eh davon verabschiedet, weil die Koalition auseinandergebrochen ist. Das schaut jetzt ganz anders aus. Aber da haben wir auch 40.000,- Euro in diese Inserate hineingesteckt.

Was der Herr Kollege auch schon mit der Wörtherseebühne gemeint hat: Ich weiß nicht, was ist mit den Freunden der Wörtherseebühne passiert? Sind die alle abgeoffen, untergegangen? Weil es hat ja geheiß, kein Geld des Landes wird dort hineinfließen. Jetzt sehen wir, lesen wir, dass es beträchtliche Steuergelder sind, die dort hinein ... Ich weiß nicht, was mit diesen Freunden passiert ist? Sind alle Freunde abhanden gekommen? (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Der Ambrozy hat das genehmigt.*) Der Ambrozy war das? Und wo sind die anderen Freunde, die sogenannten „Geldgeber“? Also, es stinkt wirklich zum Himmel, meine Damen und Herren, wenn man diese Dinge ansieht, wenn man nur ein Wort als Wahrheit im Raum stehen lassen könnte, was der Landesfinanzreferent immer von sich gibt! Ich muss sagen, leider Gottes ist es ein Dilemma. Ich weiß nicht, wo die Freunde hingekommen sind? Abgesehen von den 50.000,- Euro, die für die Karten ausgegeben worden sind, gibt es eine Pikanterie am Rande. Da hat vor gar nicht allzu langer Zeit ein der BZÖ nahestehender relativ kleiner Funktionär gesagt: „Er war vier Mal auf der Seebühne und er hat nie etwas gezahlt!“ Er hat gesagt: „Das kann ja nicht gehen, wenn sie so wirtschaften!“ (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ich war nie und habe immer gezahlt.*) Wenn er so ehrlich ist und das schon sagt. Ja, irgendwo müssen die 50.000,- Euro herkommen! Und da schließt sich der Freunderkreis, dass man dann jedem einzelnen Freund und Sympathisanten natürlich eine Freikarte gibt! Das gehört wohl zum guten Ton dazu!

Und wenn heute bei der Fragestunde ein Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Strutz auf eine Anfrage gemeint hat, er hat sehr sparsam gewirtschaftet, dann beängstigt mich das schon. Wie soll einer sparsam wirtschaften, wenn er die 328 Millionen, die leider Gottes bei der HYPO die Drau hinuntergeronnen sind oder den Bach – wie auch immer – als eine Mücke bezeichnet hat? Also, von so einem Menschen Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit usw. zu verlangen, wäre wirklich weit hergeholt. Kann man auch nicht machen! Aber meine geschätzten Damen und Herren, auch ein Wort natürlich zur SPÖ! Sie tut jetzt so, als ob sie diesem Budget nie die Zustimmung erteilt hätte, dass sie schon damals alles gewarnt hätte, dass dieses Budget niemals aufgehen wird und umsetzbar ist. Damals ist in der Koalition wirklich alles wie in einem Film

## Lutschounig

abgelaufen. Jeder war dafür, alle waren mit allem zufrieden. Die Ausgaben – egal wo sie explodiert sind – sind alle von der SPÖ sanktioniert und goutiert worden. Und heute so zu tun, als ob daran nichts wahr gewesen wäre, als ob die SPÖ nie dabei gewesen wäre, okay! Ich verstehe heute wohl, dass die Situation eine andere ist, dass die Frau Schaunig es nicht zulässt, dass man jetzt diesem Rechnungsabschluss, der ursprünglich auch die Handschrift der SPÖ getragen hat, die Zustimmung geben wird.

Wir von der ÖVP haben immer gesagt, dass wir diesem Rechnungsabschluss niemals die Zustimmung geben können, wie wir auch dem Budget nicht die Zustimmung gegeben haben. Aber wie gesagt: Die SPÖ hat diesbezüglich einen Erklärungsbedarf. Das wird sie schon machen. Auch die vielen Redner relativieren diese Situation nicht, dass sie einen gewissen Erklärungsbedarf hat. Danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

*(Der Vorsitzende erteilt Abg. Schwager das Wort.)*

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Danke, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Eine Frage wurde heute trotz Debatte noch nicht aufgeworfen. Wenn ich da die Beiträge der SPÖ- und ÖVP-Abgeordneten heute höre, so kann ich mir ausmalen, dass die Jahresrechnung 2005 mit großer Wahrscheinlichkeit vom Kärntner Landtag nicht zur Kenntnis genommen wird. Und es ist die Frage, welche Auswirkungen hat denn das?

Wenn ein Volumen von über 2 Milliarden Euro keine Zustimmung des Kärntner Landtages bringt und das keine Auswirkungen hat, möchte ich das als sehr traurig bezeichnen! Wie auch die Jahresrechnung 2005, wo ich dem Budget – ich möchte mich auch outen – damals meine Zustimmung gegeben habe, leider ein trauriges Kapitel ist. Denn was ist daraus geworden? Man kann es fast nicht mehr wieder erkennen, was wir damals beschlossen haben. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Hast du jetzt nachgedacht, was du gesagt hast?)* Ja, nachdem aber das BZÖ sich nicht mehr zu Wort meldet nach dem Motto: Wenn der Landeshauptmann gesprochen hat, dürfen wir nichts mehr dazu sagen! Ich möchte die aus meiner Sicht im Vollzug positiven Aspekte be-

kannt geben, weil es ist ja nicht alles schlecht, was da im Jahr 2005 gearbeitet wurde.

Ich darf nur darauf hinweisen, dass besonders – und das kann ja auch optisch ein jeder Landesbürger feststellen – bei Straßen und Verkehr sorgfältig und gut gearbeitet wird. Das muss man feststellen. Die Gemeinden und die Bürgermeister werden mir Recht geben: Jetzt, seit Neuem, und auch schon 2005 wird mit dem neuen Referenten eine gerechte Aufteilung der BZ-Mittel durchgeführt, mit internen Richtlinien, wie vorgegangen wird, für jede Gemeinde durchschaubar. Das ist positiv zu vermerken. Ich sehe aber nicht sehr erfreute Gesichter bei den Bürgermeistern, dass das doch so zur Kenntnis genommen wird. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Franz, das ist die Kamera!)*

Auch die heute schon viel gelästerte Brauchtums- und Heimatpflege: Natürlich gibt es da auch Missstände drinnen. Ich habe mir das durchgeschaut, aber trotzdem natürlich Freunderlwirtschaft jede Menge. Trotzdem, wenn ich an frühere Zeiten zurück denke, da hat es für diese Freiwilligen, für die Trachtenkapellen, für die ganzen freiwilligen Vereine und Verbände kaum etwas gegeben. Und das ist gut dotiert und so soll es bleiben. Wenn man dort auch noch ein bisschen mehr Gerechtigkeit hineinbringt, dass tatsächlich jeder Verein für eine Maßnahme ungefähr dasselbe bekommt, würde mich das freuen!

Wildbach- und Lawinerverbauung in unserem Lande, mit den Landesbeiträgen – eine notwendige und wichtige Sache – wird durchgeführt; naturnaher Wasserbau. „Kärnten wasser.reich“: Die Ausstellungen, wovon natürlich wir Oberkärntner profitieren, sind auch positiv zu vermerken. Am Samstag waren wir, auch der Kollege Hueter, mit dem Landesfeuerwehrkommandanten beisammen. Der hat festgestellt, zu unserer Freude, und wir wissen eh, dass das Kärntner Feuerwehrwesen ein gutes ist und dass mit den Beiträgen des Landes Kärnten der Kärntner Landesfeuerwehrverband seine Freude hat.

Von mir auch positiv und jetzt schon mit einem Fragezeichen versehen, ist die Mütterpension. Es sollen Mütter im Alter auch vom Land Kärnten eine Anerkennung erhalten – nur dann, die Durchführung, Auszahlung durch den Landeshauptmann oder eines seiner befreundeten Regierungsglieder oder jetzt die wirkliche Müt-



**Schwager**

terpension mit diesen Richtlinien, die jetzt sind nicht ganz nachvollziehbar, vor allem ist nicht nachvollziehbar, dass das über die Sozialmärkte abgewickelt werden soll. Babygeld, Gratiskindergarten: alles gut, aber hoffentlich nachhaltig und nicht nur bis zur kommenden Wahl, siehe Schulstartgeld, abgeschafft auch mit der SPÖ/BZÖ zusammen. Und jetzt soll es wieder eingeführt werden.

Verehrte Damen und Herren! Eines wäre noch festzustellen - und es hat ja heute schon im Rahmen der Fragestunde darüber eine kleine Debatte gegeben -, das ist die Sicherheit auf unseren Landesstraßen. Die ist teilweise nicht gegeben. Es ist wichtig, und da ersuche ich doch auch die ÖVP und die SPÖ, dass man mithilft, Mittel aufzubringen, dass unsere Landesstraßen L wieder in Schwung gebracht werden, weil auch gesagt worden ist: Im Zukunftsfonds sind hauptsächlich die Mittel für den Tourismus drinnen. Es ist auch wichtig, dass im Tourismusland Kärnten unsere landeseigenen Straßen in Ordnung sind.

Dann möchte ich jetzt die Kleinigkeiten weglassen, aber auf ein paar wesentliche Dinge eingehen, die sich immer mehr dem Negativen dieses Budgetvollzuges zuwenden. Das ist einmal der Abverkauf - was ja heute der Landeshauptmann in seinen Ausführungen angesprochen hat -, dass wir noch Werte hätten, die über das hinausgehen, was das Land an Verschuldung und Neuverschuldung hätte. Es wurde von meinen Vorrednern darauf auch eingegangen, aber es ist eine klare Sache - das ist nicht in viel höherem Ausmaße bei der Bundespolitik festzustellen -, dass das Tafelsilber und die Werte des Landes abverkauft sind und dass immer damit argumentiert wird, Nulldefizite zu erreichen und die Verschuldung und Neuverschuldung einzudämmen. Das findet nicht statt. Es sind vor allem beim Bund, aber auch beim Land Kärnten dann die Werte weg, und die Neuverschuldung schreitet trotzdem weiter.

Der Landesrechnungshof, sehr geehrte Damen und Herren, hat festgestellt - da komme ich überhaupt nicht zu Recht mit den Zahlen, die heute der Finanzreferent und Landeshauptmann uns dargebracht hat; da kann irgendetwas nicht stimmen, und ich habe mich auch nicht verlesen -, und in seinem Bericht haben sich wahrscheinlich auch keine Druckfehler eingeschlichen, weil

ja bei den Erläuterungen dazu klipp und klar festgestellt wird, dass die Schulden in den Griff nehmen sind, in den kommenden Jahren. Es stimmt einfach, dass die Neuverschuldung, die direkten Schulden des Landes Kärnten, aber auch seiner Rechtsträger, gemeinsam im abgelaufenen Jahr eine Höhe von 207 Millionen Euro - eine unvorstellbare Zahl -, das sind 2 Milliarden 850.000 alte ehrliche Schilling, und eine Erhöhung von 21,8 % ausmachen wird. Dem kann man natürlich keine Zustimmung geben.

Heute haben wir noch einen Tagesordnungspunkt: Das Bezügesetz wird geändert, das heißt, dass zum vielten Male die Abgeordneten des Kärntner Landtages auf die vom Bund vorgegebene Erhöhung um zwei Komma noch etwas Prozent ihrer Bezüge verzichten werden, aus Solidarität zu den übrigen Landesbürgern, die auch keine große Gehaltserhöhung haben und als einen Beitrag zum Landesbudget. Das ist allerdings nur der Tropfen auf den heißen Stein und eine Augenauswischerei, glaube ich. Denn im gleichen Zug wäre es ehrlich, wenn man die Dispositionsmittel, die Repräsentationsmittel und die Rechts- und Beratungskosten mindestens per Gesetz halbieren würde. Dann wäre das vielleicht schon eine sinnvollere Sache.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das BZÖ wehrt sich heute eigentlich wenig oder es kommt vielleicht noch. Ich möchte nur noch eines feststellen, dass natürlich die FPÖ unter Strutz und Dr. Haider von 1991 bis 1999 keiner Jahresrechnung die Zustimmung gegeben hat. Deshalb hoffe ich, dass sie auch heute da nicht allzu wehleidig auf das reagieren. Ich möchte auch noch feststellen, dass 2005 überhaupt ein Jahr der Umgestaltung war. Neue Situationen, die soll man sich in Erinnerung rufen! Der Finanzreferent Pfeifenberger hat den Hut draufgeschmissen und hat die Landesregierung verlassen. Der Landeshauptmann wurde dann gleichzeitig Finanzreferent. Das allein hat nicht gereicht. Am 4. April hat der Landeshauptmann eine neue Partei gegründet und die FPÖ verlassen. In Kärnten hat sich das BZÖ am 8. April dann in „Die Freiheitlichen in Kärnten (BZÖ)“ umbenannt. Am 6. 6. hat sich der Klub verkleinert und einen neuen Namen gegeben. Es gibt jetzt nur mehr 15 Klubmitglieder in diesem BZÖ-Klub. Im März 2006 - also es passiert halt alle Jahre irgendetwas Größeres - ist die Koalition mit der SPÖ geplatzt. Gelt. Da muss man schon, wenn man

**Schwager**

das alles in relativ kurzer Zeit sich zu Gemüte führt, sagen: Das hat nichts an Nachhaltigkeit. Das ist mehr oder weniger nicht nur bei den Finanzen auch die Gesamtpolitik ein bisschen eine Chaospolitik. Schade, muss man dazu sagen! Besserung ist eher keine zu erwarten, von den handelnden Personen, und die Sprunghaftigkeit ist leider zum Nachteil Kärntens. Deshalb wird es da von der FPÖ, vertreten durch mich, keine Zustimmung zu dieser Jahresrechnung geben. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion und den Grünen)*

*(Der Vorsitzende erteilt Abg. Arbeiter das Wort.)*

Abgeordneter **Arbeiter** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich werde an der Abstimmung für den Rechnungsabschluss nicht teilnehmen und bei der Abstimmung das Haus verlassen. Ich möchte das kurz begründen.

Im Rechnungsabschluss, wie wir gehört haben, sind ein großer Brocken die Krankenanstalten – KABEG. Im Aufsichtsrat in der KABEG sind alle politischen Parteien vertreten, bis auf die Grünen und den Kollegen Schwager, und der hat mit 12 zu 2 Stimmen dem Jahresabschluss zugestimmt und auch mit meiner Zustimmung und auch den anderen Betriebsräten. Das heißt, dass der Jahresabschluss für die KABEG, für die Krankenhäuser Klagenfurt, Villach, Wolfsberg, Laas und Hermagor positiv zur Kenntnis genommen worden ist. Nicht mitgestimmt hat die ÖVP, und das passt natürlich in die Linie der ÖVP, immer wenn es positive Abstimmungen im Bereich der Krankenanstalten gibt, nicht dabei zu sein, was ich sehr bedauere, das muss ich auch dazusagen. Sie haben also auch seinerzeit, wie das LKH-neu zur Diskussion gestanden ist, leider nicht unterstützt, wie wir damals eingebracht haben, dass man auch Alternativvorschläge diskutieren sollte, und haben dann einige Zeit gebraucht, um draufzukommen, selbst Alternativvorschläge einzubringen – allerdings seit weit hinter dem Beschluss, der damals im Aufsichtsrat gefallen ist.

Der zweite Grund, warum ich nicht teilnehmen werde, ist, dass es gelungen ist – ich hoffe, dass das von den Abgeordneten auch verstanden wird –, eine Darlehensschuldung von 432 Millionen Euro der KABEG durchzuführen. Das wäre

ein Fauxpas von mir, wenn wir auch hier, trotz Zustimmung im Aufsichtsrat, nicht dagegenstimmen würde. Ich würde aber meine Freunde aus dem SPÖ-Klub nicht desavouieren, deswegen ersuche ich um Verständnis, dass ich bei dieser Abstimmung zum Rechnungsabschluss nicht teilnehmen werde! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

*(Der Vorsitzende erteilt Abg. Schober das Wort.)*

Abgeordneter **Schober** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir aus diesem Budgetbereich das Straßenbaubudget näher angeschaut und möchte damit beginnen, dass Kärnten rund 20.000 Kilometer Straßen zu betreuen hat. Von diesen 20.000 Kilometern sind rund 3.000 Kilometer Bundes- und Landesstraßen, also Bereiche, die von der Landesstraßenverwaltung zu betreuen, zu erhalten sind und wo auch Baumaßnahmen durchzuführen sind. Ich darf mich einmal an dieser Stelle bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesstraßenbaues – egal, wo immer sie Dienst versehen – mich bedanken, denn sie haben die Aufgabe, mit diesem vorgelegten Budget, über das wir wiederum zu befinden haben, das Auskommen zu finden!

Es hat ein Ranking, also einen Vergleich innerhalb der EU gegeben: Wo liegt eigentlich Kärnten? Da hat man festgestellt, dass in der Standortgunst Kärnten an 69. Stelle liegt, also im ersten Drittel – aber bei der Erreichbarkeit, also der Infrastruktur, lediglich an der 150. Stelle, also das heißt im letzten Drittel. Da haben wir einen sehr großen Nachholbedarf! Das haben die Leute des Straßendienstes gemacht, und ich habe daran keinen Zweifel. Das heißt, wir haben einen sehr großen Nachholbedarf. Wenn man sich die Zahlen anschaut – und ich denke nur an den Bereich „Landesstraßen B“, das sind jene, die wir im Zuge der Verländerung vor einigen Jahren übernommen haben –, bekommen wir vom Bund alle Jahre eine Rate, die wir, im vergangenen Jahr 55,2 Millionen Euro, zur Bestreitung des Sachaufwandes und des Personals aufzuwenden haben. Wenn man den Bereich „Personal“ wegtut, also nur mehr für den Ausbau, die Betreuung und den Sachaufwand aufkommt, dann verbleiben 44,2 Millionen Euro alleine für

**Schober**

diesen Bereich. Hier hat man im Rechnungsabschluss 43,4 Millionen Euro ausgewiesen. Das heißt es gibt hier um 0,8 Millionen Euro einen Fehlbestand, der im so genannten Budgetcenter gelandet ist. Zusätzlich bekommt Kärnten auf Grund des Zweckzuschussgesetzes, 58 Millionen wurden insgesamt ausverhandelt, 8,2 Millionen für den Ausbau der B 100. Hier wurden 10,7 Millionen aufgewendet. Das Mehrerfordernis wurde aus Kreditübertragungen aus dem Jahre 2004 bestritten.

Kritischer wird es im Bereich der Landesstraßen. Hier wurden für die Inangriffnahme, Weiterführung, Erhaltung, Instandsetzung und Projektierung 15,1 Millionen Euro budgetiert, davon 10 Millionen für reine Ausbaumaßnahmen, wobei man natürlich zu diesen 10 Millionen eines dazusagen muss, dass hier erstmals ein so genanntes Schuldeinlösemodell zum Tragen kommt, das heißt wir haben hier 5 Millionen Euro Schulden aufgenommen. Um es ganz einfach zu formulieren: Es ist erstmals die Rate von zirka 15.000 Euro zum Tragen gekommen.

Im Rechnungsabschluss hingegen sind nur 9,4 Millionen ausgewiesen. Der Rest, so wurde zumindest argumentiert, entstand deshalb, weil viele Firmen ihre Rechnungen zu spät vorgelegt haben. Das heißt, es wird das im kommenden Jahr hier im Budget seinen Niederschlag finden. Die Budgetierungen reichen also gerade noch aus, um den Gütelevel unserer Kärntner Straßen zu halten. Mehr auf keinen Fall! Wenn wir jetzt denken, dass im Bereich der Straßen ein enormer Substanzverlust zu verzeichnen ist – wir alle wissen, dass die Straßen in den 70-iger und 80-iger Jahren, oder sehr viele in den 70-iger und 80-iger Jahren gebaut worden sind, und hier nur eine bestimmte Haltbarkeit besteht, nicht zuletzt auch durch die sehr starke Zunahme des LKW-Verkehrs – so muss einem das schon zu denken geben.

Alleine das B-Netz, also die ehemaligen Bundesstraßen in Kärnten, sind nur 18 Prozent mangelfrei. Der Rest ist mangelhaft bis sehr schlecht. Bei über 500 Kilometer dieses Straßennetzes, das sind immerhin nahezu die Hälfte, ist ein größerer Aufwand erforderlich. Also alleine das Aufbringen einer Asphaltdecke reicht hier nicht aus. Beim Landesstraßennetz ist es noch wesentlich schlechter. Und wir sollten hier nur einmal ehrlich und in die Praxis schauen und wir sollten

so ehrlich sein und nicht nur über die Projekte, die verwirklicht worden sind – und wir habens heute wieder gehört – die Lippitzbachbrücke und die Gewerbeansiedelung und, und, und. Okay, alles passiert! Alles geschehen! Wir sollten so ehrlich sein und sollten jene Straßenbereiche anschauen, wo nichts passiert ist und wo wirklich enormer Handlungsbedarf besteht – und dererlei gibt es viel. Ich verweise nur auf die vielen Flickwerke, die es gibt, wo ein Teil der Straße ausgebaut wurde; der Rest ist noch äußerst desolat! Und erst kürzlich errichtete Projekte sind schon wieder kaputt. Ich verweise nur auf die B 92, wo der Schwerlastverkehr aus dem Bereich Wietersdorf in die Landeshauptstadt fährt, wo in der Gegend von Pischeldorf die Straße vor vier Jahren neu errichtet wurde. Jetzt wäre sie schon wieder zu sanieren, weil der LKW eben so große Schäden verursacht hat.

Ich behaupte, Geld ist vorhanden, die Verteilung ist aber falsch, vor allem wird sie nicht verursachergerecht gemacht. Alleine die Benützer der Bundesstraßen in Kärnten leisten jährlich 52 Millionen an Mineralölsteuer! Das verschwindet im Budget. Eine Zweckbindung wäre hier unter allen Umständen anzudenken. Der LKW-Verkehr, der für über die Hälfte der von ihm verursachten Infrastrukturkosten zur Verantwortung zu ziehen ist, kommt hier mit viel zu wenigen Beiträgen ein. Den Rest von 1,5 Milliarden Euro zahlen wir als Allgemeinheit. Auch hier ist der Ruf nach einer verbreiterten LKW-Maut, und das auf allen Straßen, auf alle Fälle gerecht. Denn eines ist logisch. Das Gesamtgewicht eines Fahrzeuges ist sicherlich von großer Bedeutung. Alleine der PKW-Verkehr käme mit 10 Zentimeter Asphaltsschicht aus, für den LKW brauchen wir wesentlich mehr.

Jetzt brauchen wir uns gegenseitig nichts vormachen. Alle sind wir Autofahrer oder benützen ein anderes Kraftfahrzeug. Die Belastungen für uns Kraftfahrer sind einfach enorm! Alleine 5,5 Milliarden Euro, das sind gute alte 75 Milliarden österreichische Schillinge, werden von uns Kraftfahrern in das Budget eingebracht und lediglich 2,2 Milliarden Euro, das sind an die 30 Milliarden Schillinge, werden für straßenspezifische Maßnahmen aufgewendet. Das sind also 40 Prozent; der Rest verschwindet im allgemeinen Budget. Und, dass die Kosten rund ums Auto oder um das Fahrzeug insgesamt gestiegen sind, das merken wir wahrscheinlich auch. Auch

**Schober**

hier gibt es Wahrnehmungen, dass die Kosten bis zu 20 Prozent durch höhere Versicherungsbeiträge, höhere Reparaturen, um nur einige zu nennen, gestiegen sind.

Und was man mit den Spritpreisen aufführt, das hat man gerade am letzten Wochenende wiederum gemerkt. Auch diese sind kräftig angestiegen, nicht zuletzt auch wahrscheinlich deshalb, weil die große Reisewelle begonnen hat. Und hier geht man einfach auf das Abcachen. Jetzt möchte ich gar nicht bestreiten, dass die landeseigenen Tankstellen sicherlich einen Beitrag dazu geleistet haben, um für bestimmte Bereiche billigen Sprit zu erhalten. Und man darf auch nicht verschweigen, dass im Ausland oder in unmittelbaren Nachbarländern der Spritpreis höher ist als in Österreich. Aber eines ist auch klar. An die 50 Prozent jeden Liters verkauften Treibstoff kassiert der Finanzminister an Steuern mit. Das muss man ganz offen eingestehen. (*Abg. Trettenbrein: Was hat das mit der Jahresrechnung zu tun!*) Und wenn man dann sagt: Naja, das Auto wird ja zum Teil als Luxusartikel angesehen. Meine Damen und Herren! Ihr wißt es ganz genau! Die Menschen brauchen das Auto, um zu ihrer Arbeitsstätte zu kommen, Flexibilität wird immer wieder eingefordert. Und gerade hier ist das Auto notwendig.

Die öffentlichen Verkehrsmittel werden auch immer teurer. Ich verweise auch nur auf das vergangene Wochenende, auf die Stadt Klagenfurt, wo die Buspreise angestiegen sind. Der City-Bus ist auch zu berappen. Also alles Teuerungen, die wir zu verantworten haben. Wenn man bedenkt, dass die ASFINAG auf einem Schuldenberg von circa 10 Milliarden Euro sitzt; 10 Milliarden Euro hat die ASFINAG an Schulden auszuweisen! Wenn man weiß, dass die Finanzierungslücken im Bereich der Landes- und Gemeindestraßen enorm sind, wenn man weiß, dass die Straßen je nach Belastung eine begrenzte Haltbarkeit hat und, wenn man sieht, dass die Transitverkehre immer mehr zunehmen und noch zunehmen werden, und wenn man dem Ausbau der Schiene leider viel zu wenig Bedeutung zugemessen hat, dann brauchen wir einfach den Mut, um Veränderungen herbeizuführen und vor allem eine über den Tag hinausreichende Entscheidungsfähigkeit der Politik und nicht auf Einmaleffekte hinzugehen. Und hier denke ich, wir sollten uns nicht in Maßnahmen verzetteln,

die wenig sinnvoll sind. Ich möchte nur ein paar erwähnen.

Die Geschichte mit „Licht am Tag“; na, wie viel ist hier diskutiert worden, ob gescheit oder nicht gescheit! Jetzt weiß man's; allzu gescheit war die Maßnahme sicherlich nicht! (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Aber mit dem Rechnungsabschluss hat das nichts zu tun, ob das gescheit ist oder ...*) Wir wissen auch, dass die Inseratenkampagnen, die von Landesseite gestartet werden, dass die auch nicht viel Sinn haben. Wir wissen auch, dass die ganzen Jackenverteilungsaktionen, die sicherlich zur Eigenwerbung von bestimmten Leuten etwas beigetragen haben, (*Abg. Zellot: Aber zur Sicherheit beigetragen!*) sicherlich nichts beigetragen haben! Wir wissen heute auch, dass die 160-Km/h-Diskussion eine völlig sinnlose war! Das wissen wir alles! (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das war sinnlos, ja!*) Und deshalb, denke ich, meine Damen und Herren, die Finanzierung der Infrastruktur wird in Zukunft eine zentrale Frage von uns allen werden. Die bestehenden Finanzierungslücken, die müssen auch durch die Inangriffnahme von unpopulären Maßnahmen zu setzen sein.

Ich weiß aber auch, dass die Mitteleinhebung größtenteils eine Bundesangelegenheit ist. Aber, wenn heute der Herr Landeshauptmann geklagt hat, dass der Bund von uns Ländern und von den Gemeinden lebt, ja dann muss ich mich schon fragen, wohlwissend, dass der Wahlkampf ausgebrochen ist, aber was hat denn bitte der Herr Landeshauptmann in den letzten sieben Jahren, als er Mitglied dieser Bundesregierung war, dann auf diesem Wege getan? (*Abg. Trettenbrein: Der Herr Landeshauptmann war Mitglied der Bundesregierung? Wie geht denn das? – Mehrere Zwischenrufe aus der F-Fraktion. – Lärm im Hause.*) Er hat nichts getan auf diesem Gebiet! Jetzt schimpft er, jetzt schimpft er genau über diese Dinge, die er versucht hat zu machen. (*Abg. Trettenbrein: Wie geht denn das!?*)

Und vor einiger Zeit wurde der sogenannte „Länderanteil“ der Bundesstraßen als großer Erfolg verkauft. Na, wenn er dann sagt, dass wir vom Bund zu wenig Mittel kriegen, dann muss man eben nachverhandeln und muss eben schauen, dass man dort eben mehr kriegt! Und meine geschätzten Damen und Herren! (*Es erfolgen mehrere gleichzeitige Zwischenrufe aus der F-Fraktion. – Abg. Zellot: Wir haben noch nie*

**Schober**

*soviel Mittel bekommen, seit der Haider Landeshauptmann ist! - Geld haben wir mehr gekriegt! - Is' ja wohl wahr! - Unruhe unter den Abgeordneten der F-Fraktion. - Lärm und Unruhe im Hause.)*

Lieber Herr Kollege! *(Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen. - Abg. Zellot: Das ist wirklich wahr!)* Wenn du, wenn du, deinem Straßenbaureferenten Dörfler zugehört hättest, dann hat er sozusagen händeringend gesagt: „Wir haben zu wenig Geld!“ Nicht ich! Er hat das gesagt! Wir merken es eh! Das heißt, wir haben zu wenig Geld. Und diese Ansätze einer sinnvollen Politik, gerade was den Straßenbau betrifft, diese fehlen uns Sozialdemokraten und deshalb werden wir dem Budget die Zustimmung nicht erteilen. *(1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Das ist ja der Rechnungsabschluss!)*

Und eines muss ich abschließend auch noch sagen, weil ihr euch – Kolleginnen und Kollegen vom BZÖ – so aufregt. *(Zwischenrufe aus der F-Fraktion. - Lärm im Hause.)* Habt ihr gehört, was euer ehemaliger Parteikollege Schwager früher gesagt hat? In den 90-iger Jahren haben die damaligen Freiheitlichen den Rechnungsabschlüssen nie die Zustimmung gegeben. Danke! *(Es erfolgen weitere gleichzeitige Zwischenrufe aus der F-Fraktion. - Abg. Trettenbrein: Ja, pfiat di! - Abg. Zellot: Wir haben eine erfolgreiche Oppositionspolitik gemacht! - Anhaltender Lärm und Unaufmerksamkeit im Hause.)*

*(Der Vorsitzende erteilt Abg. Vouk das Wort.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch**  
(SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordneten! Vielleicht kann man doch in Zukunft den einzelnen Rednern mehr Aufmerksamkeit schenken! *(Abg. Trettenbrein: Ja, wenn er so einen Blödsinn redet!)* Bitte, Herr Abgeordneter! Danke!

Abgeordneter **Vouk** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Tourismus kommt zu Wort, relativ spät, aber ich denke, das hat nichts mit dem Stellenwert zu tun, mit der Qualität zu tun. Ich wer-

de versuchen, für den Kärntner Tourismus eine Lanze zu brechen, kurz Bilanz zu ziehen und darauf hinweisen, wo die Schwachstellen sind. Und dann werde ich Ihnen die Frage stellen, ob ich zustimmen soll oder nicht.

Ich möchte betonen, dass der Kärntner Tourismus im Sommer 2005 mit einem Nächtigungsrückgang von 3,2 Prozent Minus abgeschlossen hat. Leider nicht so zur Freude von uns Tourismusbürgermeistern. Da wird mir, glaube ich, der Kollege Adi Stark aus Maria Wörth auch zustimmen. Insgesamt wurden von Mai bis inklusive Oktober 2005 9,34 Millionen Übernachtungen gezählt. Im Vorjahr, also im Jahre 2005, waren das noch 9,6 Millionen, was laut Statistik das schlechteste Ergebnis seit 1962 dargestellt hat. Und was den verantwortlichen Touristikern besonders zu denken geben sollte; – es ist österreichweit mit Abstand das schlechteste Ergebnis! Nur Salzburg mit minus 1,7 Prozent und Vorarlberg mit Minus 1,4 Prozent haben noch leichtere Rückgänge zu verzeichnen, alle anderen Bundesländer bilanzierten trotz des schlechteren Wetters positiv.

Hier stellt sich wieder einmal die Frage, wie denn die Visionen und langfristigen Strategien für den Kärntner Tourismus ausschauen? Dringend notwendig wäre ein Angebot für unsere Gäste, eine wetterunabhängige Infrastruktur. Ein Heimaterbst, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Einheimischen wird da wohl nicht ausreichen! Eine der Schwachstellen, das ist die Kärnten Werbung. Und hier zitiere ich die österreichische Hoteliersvereinigung. Ich glaube, die ist hier neutral. Und hier hat es bei den Kärntner Mitgliedern eine Umfrage gegeben. Und ich kann Ihnen berichten, meine Damen und Herren, kein stolzes Ergebnis in dieser Umfrage verzeichneten. Nur 20 Prozent der Hoteliers haben sich da sozusagen beteiligt, *(Abg. Trettenbrein: Nur 37 Hoteliers haben sich beteiligt!)* hier ein Nichtgenügend gegeben. Und dieses Nichtgenügend von der Kärntner Hoteliersvereinigung wurde beim ÖHV-Tag in der Landeskonzferenz Villach vorgestellt. Und wir waren ja da mit dem Herrn Landeshauptmann, mit dem Herrn Martinz und mit dem Kollegen Holub auch anwesend, und haben das von Herrn Thomas Reizenhahn auch gehört.

Weiters schnitten dann bei einer Studie der Österreichischen Hoteliersvereinigung, die in Saal-

**Vouk**

felden vorgestellt wurde, in der Österreichs Ferienregionen miteinander verglichen wurden, unsere leider sehr schlecht ab. Die Spitzendestinationen Österreichs sind die Schizentren Tirols und Salzburg, sowie die Stadt Salzburg selbst. Auch Graz und das Oststeirische Thermenland, Wien und Umgebung werden als Topdestinationen ausgewiesen. Laut der Studie gibt es allerdings keine einzige Kärntner Region, die über eine vergleichbare Topperformance verfügt. Gut abgeschnitten haben in Kärnten immerhin die Naturarena Kärnten, das Nassfeld mit dem Faakersee, dem Ossiachersee und Villach Warmbad. Auch die Wörthersee-Region sowie die Region Nockberge mit Bad Kleinkirchheim können bestehen. Dem Wörthersee wird immerhin eine hohe Medienpräsenz in den wichtigsten Zeitungen bescheinigt. Er liegt nach dem Salzkammergut und Wien an dritter Stelle und rangiert noch vor Salzburg.

Und besonders schwach schneidet in der Studie die Region Südkärnten mit dem Rosental, dem Jauntal und dem Lavanttal ab. Sie sind mit den Destinationen, wie dem Waldviertel oder der Oberen Steiermark vergleichbar. Und signifikant dafür ist aber auch eine Bewertung der Kärntner Hoteliers. Es ist ja Zeugnisverteilung gewesen, und hier schneidet die Österreich Werbung bedeutend besser ab als unsere Landesorganisation. Hier denke ich, dass großer Handlungsbedarf ist.

Und bei dieser Zeugnisverteilung schneiden die regionalen Tourismusorganisationen besonders gut ab. Ich möchte Sie auf ein Schmankerl hinweisen, das im Jahr 2005 passiert ist. Da hat es eine Delegation der „Kärnten Werbung“ gegeben, die nach Dubai gefahren ist. Im Voranschlag sind 35.000,- Euro prognostiziert bzw. drinnen gewesen. Man hat hier ein Cart-Rennen unterstützt und auf der Seite Tafeln und Transparente von der „Kärnten Werbung“ angebracht. Die waren aber auf Deutsch und nicht auf Arabisch! Ich möchte nur wissen, wer diese Werbung gelesen hat oder lesen hat können. Und Herr Bilgram hat mitgeteilt, es wäre ein Marketingverbrechen, das von Deutsch auf Arabisch zu übersetzen. Und er erwartet sich aus dem arabischen Raum mittelfristig 100.000 Nächtigungen pro Jahr. Bis zum Jahr 2009 haben wir ihn noch, wir werden ihn dann zeitgemäß daran erinnern! Er hat noch darauf hingewiesen, „... dass die 35.000,- Euro für ihn einen Schlapf darstellen“, ich zitiere hier wörtlich. Also, viele Kärntner

Gemeinden würden sich freuen, wenn sie 35.000,- Euro als Bedarfszuweisungen bekommen könnten. Ich denke, dass es an der Zeit ist, dass es eine umfassende Evaluierung der „Kärnten Werbung“ geben muss und, dass die Landes-tourismusorganisation auf professionelle und bedarfsgerechte Beine gestellt werden muss. Die „Kärnten Werbung“ hat ihre Kernkompetenzen längst verlassen und ist zu einer Abteilung des Tourismusreferenten mutiert. Pfeifenberger hat das aufgebaut, Landeshauptmann Haider hat das jetzt zur Vollendung gebracht. Ich verweise nur auf den Kärntenabend des BZÖ in Wien, den die „Kärnten Werbung“ finanziert hat. Aus diesen Gründen und natürlich auch aus anderen Gründen stelle ich Ihnen jetzt die Frage: Soll ich dem Rechnungsabschluss 2005 die Zustimmung geben? Ich kann es leider nicht! Ich werde diesem Rechnungsabschluss nicht die Zustimmung geben und ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und von Abg. Holub - IG Die Grünen.)*

*(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Lesjak das Wort.)*

Abgeordnete **Mag. Lesjak** (GRÜ):

Hohes Haus! Verehrter Präsident! Wie wir am Donnerstag schon gesagt haben, werden wir dem Rechnungshofbericht, dem Rechnungsabschluss 05 die Zustimmung nicht geben! Wir haben auch dem Voranschlag keine Zustimmung gegeben und dem Budgetprogramm von 2005 bis 2009 haben wir ja auch nicht zugestimmt. Eine Frage, die offen ist, ist ja, ob dieses Budgetprogramm jetzt eigentlich noch gültig ist? Ich habe nichts Gegenteiliges gehört! Wenn niemand etwas dagegen tut oder Alternativen vorschlägt, dann wird es wohl noch gültig sein und bis 2009 diesen katastrophalen Budgetkurs weiterfahren. Ich habe auch am Donnerstag schon erwähnt, dass ich das nicht nachvollziehen kann und, dass das für mich unlogisch ist, dass die SPÖ hier so argumentiert, *(Zwischenruf von Abg. Strauß.)* nämlich, dass sie Fragen hat, dass sie Fragen nicht beantwortet kriegt, die Fragen nicht durcharbeiten kann! Und deswegen verschieben wir jetzt die Landtagssitzung um einige Tage nach hinten. Ich weiß nicht, ob das etwas gebracht hat. Wir haben auch viele Fragen beantwortet gekriegt und auch durchgearbeitet. Es ist uns

**Mag. Lesjak**

sehr wohl gelungen! Wir haben das auch machen können! Und es ist vom Ergebnis eigentlich nichts anderes.

Der Klubobmann Kaiser hat gesagt, meine Argumente wären unlogisch. Das kann ja sein, dass ich irgendetwas nicht verstanden habe. Eine SPÖ, die dem Budgetprogramm zustimmt, die dem Voranschlag zustimmt, die das Geld auch ausgibt, aber jetzt nicht zustimmt! Das verstehe ich jetzt noch immer nicht. Das finde ich immer noch unlogisch. Kann sein, dass das logisch ist. Wenn das logisch ist, dann habe ich offenbar etwas nicht verstanden. Ich habe zwar Philosophie studiert – mit einem Notendurchschnitt von 1,0 – und etliche Ausbildungen gemacht. (*Abg. Trettenbrein: Bravo!*) Aber das verstehe ich einfach nicht! Diese Argumentation habe ich nicht verstanden. Und auch heute verstehe ich die Argumente nicht! Der Budgetvollzug sei so schlecht! Jetzt wissen wir seit Jahren, seit die Budgetpolitik in oranger Hand ist, dass das Budget eben so vollzogen wird. Wir haben zum Beispiel die Repräsentationskosten ausführlich kritisiert. Wir wissen, dass die permanent überzogen werden. Also, das ist auch nichts Neues! Man soll nicht so tun, als wenn das irgendetwas ganz Prekäres wäre, weshalb man jetzt nicht zustimmen kann! Interessant ist, dass alle Regierungsmitglieder das Budget vollziehen, nicht nur die Schwarzen und die Orangen! Auch die Roten vollziehen dieses Budget!

Und wenn man sich die Differenz zwischen Voranschlag und Rechnungsabschluss genau anschaut, dann gibt es viele Differenzen! Es gibt Millionenbeträge in allen Gruppen, wo man offenbar falsch kalkuliert, wo man offenbar wirklich die Gelder falsch eingeteilt, sie nicht oder zuviel ausgegeben hat! Aber da gibt es Abweichungen, die sind haarsträubend! Und bitte schauen Sie sich das auch an. Zum Beispiel in der Gruppe 4: Da gibt es teilweise Millionenbeträge, die nicht ausgegeben worden sind! Und dann das Argument, man hat Ihnen Geld weggenommen! Also, das kann ich wiederum nicht nachvollziehen! Aus der Sicht der SPÖ bin ich ja zu blöd dafür, dass ich das nicht kann. Aber für mich ist das unlogisch, dass auf der einen Seite Geld vorhanden ist und, dass es Bedürfnisse auf der anderen Seite gibt. Und das Geld wird nicht ausgegeben! Das kann es ja wohl nicht sein, das verstehe ich nicht! Natürlich muss man auch die Repräsentationskosten kritisieren. Wir könnten

eigentlich das Protokoll vom letzten Jahr vorlesen, da bleibt alles gleich. Die Repräsentationskosten haben sich derartig erhöht. Da werden Dinge versprochen, die nicht eingehalten werden. Und die versprochenen Dinge kosten so viel, wie das niemals irgendwie wieder hereinkommt.

Ich möchte nur ein Beispiel herausnehmen: Die Besprechung „Stronach“ hat über 1.200,-- Euro gekostet! Das war wahrscheinlich ein gutes Essen. Es ist interessant, wieso man einen Millionär zu einem Essen einladen muss. Ein Millionär, der herkommt soll das Geld da lassen und den soll man nicht extra zum Essen einladen! Das hat so viel Geld gekostet, so viel verdient eine durchschnittliche Frau im Monat nicht. Und auch die „Ladies Lounge“: Insgesamt über 23.000,-- Euro! Was ist das, die „Ladies Lounge“? Da findet man im Internet Photos, wo sich gut betuchte Gattinnen treffen und plaudern. Das ist so eine Art auf den Abend verlegtes Kaffeekränzchen, so eine Art Proseccokränzchen um über 24.000,-- Euro. Ein einfacher Kärntner würde sagen, das ist ein Fanklub oder ein „Schneppenverein“, wo sich eine ganz besondere Art von Menschen trifft, die ein sehr geselliges Leben führt und das Geld der SteuerzahlerInnen verbraucht. Und das Geld wird einfach verpufft! Niemand hat etwas davon! Die, die es brauchen, die haben nichts davon! Das Gleiche im Bereich „Dokumentation und Information“. Also, da gibt es immense Überschreitungen! Das ist haarsträubend und nicht zu glauben! Die Kritik von damals möchte ich nur ansatzweise wiederholen. Wir haben einige Bereiche kritisiert, wo wir meinen da wird zu wenig Geld veranschlagt. In der Orts- und Regionalentwicklung zum Beispiel werden die Gelder zurückgefahren. Dann gab es Mittel für Antiatompolitik, da waren 14.700,-- veranschlagt, ausgegeben wurden rund 9.500,--. Also, mit so wenig Geld wird sich keine Antiatompolitik machen lassen. Das macht die Region Kärnten nicht atomfrei!

Dann die Schulschließungen! Auch das war etwas, was im Budgetprogramm drinsteht, was auch die SPÖ mitbeschlossen hat! Dass die Schulen geschlossen werden, dass die Klassen zusammengelegt werden, dass die Klassen größer werden, dass Schulen eingestellt werden! Aber davon will man offenbar nichts wissen! Universität: Es waren 74.900,-- Euro veranschlagt, nicht ausgegeben wurden davon über

**Mag. Lesjak**

11.000,- Euro! Ja, wo ist denn das Geld hingekommen? Wo ist denn das verblieben? (*1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Weg!*) Die Universität braucht das! Bildung ist ein wichtiger Bereich! Da sagen Sie immer, dass Bildung so wichtig ist! Wieso wird das Geld dann nicht ausgegeben? Für meinen Bereich – für den Bereich Soziales – geht mein Unverständnis am weitesten. Da ist mein Verstand offenbar beschränkt! Ich kann das nicht nachvollziehen, wieso im Bereich Pflegeheime, Behindertenhilfe, Hauskrankenhilfe, Jugendwohlfahrt das Geld nicht im vollen Ausmaß verbraucht worden ist! Hat man sich da so verkalkuliert? Wir wissen, dass wir eine demographische Entwicklung haben, die eine Menge von Aufwendungen erfordert! Wir wissen, dass die Armutsschere auseinander geht! Wir wissen, dass die Frauen zu wenig gefördert werden, zu wenig Unterstützung haben! Und hier gibt es nicht genug Geld! Und das wenige, das es gibt, wird nicht einmal ausgegeben! Unsere Globalkritik bleibt die gleiche. Wir sind dagegen, dass das Land so viele Schulden macht. Wir meinen eben, dass ein Budgetprogramm vorschlagen müsste, wie das Defizit reduziert werden kann. Ich bin schon sehr neugierig auf die Vorschläge der anderen Regierungsparteien, die jetzt nicht mitgestimmt haben, wie sich die anderen Regierungsparteien das denn vorstellen. Ob sie wollen, dass das Budgetprogramm bis 2009 so weitergeführt wird? Ob es so bleiben soll wie es ist? Weil dann laufen wir sehenden Auges in eine Wand und da ist nichts mehr aufzuhalten und die zukünftigen Generationen werden ganz schön durch die Finger schauen! Danke schön! (*Beifall von Abg. Holub.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Es liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich erteile dem Berichterstatter das Schlusswort. Ich ersuche die Damen und Herren Abgeordneten, dass sie sich auf die Plätze begeben! Bitte, Herr Berichterstatter!

Berichterstatter Abgeordneter **Gritsch** (F):

(*Abg. Ing. Scheuch: Ein gescheitertes Schlusswort!*)  
Ich danke! Ja, nach dieser Fülle an Wortmeldun-

gen und nach diesem beeindruckenden Abendprogramm verzichte ich jetzt auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte! (*Einzelbeifall von Abg. Tauschitz.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Die Spezialdebatte wurde beantragt. – Wer dem die Zustimmung erteilt, bitte um ein Handzeichen! Das ist mit Mehrheit so beschlossen mit den Stimmen der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion, der Grünen und des Franz Schwager! – Das ist die Mehrheit! – Ich bitte, fortzufahren!

Berichterstatter Abgeordneter **Gritsch** (F):

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Budget und Landeshaushalt, Tourismus und Bauwesen betreffend den Rechnungsabschluss 2005 wird gemäß § 38 Abs. 5 K-LTGO zur Kenntnis genommen.

Ich beantrage die Annahme.

(*Der Antrag wird mit Mehrheit angenommen.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Damit ist der Tagesordnungspunkt 1 erledigt. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2:

## **2. Ldtgs.Zl. 170-15/29:**

**Bericht und Antrag des Ausschusses für Gemeinden und ländlichen Raum, Föderalismus und Umwelt zum selbstständigen Antrag des Ausschusses gem. § 17 Abs. 1 K-LTGO betreffend den Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Kärntner Regionalfondsgesetz (K-RegFG) geändert wird  
./ mit Gesetzentwurf**

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Ing. Hue-ter. Ich erteile ihm das Wort. Gemäß § 17 Abs. 1 K-LTGO lasse ich über das unmittelbare Eingehen in die zweite Lesung abstimmen. Wer die Zustimmung erteilt, den bitte ich wieder um ein



**Ferlitsch**

Handzeichen! – Danke! Das ist einstimmig so beschlossen. Bitte, Herr Berichterstatter!

Berichterstatter Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Der Ausschuss für Gemeinden und ländlichen Raum, Föderalismus und Umwelt hat in der 29. Sitzung vom 4. Juli 2006 über das Kärntner Regionalfondsgesetz berichtet und beschlossen. Dort ist es darum gegangen, dass Ende Dezember 2004 ein Regionalfondsgesetz beschlossen wurde das dahingehend abgeändert wurde, dass eben dieser Aufteilungsschlüssel, wie er damals beschlossen worden ist: 55 Land, 30 Gemeinde, und 15 Interessenanteil ... In der Praxis ist es zu Schwierigkeiten gekommen. Deswegen hat sich der Ausschuss mit dieser Materie befasst und den Art. I § 6 Abs. 4 – diese Muss- in eine Kann-Bestimmung umgeändert.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

*(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte und erteilt Abg. Warmuth das Wort.)*

Abgeordnete **Warmuth** (F):

Geschätzter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir heute eine Änderung des Regionalfondsgesetzes beschließen, so ist das ein Weg der Vernunft und der Verantwortung gegenüber den Menschen im ländlichen Raum. Als im Dezember 2004 hier im Kärntner Landtag das Regionalfondsgesetz beschlossen wurde, war damit die Absicht verbunden, den Gemeindebürgern beim Straßenbau, auch in Bezug auf Orts- und Verbindungswege, mehr Umsetzungschancen einzuräumen. Bereits bei der Beschlussfassung war man sich darüber einig, dass etwa nach einem Jahr überprüft werden sollte, inwieweit der Verteilungsschlüssel von 55 Prozent Land, 30 Prozent Gemeinde und 15 Prozent Grundbesitzer umsetzbar ist. Die Praxis dieses Pilotprojektes hat jedoch gezeigt, dass in den einzelnen Gemeinden bei den Grundbesitzern Finanzierungsprobleme entstanden sind, was auch mittels Gemeinderesolutionen untermauert wurde. *(Den Vorsitz übernimmt um 22.58 Uhr 1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag.)* Nach der Devise:

Es ist nicht verboten, aus Schwachstellen zu lernen und daraus resultierend positive Maßnahmen zu setzen, muss nun der 15-prozentige Finanzierungsanteil für Grundbesitzer und Anrainer aufgehoben werden. Die für den Regionalfonds jährlich dotierten zehn Millionen Euro sollten daher so verteilt werden, dass der Landesanteil von 55 auf 70 Prozent angehoben wird. Dabei sollte, bezogen auf die 30-Prozent-Finanzierung durch die Gemeinde, auch vor Ort von der Gemeinde aufgrund regionaler Beschlüsse ein Grundbesitzeranteil eingehoben und somit die Gemeindeautonomie gestärkt werden.

Geschätzte Damen und Herren! Wir, seitens des Freiheitlichen Landtagsklubs, bedanken uns für die Erstellung des gemeinsamen Antrages und für die einstimmige Beschlussfassung. Wir freuen uns, dass ab 1. September 2006 den Grundbesitzern, Häuselbauern und Anrainern für Projekte bei Ortschafts- und Verbindungswegen keinerlei Kosten seitens des Landes entstehen werden.

Damit ist ein Schritt in Richtung mehr Lebensqualität und Chancengerechtigkeit für die Familien, Bauern und Pendler im ländlichen Raum auch entstanden. Ich danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall von der F-Fraktion)*

*(Der Vorsitzende erteilt 2. Präs. Ferlitsch das Wort.)*

Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich darf mich an die Worte von Frau Abgeordnete Wilma Warmuth anschließen und mich ebenfalls sehr, sehr freuen, dass wir in Gemeinsamkeit dieses Problem nach rund einem Jahr lösen konnten, dass diese 15 Prozent der Interessenmittel von den Besitzern ab September wegfallen und damit mehr oder weniger die ländliche Bevölkerung entlastet wird. Trotzdem darf ich feststellen, dass im Grundsätzlichen der Grundgedanke seinerzeit, um das Bauvolumen zu vergrößern, der richtige war. Es hat sich aber gezeigt, dass die Bevölkerung doch sehr, sehr belastet wird. Daher ist dieser Schritt richtig.

Ich kann feststellen, dass dasselbe auch mit dem Bodenbeschaffungsfonds eine hervorragende Einrichtung ist und die Gemeinden in zahlrei-

**Ferlitsch**

chen Bereichen und Projekten wesentliche Erleichterungen erfahren haben. Dasselbe ist zum Regionalfonds zu sagen. Es sind sehr, sehr viele Projekte, die der Verwirklichung harren. Ich kann feststellen, dass heuer bereits rund neun Millionen Euro ausgegeben wurden. Fünf Millionen warten noch auf Projekte. Damit, glaube ich, sind wir einen großen Schritt weiter gekommen.

Zur Finanzierung des ländlichen Wegenetzes – ich habe das auch bei den Ausschussberatungen gesagt – wäre es sinnvoll, dass man im Bereich der Mineralölsteuer eine andere Aufteilung vollzieht und damit auch die ländlichen Wege bauen und den Gemeinden damit helfen könnte. Ich danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

*(Der Vorsitzende erteilt Abg. Lutschounig das Wort.)*

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor ich ein Wort sage, kommt die Wilma schauen. *(Abg. Trettenbrein: Sage ja nichts Gegenteiliges!)* Meine geschätzten Damen und Herren, auch zur fast mitternächtlichen Stunde: Es freut mich, dass wieder einmal der Weitblick der ÖVP tatsächlich seinen Niederschlag gefunden hat. *(Lärm im Hause)* Schon damals haben wir gewarnt und gesagt: „Um Gottes willen, mit diesem Regionalfondsgesetz wird eines passieren, dass es sich natürlich niemand von den Bürgern mehr leisten wird können, einen Beitrag von 15 Prozent zu zahlen und es wird nicht zu einer Ausweitung, sondern eher zu einer Stagnation dieser Bauvorhaben kommen.“ Wie wahr, wie wahr! Gott sei Dank, vor allem SPÖ-Bürgermeister waren es in erster Linie, die das natürlich erkannt haben und gesagt haben: „Nein, das geht zwar so nicht. Das war zwar ein guter Wille, gut gemeint, aber in der Praxis undurchführbar, die Projekte sind nicht realisierbar.“ In Resolutionen und Petitionen von vielen Bürgermeistern – auch unser Freund Adi Stark aus Maria Wörth war dabei. *(Abg. Ing. Scheuch: Das ist eine tatsächliche Berichtigung!)* Okay! Er war dabei und hat auch eine diesbezügliche Stellungnahme abgegeben und sein gesamter Gemeinderat.

Ich bin aber heute froh, nicht dass wir uns mit unserer Meinung durchgesetzt haben, sondern dass die Vernunft hier wirklich Einkehr gehalten hat und man für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger das Richtige machen kann. Ich glaube, dass es einfach unzumutbar ist, bei gewissen Bauvorhaben einen Anteil von 15 Prozent selbst berappen zu müssen. Das geht einfach nicht! Die Leute sind überfordert. Das ist wirklich nicht in dem Sinne, dass man sagt, wo bleibt die Chancengleichheit? Jene in der Stadt oder in den größeren Orten, in Bereichen der Innenstadt oder des Ortskernes zahlen nie einen Cent dazu - die anderen werden aber zur Kasse gebeten, die ohnedies benachteiligt sind. Wir als ÖVP gehen ja so weit, dass wir sagen: Alle öffentlichen Wege sollen auch von der Öffentlichkeit getragen werden. Es soll keinen Unterschied geben, ob jemand in St. Veit in der Stadt wohnt oder in Liebenfels am Berg oben und dort seinen Anteil zahlen muss. Sondern wenn, dann sollen uns alle Bürger gleich viel wert sein.

Daher freut es mich natürlich, dass die späte Einsicht sich durchgerungen hat und dass wir heute eine Reparatur dieses Regionalfondsgesetzes machen, im Sinne dessen, dass unsere Bürger am Lande nicht benachteiligt, sondern wie alle anderen Bürger nach Möglichkeit auch behandelt werden sollen. Es ist zumindest ein erster Schritt in diese Richtung. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Dreimal dasselbe gesagt! – Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

*(Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. – Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort. – Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte. – Der Antrag wird einstimmig angenommen.)*

Berichterstatter Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Artikel I

Das Kärntner Regionalfondsgesetz – K-RegFG, LGBl. Nr. 8/2005, wird wie folgt geändert: § 6 Abs. 4 entfällt.

Artikel II

(1) Dieses Gesetz tritt an dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft.

**Ing. Hueter**

(2) Zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieses Gesetzes eingelangte Förderungsanträge sind nach der neuen Rechtslage zu erledigen.

Ich beantrage die Annahme.

*(Art. I und II werden einstimmig angenommen. – Vorsitzender: Bitte, Kopf und Eingang! – Berichterstatter:)*

Gesetz vom 10. 7. 2006, mit dem das Kärntner Regionalfondsgesetz geändert wird

Der Landtag von Kärnten hat beschlossen:

Ich beantrage die Annahme.

*(Kopf und Eingang werden einstimmig angenommen. – Vorsitzender: Dritte Lesung, bitte! – Berichterstatter:)*

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Kärntner Regionalfondsgesetz – K-RegFG geändert wird, wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

*(Der Gesetzentwurf wird in dritter Lesung einstimmig angenommen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Hohes Haus! Damit ist der 2. Tagesordnungspunkt erledigt. – Wir kommen zum 3. Tagesordnungspunkt:

**3. Ldtgs.Zl. 129-8/29:**

**Bericht und Antrag des Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa zum selbstständigen Antrag des Ausschusses gem. § 17 Abs. 1 K-LTGO betreffend den Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Kärntner Bezügegesetz 1997 geändert wird ./ mit Gesetzentwurf**

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Gallo. Gemäß § 17 Abs. 2 K-LTGO lasse ich über das unmittelbare Eingehen in die zweite Lesung abstimmen. Wer damit einverstanden ist: Bitte um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen. Ich bitte, zu berichten!

Berichterstatter Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Ausschuss für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa hat sich am 4. Juli dieses Jahres zu seiner 27. Sitzung getroffen und den vom Vorsitzenden vorgelegten Initiativantrag einstimmig angenommen.

Inhaltlich geht es dabei um den Verzicht der Indexierung von Politikerbezügen, nicht nur der Bezüge der Abgeordneten sondern auch der Regierungsmitglieder, aller Bürgermeister des Landes, aber auch der Präsidentin und des Vizepräsidenten des Landesschulrates. Diese Regelung, wie sie jetzt in diesem Gesetz vorgesehen ist, hat im Vorfeld Freude bei den Medien hervorgerufen. Wie das bei den Kolleginnen und Kollegen aussieht, wird die Generaldebatte zeigen, um deren Durchführung ich den Herrn Präsidenten bitte!

*(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte und erteilt KO Abg. Ing. Scheuch das Wort.)*

Abgeordneter **Ing. Scheuch** (F):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Die Schlagzeilen haben wir alle wohl gelesen: „Politikergehälter steigen um 2,3 %.“, „Mehr Geld für Politiker“. Die „Kleine Zeitung“ hat getitelt: „Höhere Gagen für Politiker“. Wenn man den Medien – und das tun wir ja allzu oft, und davon ist ja keiner ausgeschlossen – hier letztendlich glauben würde, *(zeigt Zeitungsausschnitte her)* dann würde man denken, dass wir wirklich mehr Geld verdienen. Meines Erachtens ist das eine mediale Manipulation. Das sage ich an die Adresse der nicht vorhandenen Medien heute hier. Wissen Sie, ich bin jemand – und dafür bin ich bekannt; das kann eine gute oder eine schlechte Eigenschaft sein -, der das offene Wort schätzt. Deswegen schätzen mich manche Medien vielleicht auch nicht gar so besonders. Deswegen kriegt man auch meistens schlechte Noten. Aber die Sorgfaltspflicht, die Journalisten hier an den Tag legen, ist gelinde gesagt, eine Frechheit. Doppelt unterstrichen, Ausrufezeichen! *(Beifall von der F-Fraktion)* Weil die Entscheidung, ob wir eine Erhöhung durchmachen oder nicht, bei uns selbst gelegen ist und weil

**Ing. Scheuch**

wir hier lange auch darüber diskutiert haben und weil wir im Ausschuss befunden haben, dass in Zeiten, wo es den Menschen nicht so gut geht – durch die Euro-Einführung, durch verschiedene andere Bereiche – wir eben eine Vorbildwirkung haben sollten und weil ich glaube, dass hier das ganze Haus, über alle Parteigrenzen hinweg, vorbildlich und uneigennützig handelt. Auch vom Sitzungstermin und vom Sitzungszeitpunkt her, weil wir hätten eigentlich hier keine Öffentlichkeit. Es wäre auch ein Leichtes, sich hier auf eine Bundesregelung auszuweisen. Es wäre auch argumentierbar, das sei hier auch klargestellt, es wäre auch logisch argumentierbar, dass es zu dieser Vorrückung kommt.

Interessant wäre - und das sei auch hier ausgerichtet, und der eine oder andere wird es vielleicht auch dann den Medienvertretern ausrichten -, dass so wie wir unsere Gehälter offenlegen, es schon einmal interessant wäre, was eigentlich ein Chefredakteur verdient, der hier so schlampig recherchiert. Ich sage noch einmal, weil auch ein Herr Chefredakteur letztendlich ein gar nicht so kleiner öffentlicher Anteil, sprich über die Presseförderung, hier letztendlich auch seinen Gehalt widerspiegelt. Das wäre interessant, denn dann könnten die Leute auch ein bisschen abwägen, was wirklich hier Leistung bedeutet. Kein Gejammer von meiner Seite – nur ein bisschen Verbitterung und wirklich eine große Verärgerung über die unfaire Berichterstattung. Wenn man es schon nicht besser gewusst hat, würde es zumindest sämtlichen Vertretern von allen Medien anstehen, hier fair dann auch in gleicher Größe und reißerischer Aufmachung über den Verzicht der Vorrückung von Politikern zu berichten. Ich denke, und das als Schlusswort und als Vorschlag schließend, dass man ganz klar vielleicht sich auch über die Klubgrenzen, über die politischen Grenzen hinweg einigen kann, dass man eine gemeinsame Presseaussendung letztendlich auch zu diesem Thema verfasst, um mit dem Finger darauf zu zeigen, was man hier eigentlich von uns aus macht.

In diesem Sinne bedanke ich mich! Für uns ist es selbstverständlich, dass wir diesem Entwurf, weil er auch eingebracht wurde, hier die Zustimmung erteilen werden. Danke! *(Beifall von der F-Fraktion)*

*(Der Vorsitzende erteilt Abg. Arbeiter das Wort.)*

Abgeordneter **Arbeiter** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube, dass wir in Kärnten gegenüber den anderen Bundesländern ein bisschen zu viel auf die Medien gehört haben und auch noch hören. Es ist so, dass hohe Beamte des Rechnungshofes und des Verfassungsgerichtshofes sich seinerzeit, im 97er Jahr, mit der Bezügepyramide befasst haben, auch teilweise der Verwaltungsgerichtshof, weil es auch einige Beamte damals betroffen hat. Die länger hier im Haus sitzen, wissen das. Damals ist diese Bezügepyramide entstanden, wobei die Ausgangsbasis ein Nationalratsbezug war, der in etwa 100.000 Schilling ausgemacht hat oder 100 %, ganz korrekt. Wir waren damals – es sind einige noch herinnen, nicht nur ich – so deppert, ich sage es bewusst kärntnerisch, dass wir nicht mit den 80 %, die damals beschlossen worden sind und was alle anderen Bundesländern gemacht, uns damals einstimmig auf 57 % geeinigt haben. Dies auch mit dem Motto: Es geht uns schlecht usw., wir können Vorbild sein usw. Niemand, behaupte ich, von den Medien, hat das auch nur in einer Zeile gewürdigt. Niemand. Im Gegenteil. Es war noch das, dass wir nur 57 % damals beschlossen haben, noch sowieso ums Doppelte zu viel.

Dann waren wir wieder so schlau: im Jahr 2001 dasselbe, 2003 und 2005 und auch jetzt im Jahr 2006. Damit haben wir indirekt eine Inflation, selber, nicht nur, dass wir keine Erhöhung kriegen, sondern eine Inflation beschlossen. Ich möchte das ein bisschen genauer ausdrücken: Mit 57 % haben wir begonnen. Dann sind wir auf 56,48 % gefallen, dann auf 56,20, auf 55,65 und jetzt sind wir schön langsam bei 54,40 %, wenn ich es mir ganz genau angeschaut habe, gelandet.

Wo werden wir in Zukunft weiter landen? Was mich ärgert; ich stehe dazu, dass wir diesen Beschluss gefasst haben, was der Ausschuss gemacht hat, weil wir alle selber ein bisschen einen „Vogel“ haben. Aber ich sage das auch bewusst und es sollte keiner beleidigt sein, weil ich das so bezeichne, weil ich mich miteinbeziehe. Wo werden wir wirklich landen? Weil wir lesen in den Medien immer, wir, die Landtagsabgeordneten und viele andere, kriegen 80 Prozent in der Gehaltspyramide. Und es betrifft jetzt nicht nur uns, sondern tatsächlich Landeshauptmann, Regierungsmitglieder, Klubobmänner bis nach unten hin zu den Gemeinden. Und

## Arbeiter

bei den Gemeinden stört mich das fast noch ein bisschen mehr, weil ich glaube, dass in den Gemeinden wirklich Tag und Nacht gearbeitet wird. Und, wenn man die Prozente anschaut – es hat ja jeder den Antrag drinnen, ich brauche das nicht zu erwähnen – ist schön langsam, glaube ich, der Plafond erreicht. Und man sollte sich damit wirklich, und ich werde Sie dann auch daran zeitgerecht erinnern, wirklich befassen. Wir sind die „Blöden“, die sowieso zuviel verdienen, für die Medien. Und vielleicht werden wir uns doch einmal überlegen, dass man in einer Presseaussendung tatsächlich darstellt, was ein Landtagsabgeordneter, und, und, und bis hin zu den Gemeinden tatsächlich an Bezügen kriegt. Ich rede jetzt gar nicht davon, dass wir den Medien sagen, wie viel einer Partei noch geliefert wird. Ich rede davon, was jedem Einzelnen von uns im Umgang draußen mit der Bevölkerung, mit den Bürgern, mit den Kolleginnen und Kollegen, tatsächlich vom Bezug noch übrigbleibt.

Ich wäre dafür gewesen – das muss und werde ich nicht zitieren lassen – halte ich es für vernünftig, den Zeitpunkt, dass man es halt von mir aus noch einmal macht. Nur schuld sind wir alle selber! Weil jetzt haben wir noch 54 Prozent. Wenn wir so weiter machen, sind wir bald unter 50 Prozent und dann werde ich mich schön langsam fragen, ob bei den Gemeinden, die es ja genauso betrifft, ob wir überhaupt – wer immer und was für eine Partei – eigentlich noch die geeigneten Mitarbeiter, Kollegen, Freunde, die sich zur Verfügung stellen und rund um die Uhr tatsächlich in der Politik tätig sind, kriegen. Wir werden jetzt zustimmen, der Ausschuss hat es beschlossen. Ich halte es für nicht richtig, aber ich werde in dem Fall mitstimmen. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. KO Mag. Grilc das Wort.*)

Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Wahrheit diskutieren wir alle auf zwei Ebenen. Einer offiziellen und hinter vorgehaltener Hand sind die Meinungen und die Aussagen teilweise andere. Ich habe zwar vor etwas mehr als vielleicht ein, zwei Stunden dem Landeshauptmann vorgeworfen,

dass er immer zehn Jahre zurückblickt, aber ich gehöre zu jenen Veteranen, wie der Herr Kollege Arbeiter jetzt zitiert hat, und habe das damals auch hier mitbeschlossen. Aber erinnern wir uns doch ein bisschen zurück. Es wurde das damals auch bewusst, aus einem Moment des Populismus heraus verlangt. Es war damals die Freiheitliche Fraktion, die gesagt hat: „Privilegienabbau; weg mit Vorrechten!“ Und dort war die Wurzel für diese Diskussion. Jetzt haben sich die Dinge mittlerweile nachhaltig geändert, und das, was auch mir quer im Magen liegt – muss ich ehrlich gestehen – ist eines: Wir bestimmen ja nicht nur über uns selbst als Abgeordnete, sondern vor allem über die Bürgermeister draußen in den Gemeinden, die mit uns unmittelbar zusammenhängen in dieser Frage. Und damit, dass wir sozusagen unsere Gehälter immer heruntersetzen, stellen wir tatsächlich den Wert politischer Arbeit generell in Frage.

Wir sind damals unter diesen Gegebenheiten alle mitgegangen, weil wir einfach Angst hatten gewissermaßen, von dieser öffentlichen Meinung – sagen wir es einmal so – überfahren zu werden. Und ein bisschen haben wir das Problem wahrscheinlich heute alle. Im Ausschuss haben wir gesagt, gut, wir machen's! Ich habe dann letzten Endes, trotz einer Wortmeldung, auch mitgestimmt. Ich werde es mit all diesen Vorbehalten hier tun, schließe mich aber bei meinem Vorredner an. Irgendwann einmal sollten wir wirklich überlegen, ob wir uns selbst, ob wir allen anderen Kolleginnen und Kollegen, die zum Beispiel auf der kommunalen Ebene tätig sind, auch wirklich was Gutes tun damit. Denn für eines, denke ich, hat das Volk schon auch Verständnis. Wenn überall die Dinge teurer werden, wenn überall Ausgleich geschaffen werden, dann sollte man sich nicht in einer, sagen wir, unnötigen Art und Weise kasteien und so tun, als wären wir sozusagen nur die großen Abkassierer.

Wie auch immer, wir sollten diese Dinge vielleicht einmal emotionslos angehen. Wir haben sicherlich einmal Gelegenheit. Heute ist jetzt einmal die Vorgabe so, jeder von uns wird hier zustimmen und ich weiß, dass dann draußen beim Buffet und beim Nachhauseweg, oder wo immer wir uns treffen, die Meinung teilweise eine andere sein wird. Da brauchen wir uns überhaupt nichts vorzumachen. Und wir werden deswegen, glaube ich, auch nicht besonderes Lob ernten, wie auch immer. Daher noch einmal,

**Mag. Grilc**

der langen Rede kurzer Sinn! Vielleicht sollten wir ernsthaft nachdenken, dass das wirklich der letzte Schritt in dieser Form einmal ist und, dass wir in Zukunft bei all diesen Veränderungen auch wirklich auf die neuen Situationen und Herausforderungen und auf das Rücksicht nehmen, was eigentlich die politische Arbeit letzten Endes auch miterfordert. Und das Engagement sollte dementsprechend dann auch abgegolten werden. Davon gehe ich persönlich aus. Wie gesagt, mit all diesen Vorbehalten und Ressentiments möglicherweise, bleibe ich dabei, hier mitzustimmen. Aber nachdenken sollten wir, wie wir das in Zukunft lösen. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion und den Grünen.)*

*(Der Vorsitzende erteilt Abg. Holub das Wort.)*

**Abgeordneter Holub (GRÜ):**

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Grünen waren damals im 97-er Jahr nicht mitschuld und haben das auch nicht selber erfunden, diese Geschichte. Wir werden trotzdem heute hier mitstimmen, auch aus Solidarität. Aber, man muss auch schon sagen, was man hier für Zeichen setzt. Wir setzen schon auf der einen Seite ein Zeichen, ja, wir wollen nicht soviel Kosten verursachen. Irgendwie hat man ein schlechtes Gewissen, weil Politiker immer geschimpft werden, was sie verdienen. Auf der anderen Seite, sagen wir auch, die Kärntner Politiker sind weniger wert als die woanders; auf Dauer. Ich habe es mir jetzt kurz ausgerechnet. In ziemlich genau 181 Jahren werden wir dann bei null sein, wenn es so weiter geht. Wer wird dann noch ... und dann geht's aber schon ins Minus hinein. Das ist die eine Geschichte. Und auf der anderen Seite, würde ich sagen, nachdem wir heute schon so viele Ideen gehabt haben, warum machen wir nicht einmal eine Enquete zu den Politikerbezügen in Kärnten. Setzen wir uns alle zusammen damit auseinander. Wir stimmen heute mit und man soll nicht alles so ernst nehmen. *(Beifall von Abg. Mag. Lesjak. – Heiterkeit in der ÖVP-Fraktion.)*

*(Der Vorsitzende erteilt Abg. Schwager das Wort.)*

**Abgeordneter Schwager (FPÖ):**

*(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Jetzt nähern wir uns der Geisterstund!)* Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Ich bin auch einer jener Altgedienten, die das Kärntner Bezügegesetz 1997 mitbeschlossen habe. Ich bekenne mich auch dazu, gelt! Am Niedergang von uns Politikern, eigentlich sollten wir eher Volksvertreter sein als Politiker, aber das Volk wird ja von vielen Politikern ohnehin nicht mehr vertreten. Das schlechte Image – sind wir auch selber schuld – wenn ich das so kollektiv sagen kann, weil wir uns ja gegenseitig, ständig, jahraus, jahrein, und besonders im Vorwahlzeiten gegenseitig vernadern und auch gegenseitig vorhalten, die Bezüge und zuviel zu verdienen. Dann braucht man sich nicht wundern, wenn auch die Medien auf so was aufspringen und das für bare Münze dem Bürger dann übermitteln. Das ist das Eine was ich sagen will.

Und das Andere, was zu sagen wäre, dass ist die Kommunalpolitik, weil ich durchgehört habe, dass die Bürgermeister bedauert werden. Ich darf aber in Erinnerung rufen, dass man deren Bezügegesetz im vergangenen Jahr, abgestuft natürlich von Kleingemeinden bis zu den Stadtgemeinden, dort nur mehr in geringem Ausmaße, aber doch in einem ordentlichen Ausmaße die Bezüge angehoben hat, vor allem für die kleinen Landgemeinden. Das wär's. Ich bekenne mich natürlich auch dazu, dass wir das heute einstimmig so beschließen. Danke! *(Beifall von Abg. Tauschitz und Abg. Ing. Hueter.)*

*(Da keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, erteilt der Vorsitzende dem Berichterstatter das Wort.)*

**Berichterstatter Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo (F):**

Bevor die Geisterstunde heranbricht, lassen Sie mich noch zwei Punkte ergänzen. Vor 1997 hat es auch eine Vorrückung gegeben. Von der ist schon lange keine Rede mehr. Und der Verzicht aus der Indexierung seit 1997 beträgt mittlerweile kumuliert satte über 20 Prozent! Vorbehaltslos beantrage ich das Eingehen in die Spezialdebatte!

*(Das Eingehen in die Spezialdebatte wird einstimmig beschlossen. – Die Abstimmung über*

**Dipl.-Ing. Gallo**

*das artikelmäßige bzw. ziffernmäßige Aufrufen erfolgt ebenso einstimmig. – Berichterstatter:)*

**Artikel I**

Das Kärntner Bezügegesetz 1997 – K-BG 1997, LGBl.Nr. 130, in der Fassung der Gesetze, LGBl.Nr. 109/2001, 54/2003 und 49/2005, wird wie folgt geändert:

Ziffer 1 § 4 Abs. 1 lautet:

Ziffer 2 § 4 Abs. 3 lautet:

**Artikel II**

Ich beantrage die Annahme von Artikel I und Artikel II.

*(Die Annahme von Artikel I und Artikel II erfolgt einstimmig. – Vorsitzender: Kopf und Eingang! – Berichterstatter:)*

Gesetz vom 10. Juli 2006, mit dem das Kärntner Bezügegesetz 1997 geändert wird.

Der Landtag von Kärnten hat beschlossen:

Ich beantrage die Annahme.

*(Die Annahme von Kopf und Eingang erfolgt einstimmig. – Vorsitzender: Die 3. Lesung, bitte! – Berichterstatter:)*

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Kärntner Bezügegesetz 1997 – K-BG 1997 geändert wird, wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

*(Die Annahme der 3. Lesung erfolgt einstimmig.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt den 3. Tagesordnungspunkt erledigt.

Wir kommen zum 4. Tagesordnungspunkt:

**4. Ldtgs.Zl. 213-4/29:**

**Anfragebeantwortung von Landeshauptmann Dr. Haider zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Mag. Dr. Kaiser betreffend Inserat in der Zeitschrift „Zeit für Kärnten“**

Ich ersuche den Schriftführer um Verlesung!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

Die Anfragebeantwortung lautet wie folgt:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Unter Bezugnahme auf die schriftliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Kaiser und Mag. Cernic betreffend das Inserat in der Zeitschrift „Zeit für Kärnten“ darf ich Ihnen folgendes mitteilen:

Zu Frage 1: Das BZÖ hat in der Ausgabe 1/2006 der Zeitschrift „Zeit für Kärnten“ kein Inserat geschaltet.

Zu Frage 2: Siehe Beantwortung der Frage 1. *(Dies löst Heiterkeit in der F-Fraktion aus.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wenn keine weitere Wortmeldung gegeben ist, dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 5.

**5. Ldtgs.Zl. 126-5/29:**

**Anfragebeantwortung von Landeshauptmann Dr. Haider zur schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Mag. Lesjak betreffend grenzüberschreitendes UVP-Verfahren KKW Paks**

Ich bitte um Verlesung!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

Die Beantwortung lautet wie folgt:

Sehr geehrter Herr Präsident! Bezug nehmend auf die schriftliche Anfrage der Abgeordneten Mag. Lesjak vom 22.5.2006 darf ich festhalten, dass innerhalb der Kärntner Landesregierung nach der geltenden Referatseinteilung mein Regierungskollege, Herr Landesrat Ing. Reinhart Rohr, für die rechtlichen und fachlichen Angelegenheiten der Umweltverträglichkeitsprüfung zuständig ist. Die Anfrage wäre daher an ihn zu richten.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Danke, für die Verlesung! Es gibt keine Wortmeldung dazu. Ich darf empfehlen, die Anfrage

**Dipl.-Ing. Freunschlag**

entsprechend zu stellen.

Ich ersuche den Landtagsdirektor um die Verle-

sung des Einlaufes, insbesondere der Dringlichkeitsanträge!

### Mitteilung des Einlaufes

A. Dringlichkeitsanträge:

#### 1. Ldtgs.Zl. 65-18/29:

**Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Kärnten an die Spitze bei der Kinderbetreuung in Österreich – Schaffung eines modernen und zeitgemäßen Kinderbetreuungsförderungsgesetzes sowie eines Kinderbetreuungsbeihilfengesetzes mit folgendem Wortlaut:**

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, im Kärntner Landtag den Entwurf eines gänzlich neuen Kinderbetreuungsförderungsgesetzes und eines Kinderbetreuungsbeihilfengesetzes vorzulegen, welches jedenfalls folgende Regelungen zu beinhalten hat:

Schaffung von Betreuungsplätzen nach VIF-Kriterien; Anpassung an internationale Standards; Mindestöffnungszeiten und flexible Öffnungszeiten der Einrichtungen; Sicherstellung der Betreuung während der Ferienzeiten; Sicherstellung der Finanzierung von Kinderkrippen, Kindergärten, Tagesmütter, Horte, Kinderhäuser, Heilpädagogischen Kindergärten und Kinderhorten, Betriebskindergärten und Integrationsgruppen und integrative Zusatzbetreuung.

*(Der Vorsitzende erteilt Abg. Dr. Prettnner zur Dringlichkeit das Wort.)*

Abgeordnete **Dr. Prettnner** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Die SPÖ hat heute einen Dringlichkeitsantrag bezüglich der Kinderbetreuung in Kärnten eingebracht. Wir wollen, dass Kärnten an die Spitze kommt bei der Kinderbetreuung. Dringlichkeit besteht heute! Heute ist eine halbe Stunde vor Ende des ersten Ferientages. Das heißt, die Schüler hier in Kärnten haben heute den ersten

Ferientag genießen können, im Gegensatz zu uns. Und das ist für die Eltern von schulpflichtigen Kindern oder auch kleinen Kindern immer ein akrobatischer Akt. Wie wird man die Kinder durch die Ferien bringen? *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das ist eine schwache Begründung für den Antrag!)* Neun Wochen dauern die regulären Ferienzeiten in den Schulen. Jeder Arbeitnehmer hat maximal sechs bis acht Wochen Urlaub. Das ist dann für die Eltern immer schwierig, die Kinder auch zu betreuen in den Ferienzeiten. Und dann müssen halt Verwandte, also die Großeltern, die Tanten, die Freunde einspringen, um die Kinder zu betreuen.

Ich gehe jetzt auch noch einmal davon aus, dass der Betreuungsbedarf am Land noch viel, viel höher ist als in der Stadt, weil in den Städten besteht ja zum Teil die Möglichkeit, in den Ferien auch die Kinder in Kinderbetreuungseinrichtungen zu geben. Am Land ist das nicht in diesem Ausmaß gegeben. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: In Villach, gehen wir zum Geburtstag von Manzenreiter!)* Ja, da haben heute alle Kinder auch Gulasch am Rathausplatz umsonst konsumieren können. *(Mehrere Einwände aus der F-Fraktion.)* Und ich möchte ihm auch noch hier offiziell, knapp vor Mitternacht, noch einmal zu seinem Geburtstag gratulieren!

Dann behaupte ich auch, dass es eine finanzielle Frage ist! Weil zu hohen Kosten gibt es Betreuung überall angeboten! Es gibt Sportkurse, es gibt Theaterkurse, es gibt Nachhilfe- und Sprachkurse in allen Möglichkeiten und Schattierungen. Nur muss man dazu das geeignete bare Geld hinlegen. Und ich kann mich nur wiederholen: Es besteht ein äußerster Nachholbedarf in der Betreuung der unter Dreijährigen! Betreut werden nur 11 Prozent der unter Dreijährigen. International gefordert werden hier 33 Prozent, also drei Mal soviel! Bei den unter Sechsjährigen sind wir auch weit unter den internationalen Standards. Also, 69 Prozent der Kinder sind betreut, 90 Prozent wären gefordert. Und hier ist das Problem, dass diese Kindergartenplätze mit



**Dr. Prettner**

Familie und Beruf nicht vereinbar sind, dass nur ein Drittel dieser Kindergartenplätze diese Kriterien erfüllt. Wir von der SPÖ fordern Betreuung nach VIF-Kriterien. Für alle, die nicht wissen was „VIF“ heißt: VIF bedeutet Vereinbarkeitsindikator Familie und Beruf. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ich weiß das nicht! Ich bin aber ein Vifzack.)* In einem Kindergarten müssen die Öffnungszeiten geregelt sein. Ein Kindergarten muss auch in der Früh schon offen und mindestens vier Mal pro Woche bis 17.00 Uhr geöffnet haben. Es muss auch möglich sein, im Kindergarten ein Mittagessen einzunehmen, beziehungsweise muss es auch in den Ferien möglich sein, die Kinder qualitativ betreut zu wissen. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ich habe gedacht, das heißt: Villach liegt vorne.)*

Bezüglich den Pflichtschülern werden wir uns auch noch etwas überlegen müssen, weil wir hier noch kein Konzept haben, wie wir unsere Pflichtschüler mit Beginn des nächsten Schuljahres betreuen. Das wird auch vom Bund gefordert. Und da werden auch noch einige Diskussionen folgen müssen, damit wir hier eine Einigkeit finden, *(Zwischenruf von Abg. Trettenbrein.)* wie wir unsere Schüler dann nachmittags betreuen. Ich würde mich freuen, wenn wir mehr Geld in die bedarfsgerechte Kinderbetreuung einfließen lassen, weil es nun einmal ein Faktor ist, dass Erwerbsarbeit die beste Familienförderung ist. Und deshalb sollten wir auch die Betreuungsplätze VIF-gerecht gestalten. Deshalb bitte ich Sie angesichts der Tatsache, dass wir den ersten Ferientag haben und der Hut wirklich brennt, dieser Dringlichkeit die Zustimmung zu geben. Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

*(Der Vorsitzende erteilt KO Mag. Grilc das Wort.)*

**Abgeordneter Mag. Grilc (ÖVP):**

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich nehme diesen Dringlichkeitsantrag als Impuls für weitere Diskussionen, vielleicht ein bisschen in der Folge der Aktuellen Stunde des letzten Males vom vergangenen Donnerstag. Vom Grundsatz her können wir uns natürlich über weite Strecken mit den Inhalten anfreunden. Deswegen werden wir diesem Dringlichkeitsantrag die Zustimmung geben! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

*(Der Vorsitzende erteilt Abg. Warmuth das Wort.)*

**Abgeordnete Warmuth (F):**

Geschätzter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zur Frau Dr. Prettner darf ich folgendes sagen: Wenn sie sagt, es sind zu wenig Betreuungseinrichtungen in Kärnten – es gibt 17.000 Betreuungseinrichtungen und 15.000 werden nur belegt! Ich gebe aber zu, dass mehr Flexibilität gefordert ist. *(Zwischenruf von Abg. Dr. Prettner.)* Im ländlichen Raum gibt es altersgemischte Kinderbetreuung, wo bereits von einem Jahr bis vierzehn Jahren die Betreuung erfolgen kann. Ich darf hier einige Fakten auf den Tisch legen. Kärnten ist laut Statistik Austria *(Unruhe und Lärm im Hause.)* an erster Stelle im Ländervergleich, außer Wien. Weiters bei den Öffnungszeiten: 70 Prozent der Einrichtungen haben in Kärnten bis 16.00 Uhr geöffnet, im Vergleich zu Tirol und Vorarlberg nur 29 Prozent und andere Bundesländer nur 60 Prozent. Ich darf aber auch darauf verweisen, dass im künftigen Kinderbetreuungsgesetz, das jetzt im Herbst diskutiert wird, bereits eine Leistungsorientierung gefragt sein wird. Das heißt, die Bezahlung der Landesfördermittel wird an die Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen angepasst. Ich glaube, das ist auch der richtige Ansatz. Weiters: Die Elternumfrage beweist, dass 72 Prozent zufrieden sind. Und Kärnten gehört zu den Besten in Österreich. Weiters ist die Finanzierung sichergestellt. In Kärnten gibt es jährlich 29,6 Millionen Euro für Einrichtungen, Kindergärten, Horte, Tagesmütter und Kindergruppen!

Abschließend stelle ich noch eines fest: Dieser Dringlichkeitsantrag ist bereits überholt, denn ein Entwurf für ein neues Kinderbetreuungsgesetz liegt vor. Ich stelle aber auch fest, dass der Herr Landesrat Dörfler als Kindergartenreferent in der Kinderbetreuung Reparaturmaßnahmen und Altlasten der SPÖ wegräumen und sanieren muss! *(Abg. Ing. Scheuch: Bravo! – Beifall von der F-Fraktion.)* Wir seitens des Freiheitlichen Klubs wollen, dass wir im Ausschuss über diese Thematik eingehend diskutieren, weil das Kinderbetreuungsgesetz wird vorliegen. Und ich denke, das Thema Kinderbetreuung ist zu ernst, als dass wir zu mitternächtlicher Stunde in einer

**Warmuth**

Husch-Pfusch-Aktion darüber abstimmen! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Hohes Haus! Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr zur Dringlichkeit vor. Ich lasse über die Dringlichkeit abstimmen. – Wer damit einverstanden ist, bitte um ein Handzeichen! Das ist nicht die entsprechende Zweidrittelmehrheit. – Ich weise diesen Antrag dem Ausschuss für Familie, Soziales, Gesundheit, Generationen und Sport zu.

Ich bitte, weiter zu berichten!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

**2. Ldtgs.Zl.281-7/29: Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Änderung des Kärntner Schulgesetzes-Kleinschulen mit folgendem Wortlaut:**

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgerufen, jene Schulen in Apriach, Ingolsthal und Kamp, die im Schuljahr 2005/06 als „Privatschulen“ geführt wurden, wieder als öffentliche Schulen zu führen.

Weiters wird die Kärntner Landesregierung aufgefordert, dem Kärntner Landtag eine Änderung des Kärntner Schulgesetzes vorzulegen, die vorsieht, dass öffentliche Volksschulen in Form von Expositurklassen weitergeführt werden können, wenn gewährleistet ist, dass zumindest sieben Schüler in diesen Expositurklassen verbleiben.

(*Der Vorsitzende erteilt zur Begründung der Dringlichkeit KO Mag. Grilc das Wort.*)

Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird Ihnen aufgefallen sein, dass wir in der letzten Sitzung einen ähnlichen, allerdings nicht dringlichen Antrag eingebracht haben. Die Diskussion über das

Wochenende hat dazu geführt, dass vor allem die Vertreter dieser drei Schulen darauf drängen und vom Landtag wissen wollen, wie sich der dazu stellt. Daher finden wir die Form des Dringlichkeitsantrages als brauchbares Instrument, um diese Meinungsbildung dementsprechend abzufragen. Ich darf Sie um Unterstützung bei dieser Dringlichkeit ersuchen! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Knicek das Wort.*)

Abgeordnete **Mag. Knicek** (F):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte zu Beginn an die Worte der Frau Bundesministerin Gehrler erinnern, die einmal in einer Presseaussendung gesagt hat: „Wo keine Kinder, da keine Schule.“ (*Beifall von der F-Fraktion.*) Ich möchte auch bemerken, dass die Diskussion um Kleinschulen eher eine Diskussion um Expositurklassen ist, dass es sich eher um so eine Diskussion handelt. Mittlerweile werden diese Expositurklassen als Privatschulen geführt. Aus Sicht der Landesorganisation und abgesehen von den gesetzlichen Grundlagen, ist die Erhaltung einer Expositurklasse mit einer Hand voll Schülern nur schwer zu vertreten. Der Personalaufwand ist gleich hoch. Ein Schüler in einer Kleinschule kostet das Fünffache. Von Gleichwertigkeit aller Schüler kann hier überhaupt nicht gesprochen werden. Dann möchte ich einmal mit dieser Mär aufräumen, mit der der Herr Abgeordnete Auer durch die Lande zieht: (*Abg. Ing. Scheuch: Das ist ein Pharisäer.*) Nämlich, dass das Geld vom Bund – die 835.000,-- Euro jährlich aus dem Finanzausgleich für 2007/2008 – für die Erhaltung der Kleinschulen zur Verfügung steht. Das ist eine Lüge! Diese 835.000,-- Euro sind allein für die Sonderpädagogik und für die Integration zur Verfügung gestellt worden! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Abgesehen von der finanziellen Situation (*Abg. Lutschounig: Ist der Auer beim Haider in die Schule gegangen?*) möchte ich die Schulqualität in Frage stellen. Kinder in Kleinschulen oder in Expositurklassen haben nicht die Chance, sich soziale Kompetenzen anzueignen. Sie sind oft nur unter Geschwistern und unter Nachbarkindern und haben von früh bis spät die gleichen Spielgefährten und die gleichen Schulkamera-

**Mag. Knicek**

den. Abgesehen von der Infrastruktur – vom Turnsaal, von den Werkräumen, vom Computer – diese bleibt den Schülern von Kleinschulen verwehrt. Und von Schwerpunkten wie Musikunterricht, Sprachen und sonstigen Zusatzangeboten können diese Schüler nur träumen!

Kärnten hat österreichweit das dichteste Schülerstandortnetz. Und ich möchte auch auf einen Brief hinweisen, den Herbert Würschl an die Landeshauptmann-Stellvertreterin Gaby Schaubig geschrieben hat: „... dass inzwischen einzelne Schulschließungen“, schreibt er da, „mit SPÖ, ÖVP und den Grünen mobil gemacht werden sollen. Tatsache ist, dass in den letzten Jahren die Schülerzahl um ein Drittel gesunken ist. Dazu kommt, dass Kärnten im Vergleich mit anderen Bundesländern eine zu hohe Dichte an Schulstandorten hat. Und in den letzten Monaten habe ich mir die Situation“, schreibt Herr Würschl, „in allen Bezirken angeschaut“. Zusammenfassend gesagt: „... dass es in Kärnten Schulstandorte gibt, die weder ökonomisch noch pädagogisch zu rechtfertigen sind“. Ich ersuche die Augen vor einer notwendigen Strukturbereinigung nicht zu verschließen.

Wenn ich mir meinen Bezirk anschau ... Zum Beispiel mit dem Herrn Bürgermeister in Heiligenblut habe ich schon blutige Diskussionen geführt, der entzweit seine Gemeinde! Er entzweit seine Gemeinde! Die Apriacher Kindergartenkinder sind in der Lage, mit dem Schulbus nach Heiligenblut zu fahren! Aber den Schulkindern ist es nicht zuzumuten, diese sieben Kilometer mit dem Schulbus zu fahren! Und das Beste ist dann noch überhaupt der Initiator dieser Gruppe – der da für diese Schüler spricht – der sagt, die Kinder müssten jetzt angeblich schon um 05.00 Uhr in der Früh aufstehen. Da frage ich mich, wie langsam der Schulbus von Apriach nach Heiligenblut fährt? Heiligenblut ist eine tolle Schule. Die Erhaltung dieser Expositurklassen mit so wenigen Schülern bringt ja nur, dass wir Abteilungsunterricht produzieren. Ja, das wird von den Eltern auch nicht gewünscht. (*Zwischenruf von Abg. Trettenbrein.*) Und wenn wir ganz ehrlich sind, sind das nur Befindlichkeiten von Lehrern, die ihren Schulstandort nicht wechseln wollen. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen: Die Schule ist einzig und allein für die Kinder da und nicht für die Politiker, die Bürgermeister oder für sonst jemanden! Deshalb werden wir diesem Antrag nicht zustimmen!

(*Frenetischer Applaus von der F-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Cernic das Wort. – Unruhe und Lärm im Hause. – Mehrere Einwände aus der F-Fraktion. – Vorsitzender, das Glockenzeichen gebend: Am Wort ist Abg. Mag. Cernic! Bitte!*)

Abgeordnete **Mag. Cernic** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ihr eigener Landeshauptmann so heftig der Meinung wäre, die Sie hier jetzt da vertreten haben, (*Zwischenruf von Abg. Dipl.-Ing. Gallo*) und nicht vielleicht bei der Gründung der Privatschulen – nachdem Sie für das Schließen der Kleinschulen und Gründung dieser Privatschulen votiert haben – dorthin gewandert wäre und keine Eurotausender dort verteilt hätte, (*Unruhe in der F-Fraktion.*) dann wäre das Problem vielleicht schon einer anderen Lösung zugeführt worden! Also, das nur einmal zu Ihrem – ich würde einmal sagen – Doppelspiel, das Sie hier spielen! Einerseits mit heftigen Wortmeldungen gegen diese Schulen und andererseits mit heftigen ... – ja, wie auch immer – Privatschulen, Kleinschulen, Exposituren, wie auch immer. Andererseits mit heftigem Wachteln von Fördertausendern vor der Nase derer, die dann auf die Idee kommen, eben Privatschulen einzurichten. Das zum Einen. Zum Zweiten an die Adresse der ÖVP: Ich möchte schon daran erinnern, dass diese Regelung – nämlich die Regelung mit den Expositurklassen mit der Zahl zehn – gegen allerheftigsten Widerstand der SPÖ in der vorigen Legislaturperiode zwischen Ihnen und der, damals noch FPÖ, beschlossen worden ist.

Nichtsdestotrotz glaube ich trotzdem, dass man vielleicht generell über diese Lösung nachdenken muss. Aber das Problem wird sicher nicht dadurch gelöst, dass man einfach von 10 auf 7 geht, weil dann hat man dasselbe Problem wieder. Ich glaube, wir sollten darüber nachdenken: Worin liegt wirklich die Problematik der Expositurklassen? Wir schließen sie bei einer bestimmten Zahl. Das wird also in einer ruhigen Debatte im Ausschuss mit Sicherheit eher möglich sein. Wir werden daher dem Dringlichkeitsantrag nicht unsere Zustimmung erteilen. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Hohes Haus! Es liegt keine Wortmeldung zur Begründung der Dringlichkeit mehr vor. Ich komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt: Bitte um ein Handzeichen! – Das ist nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Ich weise diesen Antrag dem Ausschuss für Bildung, Kultur und Schule zu.

Ich bitte, weiter zu berichten!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

B. Anträge von Abgeordneten:

**1. Ldtgs.Zl. 302-2/29:**

**Antrag von Abgeordneten des Freiheitlichen Landtagsklubs betreffend landwirtschaftliche Stilllegungsflächen** mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Agrarlandesrat wird aufgefordert, in Verhandlungen mit dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft zu erreichen, dass das Vermarktungsverbot von Stilllegungsflächen in Kärnten für Biogasbetreiber aufgehoben wird.

Zuweisung: **Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz, Raumplanung und Nationalparks**

C. Schriftliche Anfragen:

**1. Ldtgs.Zl. 213-7/29:**

**Schriftliche Anfrage des Dritten Präsidenten Lobnig an Landesrat Mag. Dr. Martinz betreffend Drei-Parteien-Pressekonferenz vom 10. Mai 2006**

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Hoher Landtag! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Damit haben wir die Tagesordnung erfüllt. Es ist fast Zwölf geworden. Ich habe mich um eine Dreiviertelstunde geirrt, aber die Debatten waren so emotionell und auch zahlreich, dass wir doch etwas länger gebraucht haben. Ich möchte nur – bevor ich schließe – noch einmal in Erinnerung rufen: Betreffend der Enqueten auch im Hinblick auf die Situation der Pflege- und Altenheime werde ich so vorgehen: Ich habe für nächsten Montag um 09.00 Uhr eine Enquete mit allen Betreibern, das heißt mit den Privaten, dem AVS und den Sozialhilfeverbänden usw. einberufen, um also die Situation einmal zu erheben und Ihnen, den Abgeordneten, die Gelegenheit zu geben, einmal zu sagen, wo Sie der Schuh drückt. Wir werden in einer zweiten Etappe dann die Enquete, die also die SPÖ heute vorgeschlagen hat, in der Folge, im Oktober, schätze ich, nach der Nationalratswahl zur Durchführung bringen – dann wird das wahrscheinlich leichter sein –, wobei ich die Fraktionen ersuche, Experten auch in Vorschlag zu bringen, die uns dann mehr oder weniger einen Weg weisen könnten. So würde es möglich sein, dass dieses sehr konträr diskutierte Thema doch zu einer vernünftigen Lösung geführt werden kann, wobei die Qualität, aber auch die finanzielle Situation unter einen Hut gebracht werden kann. Das wäre mein Vorschlag.

Ansonsten wünsche ich, gleichzeitig mit der Beendigung dieser Sitzung, Ihnen allen eine erholsame Sommerzeit. Sie wird sehr kurz werden, weil ja die Vorbereitungen für die nächsten Wahlen ja schon überall im Gange sind. Erholen Sie sich gut! Bleiben Sie gesund, sodass wir uns entsprechend in guter Kondition auch nach den Ferien spätestens im September wieder treffen! Die Sitzung ist geschlossen!

**Ende der Sitzung: 23.49 Uhr**